

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kedaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 19. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Inserions-Gebühr**  
Beklagt für die Leihgebühren Anzeigen-  
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für  
politische und gesellschaftliche Verles-  
- und Bekanntmachungs-Anzeigen 80 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (Leih-  
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schluß-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement Preis: halbjährlich 1,10 Mk.,  
vierteljährlich 50 Pfg. frei im Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Zeit“ 10 Pfg. Post-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Verzeich-  
-nisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

## Der Kanzler von Junkers Gnaden.

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ haben wir bereits darauf hingewiesen, daß Fürst Bülow, nachdem er die Nachlasssteuer fallen gelassen hat, von den Agrarkonservativen wieder in Gnaden unter ihre Güntlinge aufgenommen ist. Die Vorwürfe, daß er im November nicht die Rechte und das Ansehen der Krone zu wahren verstanden hätte, sind in der konservativen Presse verstummt, die vaterländische Sorge, daß kein Royalismus defekt geworden und vom Aus-Monarchismus nationalliberaler Färbung infiziert sei, ist beseitigt, und wie einst in den Tagen der agrarischen Handelsvertragsabstufungen wieder die agrarischen Blätter die unvergleichlichen Verdienste des vierten Kanzlers um die Wohlfahrt der Landwirtschaft der „antinationalen“ Wirtschaftspolitik des Grafen Caprivi gegenüber.

In wenigen Wochen hat der Kanzler wieder die Gunst der Junkerschaft errungen — und wie eine längst vergangene Periode liegt die schreckliche Zeit hinter uns, da die partei-offiziöse „Konservative Korrespondenz“ und die „Kreuzzeitung“ Intrigen gegen den machtlästernden Major domus spannen und der fromme „Reichsbote“ den Jörn der Generale aufstachelte. Das Blatt hat sich gewendet; die Agrarkonservativen betrachten wieder den Kanzler als gefügigen Knecht in ihrem Reichsregierung genannten politischen Interessenausgang.

Vorgestern abend, in später Stunde, auf dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats, wurde offiziell Ver-föhnung gefeiert. Jovial und selbstzufrieden wie immer er-schienen der Kanzler im Kreise seiner Gönner und, nachdem der Präsident der Gesellschaft, Graf Schwerin-Löwitz, seine Begrüßungsrede gehalten und von der unbedingten Not-wendigkeit des Zustandekommens der Reichsfinanzreform, von der Opferwilligkeit der Junker und ihrer Abneigung gegen die Heranziehung jener Steuerquellen, „auf welchen sich unser ganzer kultureller Fortschritt stützt“, das heißt gegen die geplante Nachlasssteuer gesprochen hatte, hielt Bülow eine sorgfältig vorbereitete, diplomatische Veröhnungsrede.

Graf Schwerin hatte von dem „unvergänglichen Verdienst“ des vierten Kanzlers gesprochen, der im Gegen-satz zu seinen beiden Amtsvorgängern, dem Grafen Caprivi und dem Fürsten Hohenlohe, den nationalen Kern nicht nur mit staatsmännischem Weitblick erfaßt, sondern auch in „unserer Handelspolitik zur Geltung zu bringen“ gewußt habe. An dieses eigenartige geschmack-volle Lob knüpfte Fürst Bülow an, um seine Bejorgtheit um den Profit der Junker in bengalischer Beleuchtung er-strahlen zu lassen. Mit naiver Selbstzufriedenheit erzählte er, daß er, als er vor acht Jahren Reichskanzler geworden sei, dem Kaiser in Somburg vor der Höhe einen Vortrag gehalten habe, in welchem er die „allerhöchste“ Zustimmung Wilhelm II. zu einem „wohlerwogenen landwirt-schaftlichen Programm“, zur Erhöhung und Bin-dung der Getreide- und Viehzölle erbeten habe, denn schon da-mals hätte er es für seine Pflicht als Reichskanzler gehalten, für einen Verus zu sorgen, welcher einem so großen Teile unserer erwerbstätigen Bevölkerung seinen Lebensunterhalt gewähre, dessen Ergehen von so vitaler Bedeutung sei für die Unabhängigkeit des Landes nach außen wie für seine innere Wohlfahrt.

„Diesem Programm“, so fuhr dann Bülow mit erhobener Stimme fort, „bin ich treu geblieben bis zu diesem Augenblick und werde ich treu bleiben, solange ich mein schweres Amt führe. (Bravo!) Das dauert vielleicht noch länger, als meine Gegner hoffen. (Lebhafter Beifall.)

Meinen Herren, meine verehrten Herren Vorredner, der Graf Schwerin-Löwitz und der Freiherr v. Soden, haben in be-redeten und ausgezeichneten Worten, für die ich ihnen aufrichtig dankbar bin, auch erinnert an die eminente Bedeutung des land-wirtschaftlichen Gewerbes für unsere Wehrkraft, für unsere Nachstellung nach außen. Was sie in dieser Beziehung gesagt haben, unterschreibe ich vollkommen. Und, meine Herren, weil ich die Bedeutung der Landwirtschaft in vollem Umfange an-erkenne, weil ich die Wichtigkeit des inneren Marktes nicht ver-kenne, die sich gerade jetzt bei sinkender industrieller Konjunktur wieder gezeigt hat — weil ich durch starken und sicheren Ballast das Staatschiff vor Schwankungen bewahren, weil ich in aus-gleichender Gerechtigkeit auch der Landwirtschaft den ihr ge-bührenden Anteil an staatlicher Fürsorge zu-teil werden lassen wollte, deshalb habe ich mein land-wirtschaftliches Programm aufgestellt und durchgeführt. Ich habe es durchgeführt trotz aller Widerstände und Schwierig-keiten, die mir hierbei von vielen Seiten — von links und auch von rechts — gemacht worden sind. (Bravo!) Ich habe hierbei auch nicht auf Dankbarkeit gerechnet — das muß man nie in der Politik —, sondern ich habe einfach meine Schuldigkeit als leitender Minister getan. Vern und dankbar will ich aber doch hierbei hervorheben, daß ich stets die Unterstützung des Landwirtschaftsrats gefunden habe. Und die freundliche Anerkennung, die mir bei Vorstehende des Landwirt-schaftsrats soeben spendet hat, die hat mich gestützt. Immer kann man ja als leitender Minister auch nicht den Beifall seiner Freunde haben. (Heiterkeit.) Ich bin auch gar nicht empfindlich gegen Tadel, wenn er sachlich und ernst vorgebracht wird.“

Nachdem der Kanzler durch diese historischen Reminis-zenzen und die Betonung seines unermüdblichen Strebens für

möglichst hohe Getreide- und Viehpreise sowie schöne Profite und Grundrenten Stimmung gemacht hatte, kam er auf die Reichsfinanzreform zu sprechen. Wohl wäre der Bundesrat sich, als er die Steuervorlagen einbrachte, bewußt gewesen, daß er auf allgemeine Zustimmung sicher nicht zu rechnen habe; aber man müsse doch aus der Geschichte lernen:

„Große Reiche sind zugrunde gegangen an der Unfähigkeit, ihre Finanzen zu ordnen. Insbesondere ist unser altes deutsches Reich, Graf Schwerin hat soeben darauf hingewiesen, zugrunde gegangen an Uneinigkeit und mangelnder Opferwilligkeit, die eine Ordnung unseres Finanzwesens vereitelten in derselben Zeit, wo England und Frankreich sich zu geordneten Finanzen und damit zu starken Staatswesen durchdrangen. Wir sind gott-lob noch in der Lage, aus der ganzen Misere glatt und böhlig herauszukommen, wenn wir nur wollen, wenn wir uns so zu-sammenfinden, wie die Größe der Aufgabe es unbedingt er-fordert. (Zustimmung.) Von der Lösung der Finanz-reform hängt die Ehre, die Wohlfahrt, die Macht, die Sicherheit des Landes ab.“

Graf Schwerin hat mit Recht die Verdienste unseres Kaisers um die Erhaltung des Friedens hervorgehoben. Mit voller Be-friedigung habe ich hier in erster Linie den Besuch des englischen Königs-paares hervor, dessen würdiger und schöner Verlauf nicht nur bewiesen hat, wie sehr den beiden Herrschern ein gutes Ver-hältnis zwischen ihren Reichen am Herzen liegt, sondern der auch den beiden Völkern Gelegenheit bot, zu zeigen, daß sie freundliche und gute Beziehungen zueinander zu unterhalten wünschen. Dieser Besuch und ferner das Abkommen mit der französischen Regierung über Marokko, für das ich mit dem ausgezeichneten Vertreter der französischen Republik an unserem Hofe, Herrn Cambon, eine, wie ich glaube, für beide Teile ehrenhafte und praktische Form gefunden habe, haben im Westen den Horizont geklärt. Wir haben Grund zu der Annahme, daß es der fried-lichen Gesinnung und den friedlichen Bemühungen aller Mächte gelingen wird, auch im Osten die Wolken zu zerstreuen.

Aber um den Frieden des Reiches zu sichern und gegen alle Wechsel-fälle sicherzustellen, ist nicht nur die militärische, sondern auch die finanzielle Bereitschaft erforderlich. Ein Weg zur Ver-ständigung kann gefunden werden, weil er ge-funden werden muß. (Zustimmung.) Und auch die Landwirtschaft soll nicht vergessen, wie sehr gerade sie unter unseren schlechten Kreditverhältnissen im Reich und Staat zu leiden hat, welcher Nachteil ihr die uns aufgedrungene Diskont-politik gebracht hat. Die Hauptaufgaben, die großen Aufgaben, die sich die deutsche Landwirtschaft gestellt hat — ich erinnere nur an die Entschuldigungsfrage, an die so hochwichtige innere Kolonisation, an eine planmäßige Arbeiteranhäufelung — stehen und fallen, das ist meine feste Ueber-zeugung, mit der Reichsfinanzreform. Deshalb nehme ich bestimmt an, daß die Landwirtschaft in dieser Ehren- und Existenzfrage des Deutschen Reiches im eigenen Interesse und im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse unseres deutschen Vaterlandes nicht versagen wird. (Lebhafter Beifall.)

In dieser Zubericht erhebe ich mein Glas, ich danke Herrn Grafen Schwerin-Löwitz aufrichtig für seine freundlichen Worte, ich danke Ihnen allen für die liebenswürdige Aufnahme. Ich trinke auf das Wohl der deutschen Landwirtschaft und ihrer Ver-tretung, des Deutschen Landwirtschaftsrats. Der Landwirt-schaftsrat lebe hoch, die deutsche Landwirtschaft sie blühe und gedeihe!“

Vom Bülow'schen Standpunkt vielleicht eine recht geschickte Rede, verbindlich und doch zu nichts verpflichtend. Evidentlich darauf berechnet, daß am Montag nächster Woche im Zirkus-Busch die Generalversammlung des Bundes der Landwirte stattfindet. Schwerlich wird man diesmal auf der Tribüne über der Manege den Kanzler, wie einst, auffordern, dort zweifelhaftes kulinarische Genüsse aufzusuchen, wo der Rücken seinen ehrlichen Namen verliert.

Dennoch trotz ihrer geistigen Unbedeutendheit ist die Rede symptomatisch für die preußisch-deutschen Zustände. Bülow wird 1900 zum Reichskanzler ernannt und da er in seiner bis-herigen Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident zur Ge-nüge erfahren hat, daß die preussische wie die Reichsregierung völlig unter dem Einfluß der ostelbischen Junker steht, sucht er sich zunächst deren Gunst zu sichern, indem er dem Kaiser ein agrarisches Regierungsprogramm vorlegt. Der Kaiser stimmt zu, und nun beginnt der Kanzler auf Grund dieses Programms, das nur die Führer der Agrarkonservativen kennen, nicht die anderen Parteien, ein Kampf- und Intrigen-spiel um die Erhöhung der Getreide- und Viehzölle, indem er sich dem Reichstage gegenüber als den durch keine Voraus-setzungen und Verpflichtungen gebundenen, allein um das Volkswohl besorgten Staatsmann aufspielt, der lediglich durch die zürnenden Rotkeulenden in Fuchspelzen und Bauern-fitteln vorwärts geschoben wird.

Durch dieses Spiel gewann Bülow die Gunst der Agrarier, wie es ihm auch jetzt in der Frage der Reichsfinanz-reform wieder gelungen ist, durch rechtzeitiges Zurückweichen vor den Wünschen der Agrarier und Umstichlassen des Reichs-schöpfungsekretärs, das gnädige Wohlwollen der Junkerkaste zurückzugewinnen, so daß er zuversichtlich auf dem Festmahl des Landwirtschaftsrats zu verkünden vermochte, er werde vielleicht länger im Amte bleiben, als seine Gegner hofften. Möglich, genügende Klebhaftigkeit besitzt, wie er bewiesen hat, der vierte Kanzler, und die Gehehe des ministeriellen Ehr-gefühls, Taktis wie der Selbstachtung, die für andere west-

europäische Staaten maßgebend sind, gelten bekanntlich nicht für Preußen-Deutschland. Es ist deshalb möglich, daß wenn es dem Kanzler gelingt, sich durch die nötige Gefügigkeit die Zufriedenheit der Junker zu sichern, er immerhin noch eine Zeitlang im Sattel bleibt trotz des Bankrotts seiner Aus-landspolitik und des eigenartigen Ansehens, dessen sich das auswärtige Amt und die deutsche Diplomatie erfreut. In seinem kuriosen Optimismus nannte allerdings Fürst Bülow auf dem Festmahl die acht Jahre, seit denen er als Reichs-kanzler fungiert, eine „vom Kampf und Sieg“ er-füllte Zeit; aber Siege auf dem Gebiet der deutschen Aus-landspolitik kann er sicher nicht gemeint haben; wahrscheinlich hatte er bei dieser lyrischen Redewendung die agrarische Siege, die Unterordnung der inneren Reichspolitik unter die Interessen des junkerlichen Grundbesitzes im Auge.

Gelingt es aber dem Kanzler, sich noch eine Zeit im Amte zu erhalten, dann ist dies nur möglich mit Unterstützung der Agrarkonservativen; eine Unterstützung, die nur zu erkauften ist durch völlige Gefügigkeit gegenüber der agrarischen Profit-gier, durch politische Selbstkastrierung. Die liberale Aera, von der bei der Eingehung ihres Blockkonbunats die Frei-sinnigen träumten, liegt also in weiterer Ferne als je.

Vorläufig hat Fürst Bülow sich allerdings noch um eine präzisere Antwort auf die Anspielungen des Grafen Schwerin-Löwitz herumgedrückt. Er hat nicht offen ausgesprochen, daß die Regierung bereit ist, auf die Nachlasssteuer zu verzichten und sich den agrarischen Forderungen anzupassen, wollen doch die Regierungen der süddeutschen Staaten weder etwas von der Reichsvermögenssteuer noch von einer Erhöhung der Matrikularbeiträge wissen. Doch in dem Satz, daß ein Weg zur Verständigung über die Reichsfinanz-reform gefunden werden kann und muß, liegt bereits das Zugeständnis, daß die Regierung bereit ist, ihre Forderungen zurückzuführen.

So ist, wie der gespendete Beifall beweist, die Rede von den Anwesenden auch aufgefaßt worden: als eine Rückkehr des Kanzlers zu den agrarischen Brandstärkern und einem neuen Treuegelöbnis zu den alten Göttern. Agrarisch ist wieder allein Trumpf!

## Bergarbeiterlöhne und Pfarrergehälter.

Die am Donnerstag im Abgeordnetenhause fortgesetzte Be-ratung des Etats der Bergverwaltung bewies aufs neue, wie stark die Interessen der Kohlenbesitzer im Dreiklassenparlament vertreten sind. Nicht das geringste Zugeständnis ist von dieser Reichheit zu erlangen, und was das traurigste ist: selbst so-genannte Arbeitervertreter gewinnen es über sich, als Sachwalter des Grubenkapitals aufzutreten. So hatten — um nur ein Bei-spiel zu erwähnen — die Bergarbeiter der Königlich Preussischen und Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Steinkohlenwerke in Obern-kirchen um Gewährung einer Lohnerhöhung petitioniert; die Budgetkommission beantragte, über die Petition zur Tages-or-dnung überzugehen! Demgegenüber hatten die Sozialdemokraten einen Antrag auf Ueberweisung zur Ver-sicherung eingebracht, den Genosse Leinert mit guten Argumenten begründete. Und wer war es, der sich von der Re-chtheit zur Bekämpfung des sozialdemokratischen Antrages mißbrauchen ließ? Keiner anderer als der Abg. Brust (Z.), der sich nicht schämte, die Interessen seiner eigenen Berufskollegen mit Füßen zu treten. Für den sozialdemokratischen Antrag erhob sich außer der kleinen sozialdemokratischen Fraktion nur noch ein einziger Freisinn-smann! Alle anderen Mitglieder des Hauses stimmten für Ueber-gang zur Tagesordnung. . . .

In der vorausgegangenen Generaldebatte hatte Abg. Mac c o (natl.) in üblicher Weise über die den Unternehmern durch die soziale Gesetzgebung auferlegten Lasten geklagt, während der freisinnig-konservative Mißmachschwertreiter für Ober- und Niederbarnim, Abg. Dr. Sch e p p, die Rahmregelung der technisch-industriellen Beamten auf den ober-schlesischen Gruben zur Sprache gebracht hatte. In einer großzügigen Rede nahm sich Genosse Leinert der Bergarbeiter an. Er gab eine anschauliche Schild-berung ihrer traurigen Lage, der niedrigen Löhne, der langen Ar-beitszeit und der schlechten Gesundheitsverhältnisse und hielt mit gutem Geschick der Regierung und dem Landtage, in dem fort-gesetzt über sozialdemokratischen Terrorismus geflagt wird, den behördlichen Terrorismus gegen die Bergslaven vor. Anstatt auf diese Anklagerede sachlich zu erwidern, verlor der freikonservative Abg. Lü d e r s, der unmittelbar nach Leinert zu Worte kam, in seiner unbeholfenen Weise einige Notizen aus einer vom Reichs-lügenverband gesammelten Kopie, die ihm einer seiner Freunde schenckl zugesandt hatte. Der gute Mann hatte aber das Bed, sich in der Klappe zu begreifen, und so ergab die Herr Lüders beim Bergelot etwas von Zahnhänden in genossenschaftlichen Wädelchen, von Löhnen in der „Vorwärts“-Druckerei und dergleichen längst widerlegtes Zeug! Aber das ist die Kost, an der das Dreiklassen-parlament Geschmack findet.

Namens der Regierung suchte der Minister De l b r ü c k nach-zuweifen, daß auf den Gruben „alles in besser Ordnung“ ist, er be-zweifelt, daß Arbeiter wegen Ausübung des Wahlrechts gemah-regelt werden, und lobte die soziale Fürsorge der Verwaltung. Es scheint wirklich, als ob die Regierung absichtlich ihre Augen vor den Mißständen verschließt.

In scharfem Kontrast zu der Art der Behandlung der armen Bergarbeiter steht die der Geistlichen. Dasselbe Abgeordnetenhause, das es nicht für nötig hält, den Arbeitern 80 Pf. Lohn mehr zu geben, bewilligt Millionen und Abermillionen für die Geistlichen.

Dieser Unterfchied harzstellen, hatte sich Genosse Adolf Hoffmann zur Aufgabe gemacht, der sich endlich das Wort erzwingen hat. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses hat sich genötigt gesehen, ihren Plan, wonach Hoffmann nicht mehr zu Worte kommen sollte, aufzugeben. Um ein freiwilliges Zugeständnis handelt es sich nicht, aber es blieb den Herren, wenn sie sich nicht von einer Blamage in die andere fügen wollten, nichts anderes übrig, als endlich Redefreiheit zu gewähren. Hoffmann hatte ihnen in den Geschäftsordnungsbermerkungen der letzten Tage die Unanständigkeit ihres Verhaltens so deutlich vor Augen geführt, daß sie, schon um den Schein der Unparteilichkeit zu wahren, ihn wenigstens in der dritten Lesung nicht mehr zu verewaltigen wagten. Die Hoffmannsche Rede selbst, die in dem Ruf gipfelte, daß die Freunde der Vorlage die Zotenreiber ihrer eigenen Kirche sind, war eine treffende Darlegung des sozialdemokratischen Grundgesetzes der Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit und eine vernichtende Kritik des Gescheiterten, der schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme gelangte. Am Freitag steht der Gesetzentwurf betreffend die katholischen Pfarrer und die Steuergehalte in dritter Lesung auf der Tagesordnung.

## Keine Steuern zahlen und das Maul aufreißen!

Wie wenig die Sippe unserer Mittelstier auf dem „Altare des Vaterlandes“, den sie nur als stets wohl zu füllende Krippe für die Nachkommen der ehemaligen Strümpfweber betrachten, Opfer zu bringen bereit sind, das beweisen die Verhandlungen des Landwirtschaftsrats über die Steuerentwürfe, die am Donnerstag stattfanden. In einer von den verschiedenen Referenten gemeinsam vorgelegten Resolution erklärte man sich mit den Steuerentwürfen — der Branntwein, der Tabak, der Gas- und Elektrizitätssteuer usw. — „im Prinzip einverstanden“, nur die Nachlasssteuer erklärte man für unannehmbar! Und erst die Reden der wortführenden Oberagrarien waren eine geradezu hohevolle Ablehnung des Antrags, doch auch einmal durch „Opferwilligkeit“ in schwerer Stunde ihre Vaterlandsliebe zu beweisen.

Um die Entpörung der Agrarien über die Zunahme der Nachlasssteuer zu akzeptieren, wütenden zu können, muß man sich immer wieder das Objekt der agrarischen Empörung vergegenwärtigen. Die Nachlasssteuer soll erst bei einem reinen Nachlasswert von 20 000 M. beginnen, 1/2 Proz. betragen, bei 60 000 M. auf 1 Proz., bei 150 000 M. auf 2 Proz. steigen und im Höchstfalle 3 Proz. betragen! Da nun der Steuerbetrag für Landwirte auf zehn Jahre verteilt werden kann, so würde der Erbe eines Gutes von 60 000 M. reinen Wertes jährlich zehn Jahre lang 60 M. zu zahlen haben! Und darum Räuber und Mörder!

Der Referent v. Stockhausen nannte die Nachlasssteuer den „ersten Schritt zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Staatsgedankens“. Denn: „wer bürgt uns dafür, daß bei einer Volksvertretung, wie der Reichstag, die hervorgegangen aus allgemeinen und direkten Wahlen, irgendwelche Sicherheit gegeben ist für das Eigentum.“ Noch fürchterlichere Mergle beunruhigten sich des berüchtigten Didenburg-Januschau. Er jammerte zum Erbarmen über das allgemeine und gleiche Reichstagswahlrecht, erklärte unter Zustimmung Rheinbadens die Nachlasssteuer für eine „Verwirklichung des Sozialismus“ und deklarierte wie ein Schmierensoldat von seinem Kampfe dagegen, daß der Besitz nicht ausgeteilt wird denen, die kein Gefühl haben für die Pflichten dem Staat gegenüber.“ Und alles das wegen der Erbschaftsteuer von 1/2—3 Proz., während England eine Nachlasssteuer besitzt, die bereits bei 20 000 M. 3 Proz. beträgt und sich bis zu 15 Proz. steigert.

Aber die Junker stehen in ihrem Kampfe gegen die Nachlasssteuer ja nicht allein. Auch das Zentrum lehnt diese Besteuerung des Vermögens, gegen die sich kein stichhaltiger Grund einwenden läßt, ab! Die neueste „Märk. Volkszeitung“ wendet sich mit durchaus agrarischen Argumenten gegen diese Steuer und verlangt, daß von den 500 Millionen neuer Steuern circa 150 Millionen durch Umlagen auf die Bundesstaaten, also „veredelte“ Matrifularbeiträge aufgebracht würden. Die bisherigen Matrifularbeiträge, für die ja auch das Zentrum schwärmte, haben dem Reich im Grunde nicht einen roten Heller gebracht! Und da will das Zentrum uns glauben machen, daß künftig 150 Millionen im Jahre durch Matrifularbeiträge aufgebracht werden würden!

Sinter der Empfehlung der veredelten Matrifularbeiträge durch die konservativen und ultramontanen Agrarien steht nichts als der Hintergedanke, zunächst und vor allen Dingen erst einmal direkte Reichsteuern zu vereiteln. Wenn dann die Bundesstaaten sich für unfähig erklären, die 150 Millionen aufzubringen — sie sollen ja überhaupt erst einmal die „gestundeten“ 200 Millionen Matrifularbeiträge zahlen! — so werden eben entweder neue Schulden gemacht oder neue indirekte Reichsteuern eingeführt! Ganz abgesehen davon, daß die Umlagen in Gestalt von Matrifularbeiträgen von den Agrarien nicht nur auf das mobile Kapital, sondern wahrscheinlich von mobilem und immobilem Kapital gemeinsam teilweise wenigstens auf die nichtbesitzende Klasse abgewälzt werden würden — z. B. durch Erhöhung der Einkommensteuer schon für die niedrigste Steuerstufe — während die Nachlasssteuer doch nur Bessersituierte treffen würde!

Der Kampf der „Edelsten und Besten“ gegen die Nachlasssteuer enthüllt also wahre Abgründe agrarischer Schamlosigkeit und Unverschämtheit!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Februar 1900.

### Bankfragen.

Aus dem Reichstag. (18. Februar.) Die Fortsetzung der ersten Beratung über das Bankgesetz gab heute dem Reichsbankpräsidenten Habenstein Anlaß, sich über verschiedene der einschlägigen Fragen zu äußern. Er war umso mehr dazu genötigt, da der Herr Dr. Arendt aus seinem agrarisch-bimetallistisch-christlich-germanischen Herzen heraus die gegenwärtige Finanzpolitik gegenüber der früheren zu hochszeiten herauszureichen bemüht gewesen war. Herr Habenstein bestritt einen solchen Gegensatz und zog eine ernsthafte Scheidelinie zwischen seiner Auffassung und der der Agrarien Arendt und Areth. Letzterer hatte aus den starken Schwankungen des Diskontsatzes der Reichsbank die absurde Schlussfolgerung gezogen, Deutschland sei weniger kreditfähig

als Serbien. Herr Habenstein lies darauf hin, die Diskontschwankungen in Deutschland seien deshalb so groß, weil das deutsche Wirtschaftslieben sich in kräftiger Ausdehnung und Fortentwicklung befände. Wir würden deshalb, so lange die Fortentwicklung dieses Tempos innehalte, auch nie zu der Stetigkeit des Diskontsatzes in Frankreich kommen. Eine jedenfalls unbedachtigte Lehre erteilte der Reichsbankpräsident damit gleichzeitig dem agrarisch geehrten Reichsfanzler, der vor einiger Zeit es bekanntlich fertig gebracht hat, das französische Rentenideal den Deutschen zur Nachahmung zu empfehlen. — Herr Habenstein hegt offenbar die richtige Auffassung, daß die Adoption des Rentenideals lähmend auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Volkes einwirken müsse.

Die Genosse Frank dann freistellte, leidet die Publikation der Rentenquote an Verständlichkeit und Wert erheblich darunter, daß die Aussagen der Sachverständigen geheim geblieben seien. Die Erörterungen über diese unbekannt gebliebenen Aussagen seien insolge dessen häufig völlig unverständlich. Es zeige sich da wieder, wie schädlich diese Geheimnisthämerei im öffentlichen Leben wirke. Frank regte noch an, ob es nicht ratsam sei, den Anteilseignern der Reichsbank die über den üblichen Zinsfuß hinausgehenden Beträge ihrer Dividenden für den Reichsäckel abzuknüpfen, da sich bei absolut sicheren Anlagen eine so hohe Verzinsung nicht rechtfertigen lasse. Im Hinblick auf den Reichsfanzler, der selbst zu diesen Anteilseignern gehört, sprach er die Hoffnung aus, daß der so oft betonte hohe Patriotismus dieser Herren sie wohl zum freiwilligen Verzicht auf einen ungerechten Gewinn antreiben werde.

Nachdem noch die Freisinnigen Raemys und Rommsen ihre wesentliche Uebereinstimmung mit der Vorlage ausgesprochen hatten, wurde sie an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

### Die Reichstagserversammlung in Alzey-Bingen.

Die freisinnige Presse stimmt über den Ausfall der Wahl ein Triumphgeschrei an, die „Frankf. Zig.“ konstatiert ein „Wiedererwachen des freisinnigen Gedankens auf dem Lande“ und einen vollständigen Zusammenbruch des Bündertums. Treffend entgegnet unser Frankfurter Parteiorgan, die „Volksstimme“, auf diese ganz unangebrachte Siegeshymne: „... Um den Preis der freisinnigen Grundzüge kam Korrell zu der beträchtlichen Stimmenzunahme. Ihm selbst und der „Frankfurter Zeitung“ kann nicht einen Augenblick zweifelhaft sein, daß sein Vorkommen zum agrarischen Bündertum Korrell die Stimmen zuführte. Der vollständige Zusammenbruch des Bündertums“ besteht darin, daß das Bündertum im Freisinnslager keine Flagge zeigen sieht. Womit freilich nicht gesagt ist, daß Korrell am Floggenstod treue Wacht halten wird, bald genug kann er sich „zu einer anderen Ueberzeugung durchgerungen“ haben. Sicher sind die ehemaligen Wähler Korrells, die jetzt von Korrells Pfaffen sich blenden lassen, politisch ungequalte Leute; ein andermal werden sie vielleicht die Leute irgend eines struppelosen politischen Giftmischers vom Reichsverbändlersalge.“

Nicht zuzubeden ist die „Volksstimme“ mit der Wahlagitator unserer Genossen. Sie sagt dazu: „Man kann und muß in der Agitation nachweisen, wie es um die politischen Qualitäten des Kandidaten bestellt ist, der jeweilig die politische ungeschulten Leute einzufangen sucht. Unsofern mußte das gegenüber Korrell geschehen, weil die Werbetätigkeit der bürgerlichen Demokratie für Korrell ein Symptom des politischen Vorkorrells eben dieser Demokratie ist. In klarer Weise wurde das im Leitartikel unserer Montagsnummer dargelegt; daß es auch in der Wahlagitator unserer Partei geschehen sei, läßt sich leider nicht sagen. Und darauf ist unser Stimmrückgang zurückzuführen, der doppelt schmerzhaft ist, weil die Gegenwart wirklich der Sozialdemokratie ausgezeichneten Agitationsstoff bietet, weil nun zuvor so klar geworden ist, daß am politischen Stand Deutschlands das Bürgerliche Schuld trägt, als dessen Kandidat Korrell sich mit Vorbeeren krönen läßt.“

Die Wahlagitator unserer Genossen wird auch in einem Mainzer Telegramm der „Mannheimer Volksstimme“ getadelt. Es heißt darin: „... Die Erklärung für den sozialdemokratischen Stimmrückgang liegt zumeist in der wirtschaftlichen Krise, sodann aber auch darin, daß die Agitation nicht mit dem Eifer betrieben wurde, wie es notwendig gewesen wäre. So nahmen die Reichstagsabgeordneten Ulrich und Dr. David nicht an der Agitation teil. Die Hauptarbeit mußte von den Genossen an den einzelnen Orten selbst getan werden. Dabei war die Agitation durch den Umstand, daß wir nur in einem kleinen Teil der circa 100 Ortshäufen des Wahlkreises Versammlungskolale erhalten konnten, ungemein erschwert.“

Ueber die Wirkung der Krise im Wahlkreise berichtet der „Pfälzische Volksfreund“ (Darmstadt): „... Die wirtschaftliche Krise hat in dem Wahlkreise Alzey-Bingen, wo während der letzten wirtschaftlichen Hochkonjunktur der Industrie Fabrik zu fassen begann, geradezu verheerend gewirkt. Einige Fabriken sind ganz eingegangen, andere haben ihre Arbeiterzahl wesentlich eingeschränkt. Die Folge war, daß die von auswärtig eingewanderte Industriearbeiterschaft den Wahlkreis wieder verließ, wodurch die Zahl der sozialdemokratischen Wähler naturgemäß eine bedeutende Verringerung erfuhr.“

Diesen Punkt betont auch die „Mainzer Volkszeitung“, die dann über die Laßt des Freisinnigen bemerkt: „... Dann aber darf auch wohl die Methode der Freisinnigen zum Abfall manches „Wahlkäufers“ beigetragen haben, die darauf gerichtet war, bei aller Anerkennung der Sozialdemokraten und ihres Kandidaten, doch die Wähler zu beschwören, für Korrell zu stimmen, da dieser sonst nicht in die Stichwahl komme und der Kreis dann entweder von einem Zentrumsmann oder dem Reichsverbändler Veder vertreten werde. Die sozialdemokratische Kandidatur sei nur eine Pöhlkandidatur. So sieht das „Wiedererwachen des freisinnigen Gedankens“ aus. Korrell treibt eine Politik innerer Widersprüche, an der er, trotz großer Worte, zugrunde gehen muß, und die verteuert wenig nach „entschiedenem Liberalismus“ ausbleibt.“

### Um die südwestafrikanischen Diamanten.

Die Farmer Südwestafrikas fordern ihren Anteil von den Diamantenfunden und beschuldigen den Staatssekretär Debnburg, daß er die großen Kolonialkapitalisten begünstige. Der Bezirksverein Windhuk hat an den Reichstag eine telegraphische Beschwerde gerichtet, in der er behauptet, das Kolonialamt habe die Diamantenfelder zugunsten der Kolonialgesellschaft geperert und dadurch die Bevölkerung um Millionen geschädigt. Die Farmer verlangen Schürffreiheit.

### Eine saubere „Reform“ der Fahrkartensteuer

wird geplant. Der Entwurf zur Abänderung des jetzigen Gesetzes soll dem Reichstage bereits in der nächsten Zeit zugehen. Darin ist daran festgehalten, daß die Fahrkartensteuer mindestens 20 Millionen Mark Ertrag bringen soll. Dies Resultat soll durch Erhöhung der Steuer in der 3. und Reueinführung der Steuer für die 4. Wagenklasse erzielt werden, während die Sätze für die 1. und 2. Klasse ermäßigt werden sollen!

Also eine Belastung der Reicht- und Minderbesitzenden zugunsten der Armen, wie sie so deutlich selten vor den Augen der Steuerzahler gegeben wird! Man glaubt den Habensteins offenbar alles bieten zu können.

### Regierungskommissar Bruß.

August Bruß, ehemals Vorsitzender des christlichen Bergarbeiterverbandes, ist am Donnerstag im preussischen Abgeordnetenhaus als freiwilliger Regierungskommissar gegen Lohnhöhung für Bergarbeiter

aufgetreten. Es handelte sich um eine 1600 Unterschriften tragende Petition der auf dem fiskalischen Vergewalt zu Schaumburg-Gruppe beschäftigten Bergleute. Darin war um eine Lohnerhöhung von 30 Pf. pro Tag gebeten. Von der Budgetkommission lag der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung vor. Genosse Reinert begründete hiergegen den Antrag der Sozialdemokraten, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Regierung selbst äußerte sich nicht. Dagegen trat Herr Bruß auf und erzielte um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Er sprach der Regierung seinen Dank dafür aus, daß sie in den fiskalischen Werken die Löhne noch nicht herabgesetzt habe! Seiner höchsten Verwunderung gab er aber darüber Ausdruck, daß, wie Reinert erklärte, die Bergleute noch gezwungen werden konnten, einen Wagen Kohlen mehr zu fördern! Danach würden die Leute ja gar nicht voll ausgenutzt und deshalb sei die Lohnherhöhung nicht nötig! Herr Bruß als Bevollmächtigter rüchsischer Ausbeutung und niedriger Löhne! Bei den Beamten und Geistlichen fragt er nicht danach, ob sie bis zum Äußersten angedrückt worden sind.

Herr Bruß sinkt von Stufe zu Stufe. Allmählich wird er beim Bergschwarzarbeiterverbände landen. Dort gehört er hin! —

### Jeuitentnisse.

Wir haben bereits gestern mitgeteilt, daß das Organ der M.-Gladbacher, die „Westfälische Arbeiter-Zeitung“, die verlogene Behauptung aufstellt, in der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses habe der einzige Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Hirsch, für die Steuerzuschläge auf Einkommen von 1200 M. ab gestimmt. Eine frechere und unbedachtere Entstellung der Tatsachen ist uns noch nicht vorgekommen. Wie verhält es sich in Wirklichkeit? — Zur zweiten Lesung der Steuerentwürfe lagen zwei Anträge der Konservativen gegen die Freikonserwativen vor, die beide die Zuschläge bereits bei Einkommen von mehr als 900 M. forderten. Genosse Hirsch ergriff hierzu das Wort und erklärte laut amtlichem Protokoll der 30. Sitzung vom 21. Januar, Seite 2, er wünsche die Freilassung der Einkommen mindestens bis zu 3000 M., soweit die physischen Personen in Betracht kommen. Im Laufe der Sitzung ließ dann ein Unterantrag des Zentrums zu dem konservativen Antrag ein, wonach die zuschlagspflichtige Grenze von 900 auf 1200 Mark erhöht werden sollte. Für diesen Unterantrag stimmte natürlich auch der sozialdemokratische Vertreter, um die drohende Besteuerung noch geringerer Einkommen zu verhindern; als aber der Unterantrag angenommen war und zur Abstimmung über die Zuschläge nach dem so veränderten konservativen Antrage geschritten wurde, stimmten die Abgg. Hirsch, Berlin und Switala (Pole) als einzige gegen die Zuschläge. Die Belastung der Einkommen von über 1200 M. wurde laut Protokoll Seite 3 gegen zwei Stimmen (die des Sozialdemokraten und des Polen) angenommen.

Wir begnügen uns mit dieser Richtigstellung und verzichten auf jede weitere Diskussion mit einem Blatte, das sich so schmutziger Mittel bedient. —

### Politik im Kriegsgericht.

Vor dem Kriegsgericht der 8. Division zu Halle a. S. stand am Mittwoch der Landwehrmann Karl Konneberger von Weihenfeld. Der Angeklagte, ein bisher unbestrafter Mann, von Beruf Maurer und Vater von 5 Kindern, war im Februar dieses Jahres zu einer Uebung nach Alzenburg bei dem Regiment Nr. 153 berufen worden. Als es bei einer Gefechtsübung am 8. Februar auf dem Exerzierplatz zu einer Unordnung kam und Konneberger einen Stoß erhielt, rief ihm der Landwehrunteroffizier Weidner die Worte zu: „Sie sind ein richtiger Duffel“. Konneberger entgegnete: „Ja bin Ihr Duffel nicht, Sie Rindvieh!“ und machte noch eine Bemerkung, wie sie im Münd von Verhörungen vorkommt. Als dann der Unteroffizier den Untergebenen erjudete, den Mund zu halten, entgegnete letzterer noch: „Na, Duffel hat man mich, als ich aktiv war, nicht genannt.“ Der unglückliche Landwehrmann wurde darauf sofort verhaftet. Als in der Verhandlung ein Landwehrmann als Zeuge auftrat, bemerkte er: „Ich habe mich in der Voruntersuchung durch den Herrn Kriegsgerichtsrat beeinflußt gefühlt, denn er legte mir zunächst die Frage vor, ob ich gewerkschaftlich und politisch organisiert wäre.“ Der die Anklage vertretende Kriegsgerichtsrat bestätigte dies und meinte, er sehe auch auf dem Standpunkt, daß die Politik nicht in den Gerichtssaal gehöre. In jener Frage habe er sich aber veranlaßt gefühlt, da der Unteroffizier ein Kriegervereiner sei und gemeldet habe, der Angeklagte und andere Landwehrmänner wären Organisierte und hätten die Kriegervereiner. Die Beweisaufnahme ergab nichts für die Behauptung des neuen Kriegervereinersunteroffiziers. Im Gegenteil, ein altzeit Feldwebel befandete, nichts davon gemerkt zu haben, daß die Landwehrmänner gegen den Unteroffizier gehässig gewesen wären. Troßdem der Kriegervereiner gefinnte Unteroffizier den Angeklagten erst durch das Schimpfwort Duffel gereizt hatte, beantragte der Ankläger wegen der Lappalie fünf Monate Gefängnis. Der frühere Hauptmann des Angeklagten trat für den Organisierten als Verteidiger auf und bezeichnete ihn als einen ausgezeichneten Soldaten. Der Angeklagte wurde aber trotzdem zu vier Wochen strengen Arrests verurteilt.

Was geschieht dem Unteroffizier?

### Militärjustiz.

Der ehemalige Kanonier Fritz Stoffel vom Feldartillerieregiment Nr. 70 war in erster Instanz wegen eines Achtungs- und Gehorsamsdeliktes wegen Angriffs auf Vorgesetzte, Widerstands, Weildigung usw. nach zweimaliger Verhandlung zu fünf Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Darauf verfiel Stoffel in einen suchtbaren Tobzuchtanfall; er wurde zur Beobachtung in die Irrenanstalt Saargemünd übergeführt. Als infolge der Verurteilung des Gerichtsberns eine neue Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht stattfinden sollte, bekam Stoffel einen neuen Tobzuchtanfall. Die Verhandlung wurde unterbrochen. Schließlich wurde in der vierten Verhandlung die Strafe auf fünfzehn Monate festgesetzt. Dagegen legte der Vertreter Stoffels Revision beim Reichsmilitärgericht ein. Dieses entschied in einigen Punkten auf Wiederaufnahme des Verfahrens. So kam die Sache nochmal vor das Oberkriegsgericht Reg. Der Angeklagte will von allen den ihm zur Last gelegten Dingen nichts wissen. Der Sachverständige Oberstabsarzt Dr. Thelen bezeichnet die Symptome bei Stoffel als eine Folge der seit 1907 im Gefängnis usw. verbrachten Untersuchungs- und Beobachtungshaft. Die beiden anderen Sachverständigen, Stabsarzt Dr. Wartenheimer und Irrenanstalts-Überarzt Dr. Dingel, Saargemünd traten diesem Gutachten entgegen: die Symptome, das Nachtwandeln, der Somnambulismus, die Halluzin und der Jähzorn sei schon in der Jugend des Stoffel festgestellt, die Anomalien erforderten Freispruch. Troßdem kam das Gericht nicht zur Freisprechung! Es reduzierte nur die Strafe von 15 auf elf Monate Gefängnis. —

Ein Polizeistandal kam vor der Stuttgarter Strafkammer zum Ausbruch. Wegen Veteins war ein taubstummer Buchdrucker verhaftet worden. Er widersetzte sich angeblich seiner Durchsuchung. Daraufhin fielen vier Polizisten über ihn her; sie wollen nicht gewußt haben, daß der Mann taubstumm war. Vor dem Polizeilokal sammelte sich infolge des jämmerlichen Geschehens des taubstummen Mannes eine große Menschenmenge. Verschiedentlich hörte man es drängen „pafschon“. Außer den Polizisten haben Augenzeugen der Begelei im Arrestlokal nicht beigezogen. Festgestellt wurde nun trotzdem vor dem Gericht, daß dem Manne auf Geheiß des Polizeiwachmeisters Haas die Weine zusammengebunden wurden und daß er von einem Polizisten mit einem Dörsenmesser geschlagen worden ist. Die Polizisten geben an; daß

der Mann sich wie ein Wilder benommen, um sich geschlagen und gestochen und auch zu beißen versucht habe. Geschrien habe er „wie ein wildes Tier“. Das Angstgeschrei des Taubstummen scheint die Ordnungshüter zur Eile entkommen zu haben. Sie haben ja „nicht gewußt, daß der Mann taubstumm war“. So befanden sie unter ihrem Eid. Das Gericht verurteilte den Polizisten, der mit dem Ohrenzeimer gereinigt hatte, zu 100 Mark Geldstrafe. Der Mann hatte noch den Rat, „Notwehr“ geltend zu machen. Vier Polizisten gegen einen taubstummen Mann — und „Notwehr“ mit dem Ohrenzeimer! Die anderen Polizisten wurden freigesprochen. Das letzte Wort in der Sache wird wohl die Stadtverwaltung sprechen, der die Polizei unterstellt ist.

## Die Balkankrise.

### Oesterreich und die Türkei.

Konstantinopel, 18. Februar. Aus bester Quelle verlautet, daß über das österreichisch-türkische Protokoll zwischen beiden Regierungen völlige Einigung erzielt und auch über die handelspolitischen Fragen eine beide Teile befriedigende Formel gefunden worden sei. Die Annahme des Protokolls dürfte im heutigen Ministerrat erfolgen.

Der Großvezir hat gestern strenge Befehle zum Schutze der Ausfuhr der Postpakete in Beirut, Joffa und an anderen Orten gegeben. Eventuellen Ausschreitungen sollte mit Waffengewalt entgegengetreten werden. Wie die Grenzollanten melden, hat der Vorkauf österreichischer Waren im Sandtschal gänzlich aufgehört.

## Oesterreich.

### Regierungsdummheiten.

Prag, 18. Februar. Gegen die Abgeordneten Moser, Burbal und Choc, sowie gegen 18 tschechisch-nationale Agitatoren ist ein strafgerichtliches Verfahren wegen antimilitaristischer Propaganda eingeleitet worden; ebenso gegen den Abgeordneten Frel eine Untersuchung wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und der Majestätsbeleidigung, begangen am 2. Dezember d. J. anlässlich der Verkündigung des Standrechtes in Prag. So verleiht Herr v. Bienerth den Hauswurzeln den Nimbus des Martyriums und sorgt für die Erhaltung des Ruhms der tschechisch-nationalen Obstruktionshelden, deren sinnloses Treiben ihm wieder seine Regierungzeit verlängert.

## England.

### Die Arbeiterpartei und die neue Parlamentstagung.

London, 16. Februar. (Fig. Ver.) Die Arbeiterfraktion hielt gestern eine Sitzung ab, um über die kommenden parlamentarischen Arbeiten zu beraten. Zum Fraktionsführer wurde Henderson gewählt, zu seinem Stellvertreter — Georg R. Barnes. Es wurde beschlossen, folgende legislative Maßnahmen im Parlament zu vertreten: Arbeitslosenvorlage; Gezeirarbeitsvorlage (Einführung von Lohnämtern in drei hauptsächlich heimgewerblichen); das Gesetz betreffend Speisung der Schulkinder obligatorisch zu machen; Achthunderttag für Eisenbahner; Arbeiterkontrollen für Maß und Gewicht in Fabriken; Verbot der Aus- und Einfuhr von Streifbrochern. Die Fraktion soll unterstützen: Vorlagen betreffend Befreiung der Bodenwerte, Diäten für Abgeordnete, Wahlreform einschließlich Frauenstimmrecht, Zusatzanträge zum Alterspensionsgesetz, die den Zweck haben, die öffentlich unterstützten Greise unter das Gesetz zu bringen.

Die Fraktion hält auch heute eine Sitzung ab, um über ihre Stellungnahme zur Adresse (Antwort auf die Thronrede) zu beraten.

Bei Eröffnung der Tagung ist die Stärke der Parteien wie folgt: Liberale 309 Mitglieder; Nationalisten (Iren) 83; Sozialisten und Arbeiter 53, wovon etwa 8 in der Regel mit den Liberalen stimmen; Unionisten (oder Konservative) 164; Präsident 1; insgesamt 670 Mitglieder.

### Die Konzentration der englischen Flotte.

London, 16. Februar. (Fig. Ver.) Die Reueinteilung der englischen Flotte, die im Jahre 1904 eingeleitet wurde, nahm seitdem — trotz aller Angriffe von Flottenschriftstellern und Gegnern der Admiralität — ungehindert ihren Fortgang. Und sie hält Schritt mit den weltpolitischen Vorgängen. Das Zusammenwirken von Diplomatie und Marine ist nie enger gewesen als jetzt. Die größten und stärksten Schiffe werden nach der Ostküste Großbritanniens geschoben und ihr Kommando vereinfacht. Aus der Kanal- und Heimflotte wurde jetzt die Hauptflotte gemacht. Früher war das Kommando geteilt, jetzt wird es in die Hände eines einzigen Vizeadmirals gesetzt. Die Hauptflotte wird in kurzer Zeit bestehen aus 22 Linien Schiffen (darunter 6 Dreadnoughts), mehreren Panzerkreuzern, 50 Torpedojägern und mehreren Unterseebooten.

### Die Arbeitslosenfrage.

London, 17. Februar. Das Unterhaus setzte heute die Adressdebatte fort und verwarf mit 205 gegen 101 Stimmen einen von der Arbeiterpartei eingebrachten Antrag, in dem die Vorschläge der Regierung in der Arbeitslosenfrage getadelt werden. Handelsminister Churchill erklärte, die Regierung sei entschlossen, nach verschiedenen Richtungen hin sich gründlich mit diesem Problem zu befassen.

### Gegen die Suffragettes.

London, 18. Februar. Heute früh fand eine Kundgebung der Vertreterinnen des Frauenrechts vor der Anstaltswohnung des Premierministers Asquith statt. Zwanzig Verhaftungen wurden vorgenommen, die Polizei zerstreute die Demonstrantinnen. Die verhafteten Frauen wurden zu Geldstrafen von zwei bis fünf Pfund Strafe oder Gefängnis von zwei Wochen bis zu einem Monat verurteilt. Sie wählten fast sämtlich die Gefängnisstrafe.

Im Unterhause brachte heute der Generalstaatsanwalt ein eigenes Gesetz ein, das das Parlament vor Demonstrationen schützen soll. Das Gesetz bestimmt, daß von fremden Personen im Parlament verursachte Störungen als Beleidigungen bestraft werden sollen.

## Dänemark.

### Militärische Fragen.

Kopenhagen, 18. Februar. Im Folkething begann heute die vollbesetzte Debatte und überfüllten Tribünen die erste Beratung der Verteidigungsvorlagen. Der ehemalige Ministerpräsident Christensen (linke Reformpartei) ermahnte daran, daß der Plan einer Neutralitätsverteidigung nach dem Briege 1870/71 entstanden sei und alle Abzugspläne erfolge. Die Zustimmung auf eine Wiederbegehung mit den nord-schwedischen Brüdern sei nicht ausgegeben worden, sie sei jetzt aber nicht auf Kanonen, sondern auf das Vertrauen zum Reichsinn des deutschen Volkes gegründet. Wenn jemand käme, um Dänemark selbst die vorteilhafteste Allianz anzubieten,

würden wir sie abschlagen müssen; wir wünschen gute freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland. Redner betonte die Notwendigkeit, die Neutralität zu verteidigen und gab seine Zustimmung in der Erweiterung der Seebefestigung; dagegen könne er sich nicht mit der vorgeschlagenen Landesbefestigung einverstanden erklären, da sie die Kräfte des Landes übersteige. Dem Vorschlag, die bisherige Landesbefestigungsanlagen niederzulassen, wenn die neue Heeresordnung in Kraft getreten sei, stimmte Christensen zu. Klouisen (Soz.) bekämpfte die Regierungsvorlagen und empfahl die Annahme des sozialistischen Abrüstungsantrages. Parlow (Recht.) sagte der Regierung die Unterführung seiner Partei bei der Durchführung der Landesverteidigungsvorlagen zu, hätte aber größere Verstärkung der Marine gewünscht. Slengerik (radikal) führte aus, daß die Vorlagen nur Seelands, ja in Wirklichkeit nur Kopenhagens Neutralität sichern könnten. Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

## Türkei.

### Der parlamentarische Großvezir.

Am Mittwoch stellte sich der Großvezir der Kammer vor. Das Gaus war nicht besetzt, die Tribünen überfüllt. Der Großvezir verlas sofort die Regierungserklärung und betonte, daß Kabinett werde nur solange im Amt bleiben, als es das volle Vertrauen der Kammer besitze. Bei leisestem Zeichen des Mißtrauens werde es sofort zurücktreten. Als Aufgaben der inneren Politik bezeichnete der Großvezir die Reorganisation der Verwaltung, die größte Sparmaßnahme, die Sorge für die öffentliche Sicherheit und die allgemeine Volksbildung. Die Regierung werde gegen alle separatistischen Bestrebungen ankämpfen, die den Gedanken eines einigen, unteilbaren Vaterlandes zerstören wollen. Die anderen Nationen würden dann wissen, daß sie es mit einem Volk zu tun haben, das den Wert seiner Einheit zu schätzen versteht und wisse, was es wolle, um seine Unabhängigkeit zu bewahren. Zur äußeren Politik übergehend, erklärte der Großvezir, die Regierung werde sich bemühen, auf friedlichem Wege die Fragen zu lösen, die gegenwärtig noch Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten werden könnten. Die Regierung zweifle nicht, daß es ihr gelingen werde, trotz der bestehenden oder etwa auftauchenden Schwierigkeiten jede Gefahr eines Konfliktes auszuschalten. Die Schwierigkeiten, die noch vor kurzem bestanden, seien auf dem Wege definitiver Regelung. Die Türkei werde dann mehr Zeit zur inneren Festigung gewinnen, besonders für die Volkserziehung durch die Schule und die Presse, die nötig sei, um die Vorurteile bezüglich der Rasse und Religion schwinden zu lassen, die zu bedauerlichen Gewalttaten führten. Nach Verlesung des Tagesprotokolls bemerkte der Großvezir, der Passus über die äußere Politik sei den Vorkämpfern im Auslande mitgeteilt und von den fremden Regierungen günstig aufgenommen worden. (Beifall.) Eingegangen sind drei Tagesordnungen, darunter eine von den Anhängern Riamil Paschas, in der ein Mißtrauensvotum verlangt wird, da das neue Kabinett in ungeschicklicher Weise zur Macht gelangt sei. Der Antrag wurde mit großer Majorität abgelehnt und ein Vertrauensvotum für den Großvezir angenommen.

## Parlamentarisches.

### Abrechnung und Fabrikordnung.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle entwarf am Donnerstag definitiv, die Lohnzahlungsbücher für Minderjährige aus der Gewerbeordnung. Ein Versuch des Zentrums, an Stelle der Lohnzahlungsbücher Lohnzettel für Minderjährige einzuführen, wurde von Gothein (frs.), Molkenbühr (Soz.) und anderen Rednern, sowie von der Regierung mit Erfolg bekämpft. Die Debatte zeitigte folgenden Antrag Gothein, für den auch das Zentrum eintrat: in § 134b (der nur für Betriebe mit 20 Arbeitern Anwendung findet) einzufügen:

„Den Arbeitern ist bei der regelmäßigen Lohnzahlung schriftliche Abrechnung (Lohnbuch, Lohnzettel, Lohnliste) über den verdienten Lohn auszubehalten.“

Genosse Molkenbühr weist darauf hin, daß der Lohnzettel für die Arbeiter einen großen Nutzen haben kann. Ein Aufbewahren der Zettel kann dem Arbeiter Gelegenheit geben, bei der Stenereinschätzung den verdienten Lohn sofort nachzuweisen, und auch bei der Festsetzung der Unfallrente wird es dem Arbeiter leicht, den Nachweis des wirklich verdienten Lohnes zu bringen. Wünschenswert sei die Ausdehnung solcher Abrechnung auf alle Betriebe.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Gothein mit großer Majorität angenommen.

### Bei der Beratung über die obligatorischen Arbeitsordnungen in Betrieben mit mindestens 20 Arbeitern

gelangte zu § 134a ein Antrag unserer Genossen zur Annahme, der die Streichung der Worte „der Erlaß erfolgt durch Anhang“ (§ 134a Abs. 2) und die Übernahme des § 134a Abs. 2 forderte, der die näheren Vorschriften über die Art des Aushangs der Arbeitsordnung und die Bestimmung enthält, daß die Arbeitsordnung dem Arbeiter ausgehändigt werden muß. Genosse Stadthagen legte dar, daß aus den zur Streichung empfohlenen Worten und der Trennung der zusammengehörigen Vorschriften eine Plut von Streitigkeiten über die rechtliche Natur der Arbeitsordnung ergebe habe. Sollte die Aushängung an den Arbeiter nicht lediglich dekorative Bedeutung haben, und der Anschauung mit Erfolg entgegengetreten werden, daß die Fabrikordnung eine Art selbstherrlichen Diktats des Arbeitgebers sei, so sei die Umstellung geboten.

§ 134b zählt in fünf Ziffern auf, welche Bestimmungen die obligatorische Arbeitsordnung enthalten muß. Ziffer 2 verlangt, daß die Arbeitsordnung Vorschriften enthalten muß „über Zeit und Art der Lohnzahlung mit der Maßgabe, daß die regelmäßige Lohnzahlung nicht am Sonntag stattfinden darf. Ausnahmen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden“. Hierzu lagen mehrere Anträge vor. Unsere Genossen verlangten Streichung der Befugnis der Verwaltungsbehörde zu Ausnahmen.

Das Zentrum beantragte, daß die regelmäßige Lohnzahlung mindestens alle 14 Tage geschehen muß, jedoch nicht am Sonntag. Genosse Stadthagen weist darauf hin, daß auf Antrag unserer Genossen zum § 115, der wöchentliche Lohnzahlung und Abschlagszahlungen bei Akkordarbeit für alle Betriebe verlangte, ein § 115b in der vom Zentrum dann vorgeschlagenen Fassung bereits Annahme gefunden hatte, der wöchentliche Lohnzahlungen bei Akkordarbeit bis 14 Tagen, längstens aber monatliche Lohnzahlungen und Abschlagszahlungen für alle Fälle, auch für Akkordarbeiten mit zwingendem Recht verlangt. Der jetzige Zentrumsantrag schreibe also für größere Betriebe mindere Verpflichtungen vor. Das geht nicht an. Ebenso wenig könne er sich für eine vom Zentrum angeregte Strafbestimmung für Verstöße gegen diese Vorschrift aussprechen. Der zivilrechtliche Schutz genüge. Auch gegen Arbeitgeber solle man nicht überflüssige und ungerechte Strafvorschriften festlegen. Desgleichen wendet sich Redner gegen das Verbot der Lohnzahlung am Sonntag in Betrieben mit 20 Arbeitern.

Solche Vorschrift sei vielleicht für alle Betriebe angebracht, wenn nicht auch hier Bedenken gegen eine gesetzliche Festlegung sprächen. Die Verhältnisse liegen nicht überall ebenso. Sollte man einen gesetzlichen Zahlungseinstufung, so möge man den Freitag vorschlagen. Der Zentrumsantrag würde gestatten, daß 2. am Montag gezahlt und so viel, wie eine Benachteiligung der Akkordarbeiter und der Arbeiter herbeigeführt werden, die nur am Sonntagabend nach Hause fahren. Tarifvereinbarungen und ein Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung der Arbeitsordnung könnten ohne Gefahr einen anderen Tag als den Sonntag festlegen und haben dies teilweise schon getan. Ein unbedingtes Zahlungsverbot für den Sonntag sei durch Streichung der praktisch unwirksamen Befugnis der Verwaltungsbehörde durch-

zuführen. Einem Antrag Mang (frs.), der festlegen will, daß die Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit erfolgen muß, stimme er zu. Auch für kleinere Betriebe sei solche Vorschrift gültig. Das zeige sich darin, daß für die Parteizelle bis zur Lohnzahlung nach der gerechtfertigten Ansicht von Gewerbegerichten Lohn zu zahlen sei.

Abg. Gothein (frs.) wendet sich gegen ein Verbot, am Sonntag den Lohn zu zahlen; den gleichen Standpunkt nehmen die Vertreter der Konservativen und National-liberalen ein.

Bei der Abstimmung wird der Antrag, daß die regelmäßige Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit stattfinden muß, und der Antrag unserer Genossen, daß Ausnahmen von der unteren Verwaltungsbehörde nicht gestattet werden dürfen, angenommen. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet am kommenden Donnerstag statt.

### Aus der Budgetkommission des Reichstages.

(19. Sitzung vom 18. Februar.)

Die schon in der Sitzung am Mittwoch kurz begonnene Beratung über den Etat des Oberrechnungshofes wurde zunächst zu Ende geführt. Erzberger weist darauf hin, daß dieser Etat eine größere Bedeutung habe, als man allgemein annehme, denn der Rechnungshof habe auch die richtige budgetäre Verwendung der bewilligten Gelder zu prüfen. Das scheine allerdings nicht immer zu geschehen, sonst hätten nicht jahrelang die Weihnachtsgattifikationen an die Beamten des auswärtigen Amtes einem Fonds entnommen werden können, dem sie nicht entnommen werden durften. Der Abg. Hildenbrand wies auf die saloppe Art hin, in welcher die für die Schutztruppen ausgemerkten Gelder ausgegeben und verordnet worden seien. Es müsse dem Reichstag möglich gemacht werden, einen Einblick in die vom Rechnungshof erhobenen Konten zu gewinnen. Nach Annahme einer von Zentrumsseite gestellten Resolution, die den Reichsanwalt ersucht, Maßnahmen zu treffen, daß den Beratungen der Rechnungs-kommission des Reichstages ein Vertreter der Oberrechnungskammer beizuwohne, wurde der ganze Etat en bloc bewilligt.

Hierauf wird die in einer früheren Sitzung abgebrochene Beratung über den

### Etat für die Schutzgebiete

bei Südwestafrika fortgesetzt. Beim Titel „Justizverwaltung“ wird von mehreren Seiten lebhaftes Mißfallen über die mangelnde Rechtspflege geäußert. Staatssekretär Dernburg gibt die bestehenden Mängel im wesentlichen an und führt sie auf die ungenügende Zahl der dortigen Richter zurück: Wir haben in Südwestafrika im ganzen fünf Richter, die 23 000 Prozesse zu führen gehabt hätten. Das Kolonialamt beabsichtigt jetzt, eine Gerichtsverfassung einzuführen, die das Laienelement für einfache Entscheidungen heranzuziehen gestattet soll.

Eine längere Erörterung nahm der Fall Viehage in Anspruch. Es wurde behauptet, daß der Mann, welcher drei Menschenleben auf dem Gewissen habe und vom Gericht zu 5 Jahren und zu 9 Jahren Gefängnis verurteilt worden sei, alle möglichen Vorrechte genieße und auch noch Referentoffizier sei. Regierungssseitig wurde versucht nachzuweisen, daß der Gang des Verfahrens nicht zu beschleunigen gewesen und es zudem zweifelhaft sei, ob Viehage bei Begehung der Tat (er hatte im Jahre 1904 drei Negertinnen an Pfählen gebunden, so daß sie, wie der amtliche Bericht damals sagte, eingegangen wären) im Besitz seiner vollen Geisteskräfte gewesen sei. Auch über die Verwendung der Polizeitruppe zu Amtsgeschäften der Zivilbehörden wurde Mißbilligung geäußert. Geirichen wurde der verlangte Posten eines Richters mit heimischer Vorbildung und die neuen Stellen für zwei Aerzte.

Nächste Sitzung: Freitag.

Fortsetzung der Beratung über die Schutzgebiete.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Gesetzes über den nautischen Wettbewerb hielt am Donnerstag ihre fünfte Sitzung ab. Genosse Dr. Frank beantragt, in § 3 einzufügen: „Leiter des Geschäftes“, da man mit dem Ausdruck „Geschäftsinhaber“ Aktiengesellschaften nicht treffen. Der Antrag wurde angenommen.

Zu § 9 liegen folgende Anträge vor:

Ziffer 1, Dr. Jund, Sievers. 1. als § 9a einzufügen: „Von Seiten eines Erwerbsgeschäftes dürfen in einem Jahre Inventurausverkäufe oder Saisonausverkäufe im ganzen nur zweimal, wobei eine Zwischenzeit von mindestens vier Monaten eingehalten ist, veranstaltet werden. Der einzelne Ausverkauf darf die Dauer von drei Wochen nicht überschreiten.“

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

In Ansehung des Anspruchs auf Unterlassung und auf Schadenersatz finden die Vorschriften der §§ 1, 1a, 2 Anwendung.

Die Anwendung der Bestimmungen dieses Paragraphen wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß bei der Anklage von Verkäufen, welche aus gleichzeitiger Veranlassung vorgenommen werden, ähnliche Bezeichnungen gewählt werden.“

2. als § 9b einzufügen: „Der Anklage eines Ausverkaufs im Sinne des § 6 Abs. 2, des § 7 und des § 8 Abs. 2 stehen Anklagen wie „Ausnahmefälle“, „Restertage“, „billige Lage oder Woche“, „weiche Woche“ und ähnliche Anklagen gleich.“

Ueber diese Anträge entstand eine lange Debatte: Jund (natl.) begründete seine Anträge, die Genossen Frank und Brähne führten aus, man dürfe nicht alles reglementieren, man könne nicht jede Einzelheit ins Gesetz aufnehmen; solche Dinge lassen sich am besten durch Ortsstatut regeln. Erzberger (3) und Jund (natl.) sprechen für den Antrag Jund; man könnte allerdings auch statt vier Monate setzen drei, und statt drei Wochen vier Wochen. — Nachdem noch zwei Regierungsvertreter gegen den Antrag Jund gesprochen hatten, wurde die Abstimmung auf die nächste Sitzung vertagt.

Zu § 10 liegt ein Antrag Jund vor: Die Worte „über Beschaffenheit und Zeit“ zu streichen. Zu diesem Antrage sprechen die Genossen Horn, Dr. Frank und Brähne, welche sich für den Antrag aussprechen, ebenso Carstens (frs.) und Jund (natl.). Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

Ein weiterer Antrag Sir, hinter § 10 einen § 10a einzufügen:

„Im gewerbsmäßigen Verkehr mit Bier dürfen Ortsbezeichnungen nur zur Kennzeichnung der Herkunft verwendet werden. Wer dieser Vorschrift wider bei der Benennung von Bier eine der Herkunft nicht entsprechende Ortsbezeichnung vorläßtlich oder fahrlässig verwendet, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.“

wird für die nächste Sitzung zur Beratung zurückgestellt.

## Aus der Partei.

### Parteiliteratur.

Das erste Lebensjahr. Wie ernähren und pflegen wir den Säugling? Von Dr. med. R. Silberstein-Rixdorf. Von diesem interessantesten Heftchen — das in der bekannten Arbeitergesundheitsbibliothek im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint — ist jetzt die dritte neu durchgesehene Auflage erschienen. Die rege Nachfrage zeigt am besten für die Nützlichkeit der Arbeit. Um einen Überblick über den Inhalt dieses Heftchens zu ermöglichen, geben wir einige Titelüberschriften wieder.

Pflege des Neugeborenen. — Die natürliche Ernährung des Kindes. — Die Entwöhnung. — Die künstliche Ernährung des Säuglings. — Die Fütterung. — Die Haut- und Mundpflege des Säuglings.

Preis 20 Pf. In besserer Ausstattung 50 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportiere.

Die Brandenburgische Gemeindevorsteherkonferenz und die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages werden von der „Märkischen Volksstimme“ zu Kottbus angegriffen. In einem Leitartikel: „Behret den Anfängen!“ wird zunächst die

Gemeindevertreterkonferenz besprochen und erklärt, daß an sich ganz läbliche Bestreben, „praktische Arbeit“ zu leisten, „Erfolge“ aufzuweisen, führe zu der Auffassung, ein Stadtverordneter, der nicht mindestens jedes Jahr einige praktische Erfolge aufzuweisen habe, sei nicht wert, habe keine „Achtung“ bei den bürgerlichen Gemeindevertretern und müsse sich demgemäß vor seinen Wählern schämen. Diese Auffassungen seien auf der Konferenz zum drastischen Ausdruck gekommen an jener Stelle der Debatte, wo Genosse Döwle von der Ausbringung kommunaler Mittel sprach und sich dagegen wandte, die Stellung unserer notwendigen Entwürfe von dem Vorhandensein der materiellen Mittel der Gemeinde abhängig zu machen. Auf der Konferenz seien eine ganze Anzahl opportunistischer Vorkämpfe gemacht worden. Man schloß es deutlich heraus, daß sich vielfach ein Staatsmännchentum herausgebildet hat, das auf eigene Faust und in „besseren Erkenntnis der eigenartigen Verhältnisse der betreffenden Gemeinde“ seine Kommunalpolitik zu betreiben gesonnen ist. Wenn dem nicht in den Anfängen entgegengetreten und nicht das Programm der Sozialdemokratie als Maßstab unseres Handelns in Parlamenten gemacht wird, können wir noch unser blaues Wunder erleben.

Die Landtagsfraktion wird getadelt wegen der Annahme des Lehrerbefolgungsgesetzes. Dazu schreibt unser Kolbener Parteiblatt:

Wie kam nun die sozialdemokratische Landtagsfraktion dazu, einem Geiseltwurf, der wohl eine materielle Verbesserung der Lehrer, noch dazu in der Kompromißfassung bringt, aber doch nach Hirsch und Leinert ganz erhebliche Verschärfungen auf dem Gebiete der gemeindlichen Selbstbestimmung und der staatlichen Einschränkung der Schulmaterie bringt, ihre Zustimmung zu geben?

Wir erlauben uns die unmaßgebliche Meinung auszusprechen, daß die Motive, auf Grund deren die sozialdemokratische Landtagsfraktion für das Lehrerbefolgungsgesetz eintrat, sich in nichts von den „Budgetbewilligungsgesetzen“ unserer süddeutschen Genossen unterscheiden! Wir halten die Zustimmung zu dem Gesetz für einen prinzipiellen Fehler. Wenn die sozialdemokratische Landtagsfraktion die Auffassung hatte (und sie hat sie zum Ausdruck gebracht), daß dem Geiseltwurf eine reaktionäre Tendenz innewohnt, daß dieser Geiseltwurf das unterdrückt, für was wir in den Gemeinden kämpfen und wonach wir uns sehnen: nach dem Selbstbestimmungsrecht in Schulangelegenheiten und Schwächung der Rechte des reaktionären Junkerstaates, so mußte unsere Fraktion dagegen stimmen. Was ging den Genossen, in Grunde genommen, der von der Blockmehrheit zurückgeschickte Geiseltwurf an? Sind unsere Wünsche in dem betreffend nicht?

Also lag kein stichhaltiger Grund vor, für das Lehrerbefolgungsgesetz einzutreten. Es ist nach all dem Guten, was unsere Fraktion auf dem Gebiete der Kritik leistete, gerade nicht erbaulich, schon solche Proben „praktischer Staatsmännlichkeit“ zu sehen. Tritt man für die Autonomie der Gemeinden als Stadtverordneter ein, so kann man als Landtagsabgeordneter keinem Gesetz seine Zustimmung geben, das den Gemeinden auf dem Gebiete der Autonomie Schwierigkeiten bereitet. Principiis obsta!

Reichstagskandidatur. Am Sonntag wurde in einer Vertrauensmännerversammlung der Parteiorganisation des Wahlkreises Dessau (Anhalt I) Genosse Kurt Eisner-Kirnberg einstimmig als Reichstagskandidat proklamiert. Bislang hat Genosse Käppler-Altenburg, Vorsitzender des Wählerarbeiterverbandes, die Kandidatur innegehabt.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafsents der Presse. Wegen Beleidigung des Blockdemokraten Blumenthal zu Colmar wurde Genosse Jean Martin von der „Mühlhauener Volkszeitung“ zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte eine Behauptung zweier literarischer Blätter des Elsaß über Blumenthal wiedergegeben. Diese Blätter aber verlagte Blumenthal nicht, mit ihrer Partei verbündete er sich bald darauf bei den Gemeinderatswahlen und so begünstigte er sich damit, nur gegen den Sozialdemokraten zu sagen, der die Behauptungen der Literaten lediglich wiederholt hatte.

## Aus Industrie und Handel.

### Unheil der Syndikatspreispolitik.

Als Marktregulator sind die Kartelle und Syndikate angesprochen worden. Die Lösung des im kapitalistischen System bestehenden Widerspruchs: Hochkonjunktur — Krise sollte gefunden sein durch die bekannte Preispolitik. Die kapitalistische Expansion bringt nach einer gewissen Zeit die Produktion in ein drohendes Mißverhältnis zur Konsumkraft. Diese kann die Warenmenge nicht aufnehmen, die Erzeugung stockt. Da wollen die Syndikate usw. regelnd eingreifen, die Krise bannen, nicht, indem sie die Spannung zwischen Produktivität und Konsumkraft vermindern, sondern durch das Gegenteil. Sie schränken die Produktion mechanisch ein und halten die Preise auf der erreichten Höhe. Da diese Politik nur in der Rohmaterial- und Halbfabrikatindustrie durchgeführt werden kann, andererseits die Preise der Fertigerzeugnisse der abgeschwächten Nachfrage wenigstens sich etwas anpassen müssen, wird die Konsumkraft der Rohmaterial- und Halbfabrikatverbraucher geschwächt, so stark, daß sie die Fabrikation möglichst einschränken. In dem Grade, wie sie selbst Preisreduktionen verhindern können, vergrößern sie die Spannung zwischen den Preisen der Fertigerzeugnisse und der Kaufkraft der Konsumenten. Auf jeden Fall ist der Effekt der Syndikatspolitik eine Vergrößerung des Übels. Das hat man auch in bürgerlichen Kreisen erkannt. So liest man z. B. im Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie (Jahrgang 1908) folgendes:

„Die Preispolitik der Kartelle trägt die Verunsicherung in sich, in den oben berührten Kreislauf von Wirkung und Gegenwirkung mit einer vermeintlich höheren Weisheit einzugreifen. Während jede Preisherabsetzung, die das Symptom einer wirtschaftlichen Abwärtsbewegung ist, gleichzeitig jenen Keim der Wiederbelebung in sich trägt, der in der Erweiterung des Abnehmerkreises und in der dadurch ermöglichten Wiederkehr einer Preiserrhöhung liegt, neigt die Preispolitik der Kartelle dazu, einen Erfolg darin zu erblicken, daß sie die Preise gar nicht oder nur wenig oder spät nachgeben läßt. Vereits im Vorjahre haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß diese Preispolitik sich nicht gleichmäßig über das ganze Wirtschaftsleben erstreckt und daß je nach Bestehen oder Nichtbestehen starker Preispositionen in der Weiterwälzung und Verteilung der Folgen einer wirtschaftlichen Depression bedeutende Stauungen entstehen. Nach dem Verlauf des Jahres 1908 wird an dem Vorhandensein dieses Übels keineswegs von niemandem mehr gezweifelt werden können. Kartelle und Syndikate sind auf dem Gebiet der Rohproduktion verhältnismäßig am leichtesten und straffsten durchzuführen und haben auch auf dem Gebiet der Halbfabrikate eine ähnliche Ertragsmöglichkeit. Für Fertigerzeugnisse hingegen ist vermöge ihrer großen Mannigfaltigkeit schon eine umfassende Preisverabredung erschwert, eine Syndizierung in strenger Form in den meisten Fällen unmöglich. Dieser Umstand brachte zur Zeit der Depression die Hersteller der Fertigwaren, zwischen den Konsumenten mit verringerteter Nachfrage und der dadurch bedingten Preisherabsetzung einerseits, und den syndizierten Herstellern der Rohprodukte mit der wirtschaftlichen Noth, die Preise hochzuhalten, andererseits, in eine Zwangslage, die sehr erheblich zur Verschärfung der diesmaligen Depression beitrug. Dabei hing das Eintreten schädlicher Wirkungen dieser Preispolitik noch nicht einmal davon ab, ob sie in der Tat erfolgreich durchgeführt wurde. Wo es den Syndikaten gelang, die Preise für Rohstoffe das ganze Jahr hindurch festzuhalten, trat die Wirkung in dieser andauernden Zwangslage der Hersteller von Fertigfabrikaten ein. Wo sie schließlich nachgaben, geschah es später, als es dem natürlichen Lauf der Dinge entsprochen hätte, und nicht selten erst, nach eingetretenen Verlusten. Wo aber die Preispolitik gänzlich mißlang und zu einem Auseinanderfallen der Syndikate führte, da hat der dann ein-

wirkende Preisdruck viel verheerendere Wirkung auszuüben, als ein allmähliches Weichen der Preise herbeizuführen imstande gewesen wäre; die Preisherabsetzung der Rohstoffe, sonst ein Element der Wiederbelebung, wirkte unter solchen Umständen auf den Fertigerzeugnisse durch Entwertung seiner Vorräte doppelt schädigend und zuweilen wirtschaftlich vernichtend.“

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Bei einem Streikbrechertransport von Berlin

spielten sich auf dem Nürnberger Bahnhof aufregende Szenen ab. In der Möbelfabrik von Aschbacher in Zürich sind 90 Arbeiter wegen Maßregelung in den Streik eingetreten. Einer der bekanntesten Klavenhändler machte sich anheißig, die nötigen Arbeitswilligen von Berlin herbeizuführen. Mit Hilfe des bekannten „Handwerker-Schutzverbandes“ gelang es dem Streikbrecheragenten auch, einige 50 Mann in Berlin zusammenzutrommeln, die bereit waren, mit nach Zürich zu gehen. Man hatte ihnen vorgespiegelt, daß der Züricher Streik durch Schiedsgerichtsspruch erledigt sei. Die Leute wurden unter Beobachtung peinlichster Vorsichtsmaßnahmen zum Anhalter Bahnhof geschafft, den sie durch Hintertüren usw. erreichten. Der Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes war es nicht möglich, an die Leute heranzukommen und sie von dem wahren Stande der Dinge zu unterrichten. Man setzte deshalb die Hoffnung auf Nürnberg. Die dortige Verwaltungsstelle wurde in Kenntnis gesetzt und gebeten, bei Antritt des Zuges den Versuch zu machen, die Arbeitswilligen abzufangen. Gleichzeitig ließen sich einige Mitglieder der Berliner Ortsverwaltung von dem Agenten ebenfalls anwerben, um vom Zuge aus die Schritte der Nürnberger Kollegen zu unterstützen. Die Berliner Polizei hatte das möglichste getan, um die Einparierung der Streikbrecher zu ermöglichen und alle Aufklärungsversuche zu verhindern. Am Dienstagabend kam der Transport mit dem D-Zug in Nürnberg an. Auf dem Bahnsteig hatten sich eine große Anzahl dortiger Verbandsmitglieder postiert, die nunmehr den Aufbruch ließen: „Kollegen, raus aus dem Zug, in Zürich ist Streik!“ Eine große Anzahl der in einem besonderen Wagen untergebrachten Arbeitswilligen schickten sich nunmehr an, dem Rufe zu folgen, aber der Agent und ein in seiner Begleitung befindlicher Herr besetzten blitzschnell die Türen und ließen niemanden heraus, aber viele entwichen unter Nachhülfe der Traufliehenden durch die Fenster. Der Helfer des Agenten wollte, um die Andringenden abzuhalten, die Türen zuschlagen und verschließen, dabei rief der Gurt und der Mann flog weit in den Weg hinein, sich anscheinend erheblich am Kopfe verlegend. Der Streikbrecheragent hatte inzwischen einen Revolver gezogen und rannte damit auf dem Bahnsteig auf und ab, alle mit Erschrecken bedrohend, die den Zug betreten oder verlassen wollten. Einem Mitgliede der Nürnberger Ortsverwaltung setzte er die Waffe sogar auf die Brust. Nunmehr erschien Polizei, die der Agent hatte requirieren lassen, sie benahm sich aber ziemlich korrekt und erklärte, wer aus freien Stücken den Zug verlasse, dürfe daran nicht gehindert werden. Es gelang 21 Mann herauszubringen, während zierlich 70 Gläser bereitgestellt, da die Arbeitswilligen hier gelockt werden sollten. Die Gläser gingen in dem Trubel sämtlich in Trümmer. Es wurde sofort nach Stuttgart telephoniert, damit dort der Versuch gemacht werde, die übrigen Arbeitswilligen abzufangen und dem Agenten die Papiere der Leute abzunehmen. Als jedoch der Zug in Stuttgart ankam, war der ganze Wagen dunkel, die Vordächer herabgelassen und die Türen verschlossen. Das ist wahrscheinlich auf Anordnung von höherer Stelle aus geschehen. Die Polizei erklärte sich für ohnmächtig, für die Herausgabe der Papiere zu sorgen. Leider ist es noch nicht gelungen, Name und Adresse des Agenten festzustellen.

#### Streik bei der Firma „Sanitas“.

Seit dem 3. Februar stehen die Schlosser und Dreher bei der Firma „Sanitas“, Schiffbauerdamm 33, in einem Streik. Die Arbeiter, etwa 20 an der Zahl, weigerten sich, Leberzeit zu arbeiten, um so mehr, als die Firma keinen Zuschlag für die Überstunden zahlen wollte. Sie wurden bei der Geschäftsführung vorbestellt, stehen aber auf Widerstand. In Vorschläge, „Schichtarbeit“ einzurichten, wurden zurückgewiesen, ebenso ihre Forderungen, 25 Prozent Zuschlag für Überstunden zu bezahlen, wie es bei anderen Firmen üblich ist. Die Arbeiter sollten jeden Tag drei Leberstunden leisten und keinen Zuschlag erhalten, so diktierte die Firma. Am 3. Februar kam es zum Streik. Am 6. Februar stellte sich ein Vertreter der Gelben bei der Firma ein und bot Arbeitswillige an. Die Forderungen der Streikenden wurden mit Geldern besetzt, deren Leistungen aber nicht den Anforderungen, welche die Firma bisher an die Arbeiter stellte, entsprechen; es sind zumeist minderwertige Kräfte, die viel unbrauchbare Waren liefern. Bei den Mechanikern im Betriebe, etwa 80 an der Zahl, herrschte die Neigung, den streikenden Dreher und Schlossern zu Hilfe zu kommen, aber man hielt vorläufig damit noch zurück. Die Firma sah sich plötzlich veranlaßt, den Mechanikern einen Zuschlag von 25 Prozent auf die Leberstunden zu bewilligen. Zugleich wird aber auch versucht, bei den Mechanikern Gelbe einzuschleusen. Die Arbeiter erwägen, ob nicht ein Solidaritätsstreik der Mechaniker am Platze wäre, um den Forderungen der Firma, Gelbe anzunehmen, entgegen zu wirken. Die Arbeiter kamen am Mittwochabend zu einer Betriebsbesprechung zusammen und beschloßen, die demnächst zu unternehmenden Schritte. Wenn es zu einem Streik der Mechaniker kommen sollte, so wird noch mancher andere Forderung geltend gemacht werden. Man glaubt nicht, daß die Firma in der Lage wäre, den Betrieb mit Gelben weiterzuführen, weil diese nicht leistungsfähig sind. Es wurde auf mancher schlechte Erfahrung hingewiesen, welche die Unternehmer machen mußten, die sich auf die Gelben verließen, zum Beispiel jüngst in Oberschöneweide, wo das Werk eine größere Anzahl Autos, von Gelben hergestellt, als unbrauchbar zurücknehmen mußte.

Dem Schlächtermeister Franz Erdmann, Wlogauer Straße 19, scheint es schwer zu fallen, hofliche Anfragen ebenso zu beantworten. Als am Dienstag zwei Vertreter des Zentralverbandes der Fleischer bei diesem Herrn vorsprachen, um zu erfahren, wie er sich zu den Forderungen der Gesellen stellt, schimpfte er aus Leibeskräften auf die saulen Noten, die nicht arbeiten wollen usw. Als ihm erwidert wurde, daß er doch in einem hoflichen Tone gefragt sei und als unabhängiger Mensch auch in einem solchen antworten müßte, schrie er in höchster Erregung: „Wenn Ihr nicht sofort herausgeht, schmeiße ich Euch heraus, Ihr polnischen Luders!“ Als dann die beiden Vertreter der Organisation sich dies auf der Straße notierten, führte er nach einem Schutzmänn. Da jedoch der erwähnte Ketter nicht erschien, sandte er ein Mädchen nach dem Revier. Doch das Mädchen brachte die traurige Kunde, daß sein Schutzmänn mit-tommen. Noch nachher schimpfte Herr Erdmann auf die beiden Organisationsvertreter aus der Ladentür heraus.

#### Deutsches Reich.

##### Eine gerichtliche Klarstellung.

Eine klägliche, jämmerliche Rolle spielte vor dem Schöffengericht Ludwigshafen einer jener Schwäger, die durch ihre ehrsüchtigen Behauptungen mit der große Erregung gegen die Leitung des Metallarbeiterverbandes schüren halfen, wie sie bei Beendigung des Strebelwer-Streiks zutage trat. Der Angeklagte, Schreinermeister Johann Eich von Ludwigshafen, ist auf die sozialdemokratischen Vertreter auf dem Ludwigshafener Rath-hause nicht gut zu sprechen, das mag wohl der tiefere

Grund seines müßigen Geredes sein, für das er vor Gericht auch nicht die geringste Erklärung hatte. Am 10. Januar d. J. unterließ sich der Former Paul Becker von Ludwigshafen, der eben aus einer Versammlung der Strebelwerarbeiter heimkehrte, in der Wirklichkeit von Jäger in Ludwigshafen mit verschiedenen Kollegen über die Streikbewegung, wobei der Angeklagte auch seine Ansicht kundgab. Dabei bemerkte der Angeklagte: „Seht Ihr, es ist ja traurig, daß der Arbeiter seine paar Pfennige dran hängt und hintermach wird er hintergangen von der Leitung. Es sei begreiflich, daß die Versammlung fürmisch verlaufen müsse, wo die Arbeiter ihr gutes Geld bezahlen müssen und so betrogen werden. Er sei in ein besseres Weinstaurant gekommen, da hätten zwei Direktoren gesehen und bei ihnen ein Gewerkschaftsbeamter. Da habe er gehört, daß die Direktoren dem Gewerkschaftsbeamten 500 M. geboten hätten, wenn er dafür Sorge, daß der Streik abgebrochen werde und die Arbeit zu den abgemachten Bedingungen wieder aufgenommen werde. Der Beamte habe sich damit einverstanden erklärt.“ Becker wandte sich nach Beendigung des Gespräches an Eich mit dem Ersuchen, ihm die Namen der Direktoren zu nennen. Er erwiderte jedoch, wenn er vor Gericht komme, werde er die Namen nennen und unter seinem Eide alle Behauptungen wiederholen. Für Becker war das Nachfolgende, der Wahrheit auf den Grund zu gehen, und er teilte diese Äußerung den Leitern des Streiks, Schneider und Vorhöfzer, mit, die darauf Klage gegen Eich erhoben.

Bergeblitz erfuhr die Vorgesetzten den Angeklagten, ihm doch irgend einen Anhaltspunkt zu geben, wie er zu solchen Behauptungen komme. Er wußte aber nicht einmal das Weinstaurant anzugeben, wo der Gewerkschaftsbeamte den Handel mit den Direktoren abgeschlossen haben soll, geschweige daß er die Namen der Direktoren angegeben wußte.

Vorhöfzer bemerkte, das Gericht sei sogar nach Dortmund getragen worden und er habe es dort zu hören bekommen. Schneider behauptet, gerade auf dieses Gerede hin sei er auf das schwerste verdächtigt worden, die große Masse habe die Behauptung geglaubt. Wenn irgend etwas Wahres daran gewesen wäre, so hätte er seinen Posten quittiert; unter diesen Umständen hätte er ihn nicht verlassen können. Beide Kläger wie auch der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hirschler, verlangten keine Verurteilung, nur einen Widerruf der verleumderischen Behauptungen und Tragung der Kosten.

Das Urteil lautete auf dreißig Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten, sowie Verurteilung des Urteilsstörers in der Mannheimer „Volksstimme“, der „Wälz. Post“ und in der „Metallarbeiterzeitung“. In der Begründung heißt es: Es hat die Verhandlung zur Evidenz ergeben, daß die Behauptungen des Angeklagten lediglich leeres müßiges Witzhausgerede waren, das einer Unterlage völlig entbehrt. Die Behauptung ist grober Natur. Nur durch das Verhalten des Angeklagten vor Gericht ist das Gericht zu der Überzeugung gekommen, daß der Angeklagte geistig nicht vollwertig zu nehmen ist, und es wurde deshalb auf eine geringe Geldstrafe von 30 M. erkannt. Eine Serie von Beleidigungsklagen gleicher Natur steht noch bevor.

#### Wie die Christlichen Gewerkschaften gründen.

In einem Waldarbeiterdorf (Pielshofen) in der Oberpfalz sollte eine christliche Zahlstelle gegründet werden. Doch alle Versuche und alle Reden christlicher Sekretäre waren vergebens — die Arbeiter konnten die Vorteile einer christlichen Gewerkschaft schon. Nun machte es der Vertrauensmann der Christlichen einfallen so: Als Vorgesetzter der Arbeiter zog er ihnen am Lohnstage die Beiträge ab und gab den neuen Mitgliedern weder Verbandsbuch noch Quittungsmarken. Die Arbeiter, die mit einer solchen Zwangsmitgliedschaft nicht einverstanden waren, wandten sich nun beschwerdeführend an die Öffentlichkeit.

Die Breslauer Metallarbeiter haben in den letzten Jahren derartig erfreuliche Fortschritte gemacht, daß sie daran gehen konnten, sich für ihre Verwaltungsbehörden, für den Arbeitsnachweis und für ihre Sitzungsräume ein eigenes Heim zu schaffen. Sie haben das in der kleinen Holzgasse 3 belegene Haus (siehe angeklagt), um es für ihre Zwecke einzurichten. Die Zahlstelle zählt jetzt 5300 Mitglieder, hat somit in drei Jahren um 2000 zugenommen.

#### Ausland.

Die amerikanischen Hutmacher führen seit Ende vorigen Monats einen Kampf gegen die „Associated Hat Manufacturers“ (Reinigte Hut-Fabrikanten). In 57 Hutfabriken, deren Besitz dieser Vereinigung angehört, wurde die Arbeit niedergelegt. Zwischen 20. bis 25.000 Hutmacher traten in den Streik. Die Hutmacher sind stark organisiert, ihrer Gewerkschaft, „United Hatters“, gehören 25.000 Mitglieder an. Die äußere Ursache zu dem Streik lag in dem Kontraktbruch einer Firma in Boston, die sich über die Vereinbarungen mit der Gewerkschaft hinwegsetzte wollte. Der tiefere Grund besteht aber darin, daß die Fabrikanten das „Unionlabel“, die Schutzmarke der Gewerkschaft, los sein möchten. Jeder Hut, der von organisierten Arbeitern hergestellt ist, trägt, am Futter befestigt, eine kleine Marke der Gewerkschaft. Damit haben die Hutmacher selbst eine ausgezeichnete Kontrolle über die Fabrikate, und die übrige Arbeiterklasse ist in der Lage, den organisierten Hutmachern ihre volle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Das Unionlabel ist bei den amerikanischen Gewerkschaften ein beliebtes Mittel, ihre Anerkennung bei den Unternehmern durchzusetzen. Die Kleidermacher, die Brauer, die Buchdrucker und viele andere Gewerkschaften, sogar die Bäcker, haben es eingeführt. Den Unternehmern ist es natürlich sehr unangenehm, und sie nehmen gern eine Gelegenheit wahr, dagegen anzukämpfen. Die vorhin erwähnte kontraktbrüchige Firma hatte sich an die Hutfabrikantenvereinigung gewandt und diese beschloß einstimmig, den Kampf für die bedrohte Firma und gegen das Unionlabel aufzunehmen. Die Hutmacher wissen, daß das Unionlabel die Lebensfrage für ihre Organisation bedeutet, und darum zögerten sie auch nicht, sofort in großem Maßstabe in den Kampf zu treten. Die Unternehmer aber geben auch energisch vor und haben schon Schadenersatzansprüche gegen die Union geltend gemacht, die von den Gerichten zugunsten der Unternehmer entschieden worden sind. In einigen Orten haben die organisierten Hutmacher bereits Erfolge erzielt und mehrere Fabrikanten haben Frieden geschlossen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Liebesdrama.

Frankfurt a. M., 18. Februar. (B. Z. G.) Im Hause Reibstöderstraße 93 hat sich heute vormittag der 25jährige Arbeiter Georg Mayer aus Grünberg (Oberhessen) erschossen, nachdem er vorher auf das 17jährige Milchmädchen Lina Wölter aus Unterlieberbach zwei Revolverschüsse abgefeuert hatte. Wahrscheinlich war das Mädchen ein Liebesverhältnis unterhielt, war sofort tot, das Mädchen ist lebensgefährlich verletzt. Das Motiv der Tat ist Eifersucht.

#### Der Krieg in den Ostten.

London, 18. Februar. (B. Z. G.) Der „Standard“ schreibt zu den Versuchen mit dem Militärplan in Aldershot, daß jüngst tatsächlich solche Versuche mit außerordentlicher Heimlichkeit auf einem Plage durchgeführt worden seien, zu dem der Zutritt verboten war. Diese Versuche, die jetzt beendet seien, ergaben, daß England auf dem Gebiete der Militärflugschiffahrt mit Leichtigkeit den ersten Rang einnehmen werde.

#### Erdbeben.

Konstantinopel, 18. Februar. (B. Z. G.) Durch die Erdbeben, die in den letzten vier Tagen im Vilajet Sidak erfolgten, wurden einige hundert Häuser zerstört und fünf Personen getötet.

Reichstag.

210. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend

Änderung des Bankgesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Kaempf (fr. Sp.): Den vorliegenden Entwurf halte ich für eine geeignete Grundlage zur Verlängerung des Privilegs der Reichsbank. Es kann gar keine Rede davon sein, sie in ein Reichsinstitut umzuwandeln. Neben der Frage der Organisation der Reichsbank und der der Aufrechterhaltung der Goldwährung werden noch einige andere von dem Gesetzentwurf berührt, doch sind das alles nicht Fragen von prinzipieller Bedeutung. Dahin gehört u. a. die Frage, ob das Grundkapital der Reichsbank zu erhöhen ist. In der Kommission mögen alle Punkte noch einmal sorgfältig geprüft werden. (Bravo! bei den Freiwählern.)

Reichsbankpräsident Havenstein dankt für die freundliche Beurteilung, welche die Vorlage auf allen Seiten des Hauses gefunden hat, und geht dann auf einige Bemerkungen ein, die am Mittwoch von den Abgeordneten Kretsch und Krenndt gemacht worden sind. Der Redner spricht so leise, daß er auf der Tribüne kaum verständlich ist. Er scheint sich gegen den Gedanken der Verstaatlichung der Reichsbank auszusprechen.

Abg. Frank-Mannheim (Soz.):

Der Abg. Singer, der Mitglied der Bankenquete-Kommission gewesen ist, sah sich leider in letzter Stunde verhindert, das Wort zu dieser Vorlage zu ergreifen. Ich bedauere das umso mehr, als es für diejenigen Abgeordneten, die der Enquete-Kommission nicht angehört haben, ungewöhnlich schwer ist, die Ergebnisse der Besprechung zu würdigen. Man hat nämlich die Sachverständigenberichte, welche den Debatten der Enquete-Kommission zugrunde gelegt waren, geheim gehalten. Ich glaube, diese Geheimnisthämerei war ganz unangebracht; denn irgend welche Staats- oder Betriebsgeheimnisse enthielten die Gutachten doch wohl nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uns ist es aber dadurch unmöglich gemacht, die Protokolle der Kommission zu würdigen, da in ihnen beständig auf die Gutachten verwiesen ist. Soweit mit dieser Einschränkung eine Würdigung der Protokolle überhaupt möglich ist, möchte ich hervorheben, daß sie weniger interessant sind durch das, was drin steht, als durch das, was nicht drinsteht. Ein großer Teil des Nationalvermögens ist in den Großbanken angelegt und damit hat auch die Öffentlichkeit die Pflicht, sich darum zu kümmern, wie die Depositen verwaltet werden. Auch hier ist

das Recht der Öffentlichkeit

nötig und wird ebenso Gewinnschancen, wie es im Strafrecht geschehen ist. Und wenn die so oft geklammerte Sonne des Journalismus in unser Bankwesen hineinscheint, so wird auch das nicht schaden. (Weiterleit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich halte den Vorschlag eines hiesigen Dozenten für sehr beachtenswert, daß nämlich das Reich ein

Aufsichtsrat für das Bankwesen

errichte. Es stehen hier große Interessen auf dem Spiele, und wenn die Kommission ihre Verhandlungen über den verhandelten Punkt wieder aufnimmt, möge sie diesen Vorschlag in den Kreis ihrer Erörterungen ziehen. Auch

regelmäßige Bankinspektionen

würden im öffentlichen Interesse liegen. In Amerika hat sich der Bankinspektor bewährt. Er konnte freilich nicht verhindern, daß bei dem letzten großen Crash gewaltige Summen verloren sind, aber er hat doch wertvolles Material für die künftige Bankgesetzgebung festgelegt. In Deutschland haben wir einen Banknachgroßen Stills überhaupt noch nicht gehabt. Deshalb sollten wir bezüglichen Vorkehrungen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein erfreuliches Resultat hat die Kommission gezeitigt: die Aussprache über

die Bedeutung des Goldproblems.

Es ist jetzt Mode geworden, die Bedeutung der Goldfrage ganz maßlos zu überschätzen. Demgegenüber ist es ein Verdienst der Enquete-Kommission, immer und immer wieder hervorgehoben zu haben, daß es in letzter Linie nicht auf eine mehr oder minder gute Gold-

politik ankommt, sondern daß die internationale Bilanz für die Verhältnisse entscheidend ist.

In der Enquete-Kommission wurde auch hervorgehoben, daß der Mangel an Gold damit zusammenhänge, daß jährlich etwa 100 Millionen Gold für die deutsche Industrie verwendet werden, und man hat vorgeschlagen, die Verwendung geringeren Goldes in der Industrie zu verhindern und sogar mit Strafe zu bedrohen. Dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden; die große Goldindustrie in Pforzheim würde dadurch auf schwerste geschädigt werden.

Weiter ist erörtert worden, ob es nicht angehe, für Deutschland in Berlin einen eigenen Goldmarkt zu errichten. Ich begreife, daß es dem deutschen Nationalbewußtsein schmeicheln würde, neben dem Goldmarkt in London noch einen besonderen Goldmarkt in Berlin zu haben. Der Vorschlag scheint aber wohl nach Gold zu gillern, jedoch kein Gold zu sein. (Weiterleit.) Die juristischen Beziehungen, die hierbei in Frage kommen, und die Beziehungen Englands zu seinen Kolonien lassen es wenig wahrscheinlich erscheinen, daß der Plan eines Berliner Goldmarktes etwas mehr als ein frommer Wunsch bleiben wird.

Ich wende mich nun zu der Vorlage. Der Plan der

Verstärkung der Betriebsmittel der Reichsbank

ist uns durchaus sympathisch. Wir meinen nur, daß die Anteilseigner der Reichsbank auch in der jetzigen Vorlage viel zu gut behandelt werden. Die Namen der Anteilseigner sind ja bekannt. Es sind durchweg sehr hohe und auch durchlauchtige Herren, und wir zweifeln nicht, daß bei den Grundfragen der Sparamkeit und des nationalen Opfermutes, wie sie der Reichskanzler in den letzten Tagen so eindringlich offenbar tauben Ohren gepredigt hat, diese Herren Anteilseigner bereit sein werden, Opfer auf den Altar des Vaterlandes zu bringen. (Weiterleit und Sehr gut!) Hat doch in der Enquete-Kommission der Kommerzienrat Fischer selbst erklärt, er empfinde geradezu Gewissensbisse, bei einem so sicheren Papier wie den Anteilen der Reichsbank, 9-10 Proz. Dividende einzunehmen. (Weiterleit und Jura bei den Sozialdemokraten: Dem Ranne kann geholfen werden!) Wir sind bereit, das Gewissen dieses Herrn zu entlasten, indem wir in der Kommission beantragen wollen, daß die Anteilseigner nur die gesetzlichen Zinsen erhalten sollen. Das Reich würde dabei immerhin 4 bis 5 Millionen Mark jährlich erhalten. Im Verhältnis zum Gesamtbeitrag ist das freilich keine sehr große Summe. Aber ausnahmsweise können wir hier mit dem Grundsatze des Herrn v. Wangenheim übereinstimmen, der ausgesprochen hat: „Kleine Summen kann das Reich auch brauchen, Kleinvieh gibt auch Mist!“ (Weiterleit.)

Mit einer Verstaatlichung der Reichsbank würden wir nicht einverstanden sein. An der Grundlage der Reichsbankorganisation wollen wir nichts geändert haben. (Abgeordneter Kretsch (L): Das wäre doch eine Vergeßlichkeit der Produktionsmittel!) Wenn Sie uns das empfehlen, Herr Kretsch, so ist das schon Grund genug, vorsichtig zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Herren Krenndt und Kretsch für die Vergeßlichkeit der Reichsbank eintreten, so wollen sie nicht etwa die Sozialisierung des Reiches, sondern sie verlangen weitere Maßnahmen, sie wollen die Reichsbank aus einem Regulator des Geldumlaufs herabdrücken zu einer Kreditanstalt für Junker und Bauer. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Den privaten Notenbanken wird jetzt schon weit entgegengekommen, indem ihre Noten von den Eisenbahnen in Zahlung genommen werden. Wir meinen, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Privatnotenbanken im allgemeinen überschätzt wird, und wir wollen ihnen gegenüber die Bedeutung der Zentralnotenbank fürchten. Ich habe schon erklärt, daß wir an den Grundlagen der Reichsbankorganisation nichts geändert haben wollen, und darin ist ja auch schon die Erklärung enthalten, daß wir mit den Grundlagen der Vorlage einverstanden sind. An der Kommissionsberatung der Vorlage werden wir uns gern beteiligen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raab (Wirtsh. Vg.) wies dem Vorredner, der sich einmal verprochen und „Grundkapital“ statt „Reservefonds“ gesagt hat, auf Grund dieses Verprechens vor, die Vorlage nicht gelesen zu haben! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Vorredner hat gesagt, es werde beabsichtigt, die Reichsbank zu einer Kreditanstalt für Junker zu machen. Augenblicklich legt die Reichsbank eher eine gewisse Sympathie für Junker neuer Art an den Tag, für die ja Herr Frank naturgemäß eine starke Zuneigung empfinden mag. (Weiß, h. d. Antif. und dem Abg. Kretsch. Lachen bei den Sozialdemokraten. Auf: Krenndt! Weiterleit.) — In Anlehnung an den verstorbenen Montecuculi behauptet der Redner, daß zur Kriegsführung immer

Geld gehören werde. Sollte aber einmal eine fremde Invasion erfolgen und ein feindlicher Feldherr sich Berlins bemächtigen, so müßte das ein dummer General sein, der sich nicht des Geldes der Reichsbank bemächtigen würde. Wenn er aber ansähdig ist, wird er eine Quittung ausstellen. (Erleichterungsrufe.) Wird Einzelheiten will Redner im Bewußtsein mangelnder Sachkenntnis nicht eingehen und verweist in dieser Hinsicht auf die Ausführungen des nach ihm kommenden Abg. Rommsen. Zum Schluß wirt Redner noch den Freiwählern vor, daß sie Widmark belächelt haben. Jetzt sind sie ja glücklicherweise national geworden! Mögen sie das durch Stärkung des nationalen Geldmarktes beweisen.

Abg. Rommsen (fr. Vg.): Herr Frank scheint etwas aus den Verhandlungen der Bankenquete-Kommission gelernt zu haben; von Herrn Raab kann man das leider nicht behaupten. (Große Heiterkeit und Zustimmung links.) Im Kopfrechnen scheint Herr Raab etwas schwach zu sein. (Lebhafteste Zustimmung links, Widerspruch des Abgeordneten Raab.) Selbst Herr Dr. Krenndt und Herr v. Gamp werden das bestätigen. Herr Raab sprach von „Kassimpeleien“. Ja, die Bankfrage eignet sich nicht zu Volksreden. (Sehr richtig!) Der Unterschied in dieser Frage zwischen der Linken und Rechten ist der: Sie (nach rechts) wollen, daß die Reichsbank ein Kreditinstitut sei, wir auf der Linken wollen, daß sie ein Regulator unseres Geldmarktes sei. Kredit ist ja allerdings eine schöne Sache für die, die kein Geld haben. (Große Heiterkeit. Abg. v. Gamp ruft: Die Geld haben, brauchen keinen Pump. Erneute Heiterkeit.) Ah, Herr Kollege, ich darf wohl immer noch behaupten, daß das Vermögen des deutschen Volkes nicht in seinen Schulden besteht. (Große Heiterkeit.) Manche Ausführungen des Abg. Krenndt liegen auf Schwäche im Rechnen schließen. (Abg. Krenndt ruft laut: Ich kann rechnen! (Lebhaftester Widerspruch und Große Heiterkeit.)) Verschiedene Behauptungen des Abg. Krenndt in der Bankenquete-Kommission sind überhaupt nicht ernst genommen worden. (Widerpruch des Dr. Krenndt.) Ich muß sagen, ich habe immer vor der Technik die allerhöchste Achtung gehabt, das Kunststück aber, den Dr. Krenndt von seinem Silberwahn zu befreien, hätte ich nicht einmal der Technik zugestimmt. (Schallende minutenlange Heiterkeit.) Herr Dr. Krenndt hat hier entwickelt, wie er sich die Verstaatlichung der Reichsbank denkt. So etwas Unkomisches ist mir in meinem ganzen Leben noch nicht vorgekommen. (Große Heiterkeit und Lebhafteste Zustimmung links.) Möge der neue Reichsbankpräsident sich nicht betören lassen durch die Phantasien des Theoretikers Krenndt und des Sachverständigen Raab. (Große Heiterkeit. Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Dziembowski (Vole) schließt sich dem Antrage auf Kommissionsberatung an.

Abg. Herr v. Gamp (Rp.) bedauert, bei der Geschäftsfrage des Hauses den Abg. Krenndt gegen die Mißverständnisse auf verschiedenen Seiten des Hauses nicht in Schutz nehmen zu können und verbreitet sich eingehend über die Aufgaben der Reichsbank.

Abg. Werner (Reformp.) bezieht sich unter dem Gelächter der Linken als den einzigen Vertreter der kleinen Kapitalisten und wirt dem Abgeordneten Krenndt vor, daß er am Ende seiner langen Rede nicht mehr gewußt hat, was er am Anfang gesagt hat. (Stürmische Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Krenndt (Rp.): Der Wig des Herrn Werner über meine Rede war gut, aber in der Sache unbegründet. Im übrigen hoffe ich bei jeder Bankdebatte nicht dieselbe Rede, aber Herr Rommsen gibt immer dieselbe Antwort. (Weiterleit.)

Abg. Dr. Frank (Soz.): Herr Raab hat mir vorgeworfen, ich hätte die Begriffe „Grundkapital“ und „Reservefonds“ mit einander verwechselt, und hat das nach der ihm am nächsten liegenden Erklärung dadurch erläutert, daß er sagte, ich hätte die Vorlage nicht gelesen. (Weiterleit.) Ich habe selbstverständlich von der Erhöhung des Grundkapitals in weiterem Sinne gesprochen, genau so wie es der Abg. v. Dziembowski gesagt hat. Ich kann mich für meine Anmerkungen süßen auf die Ausführung der Begründung der Regierungsvorlage. „Etwas fertig bringen“ ist ja nach einer neuartigen Bemerkung des Präsidenten ein unparlamentarischer Ausdruck, aber „etwas nicht fertig bringen“ darf gesagt werden. Ich stelle deshalb fest, daß der Abgeordnete Raab es nicht fertig gebracht hat. (Weiterleit.) mich hier zu diskreditieren, und er hat es nicht fertig gebracht, zu beweisen, daß er die Vorlage verstanden hat. (Weiterleit.) Weiter hat der Abgeordnete Raab gesagt, ich hätte eine Abneigung

Schließlich hat er allen noch im Tode ein Schnippen geschlagen. Sein Leichnam wird in Gotha verbrannt; damit wollen sich der Alte jede Begleitung verbieten haben. „Krwana!“ Ernst Krenowski.

Der Sittlichkeitswächter im Theater. Aus der Leineweberstadt Augsburg wird ein nettes Stückchen Theatergenuss gemeldet. In Schillers „Brant von Messina“ ist in Habellas Lage über den Bruderhah ihrer Söhne die Stelle gestrichen worden: „An diesen Brästen nährt ich beide gleich, gleich unter sie verteilte ich Liebe und Grollen.“ Diese unpolitische Stelle darf am Augsburger Stadttheater nicht mehr gesprochen werden, und man will die Klassiker überhaupt so gründlich reinigen, daß unmaßgebige Prinzessinnen und höhere Töchter sie ohne zu erröten hören können. Man hat den Verantwortlichen für diese lächerliche Dummheit noch nicht an den Pranger stellen können. Die politische Zensurbehörde wagt nämlich die Schuld an diesem Schwabenstreich weit von sich. Demnach muß der Kuder im Theaterbureau oder im Regie-Kollegium sitzen. Heraus mit ihm!

Humor und Satire.

Der Knabe am Bach.

Schalmietöne! . . . Friedensklänge! Hässlich Kadelin spricht im „Waldung“. „Seht!“ ruft er, wie friedlich die Dinge in Traß kommen; „Mögen wir nie von dem Abkommen abkommen!“ Auch unfren englischen Daseil freut's, Marokko vor Europas Kreuz; Dies große Kreuz ist nun umzude, Zudem Cambon das Großkreuz kriecht. Und der Knabe, der Friede, lagert am Bach, Es floßt der Lärm, es schweigt der Krach. Die Wohlthat dieses Regiments Währt länger wohl als bis zum Derg. . . . Noch manches haad im „Matin“ zu lesen: „Etwas ist man im Grunde friedlich gewesen! Doch schädliche Stellen haben gehegt.“ Vester Polstein, was sagen Sie jetzt? (Gottlieb im „Tag“.)

Notizen.

— Für Gaedel, den die Dunkelkammer des Keplerbundes in seiner wissenschaftlichen Ehre angegriffen hatten, erlassen 46 Professoren der Anatomie und Zoologie, Direktoren von naturwissenschaftlichen Instituten und Museen eine Erklärung. Es heißt darin, daß sie zwar die von Gaedel in einigen Fällen geäußerte Art des Schematisierens nicht aufheben, daß sie aber im Interesse der Wissenschaft und der Freiheit der Lehre den von Gaedel und dem Keplerbund gegen Gaedel geführten Kampf aufs schärfste verurteilen. Sie erklären ferner, daß der Entwicklungsgedanke, wie er in der Dehndenztheorie zum Ausdruck kommt, durch einige unzutreffend wiedergegebene Embryonenbilder keinen Abbruch erleiden kann.

Kleines feuilleton.

„Oberst Botan“. In nächsten Monat, am St. Josephstag, wäre Heinrich Keder, der Dichtermaler in München, 85 Jahre alt geworden. Er war am 10. März 1824 zu Weidach (Unterfranken) als Sohn eines Arztes geboren. Der Tod hätte wirklich noch vier Wochen warten sollen. In früheren Tagen ließ „Oberst Botan“ den Schlafputz an der Knaage, wenn die Geburtsstagsgratulanten sich wieder verlaufen hatten. Dafür kühlte er den Blanzfidel, der mindestens seine fünfzig Semester zählte, auf den prachtvollen Graufopf — — und dann stapften wir beide zum „Koderberg“ hinaus, allwo Sanft Salvator seines süßigen Bierquells Segen verzapfte. Dort vertraut er den heimlichen Berger darüber, daß er geboren worden war und daß Freunde, Verehrer und andere „Gel“ ihn daran erinnert hätten. . . . In den übrigen 394 Jahrestagen wanderte Keder zum Hofbräuhaus, trank zwei bis vier „Halbe“, verzehrte dazu etwas, und dann „tattelte“ er mit seinen beiden Dadeln wieder heimwärts. So hatte er's immer getrieben; befonders aber seit 1881, wo er die Artillerieuniform an den Nagel gehangen hatte und wegen Augenleidens als Oberst in Pension gegangen war.

Eigentlich hätte Keder den Militarismus. Dieser hatte ihn doch im Grunde verhindert, sich selbst zu leben, menschlich sowohl als künstlerisch, denn Keder war von Haus aus eine demokratische Natur; und es ärgerte ihn immer, daß er dem „Vaterlande“ 50 Jahre hindurch als Offizier gedient, daß er in vier Feldzügen seine Knochen herumgetragen und daß er sich 1870 vor Orléans noch eins aufs Zell hatte schießen lassen müssen. Ja, das war nie mächtig, weil er von der Unmöglichkeit und Unfruchtbarkeit des Soldatenstandes überzeugt war. Nun aber ließ sich nichts mehr machen. „Verhungt! Basta!“

Eigentlich war das Revolutionsjahr 1848 schuld daran gewesen. Das zeitigte auch in München einen „Sturm“ — obwohl der nur gegen Lola Montez, des alten Ludwigs Mätresse gerichtet, war. Damals mußte Keder, der soeben an der Universität sein in Aschaffenburg begonnenes Studium der höheren Fortwissenschaft abzurufen gedachte, unterm Ledfod treten. Vierzehn Tage später stand er als Offizier auf dem Marienplatz neben einer Kanone, die er Befehl hatte, auf die Revolutionszeremonie zu lassen, sofern sie angezogen kämen. Und richtig, sie sämten auch durch die Burggasse daher — aber geradeaus auf ein altes Bierhaus zu. Keder konnte seine Münchener besser; er ließ nicht nur nicht schießen, sondern befehlt seinen Anonierern, ihm „Schwarzbrod zum ewigen Licht“ zu folgen, um dort bei einer „Raß“ Verstecktes die „Revolution“ — Revolution sein zu lassen. . . . 1870, als er nach 16 Schlachten und Treffen als Batterieführer, bei Beauftrag von einer Gassepotzgel niedergeboren wurde, schmiß er einem unter seinen Kommando stehenden bayerischen Prinzen den Degen vor die Höhe: „Da hab's den Vettel!“ Ueber den kriegerischen „Selbennut“ fürstlicher Heerführer, mindestens zwei Meilen vom Schlachtfeld weg, bei Rothpund und Konkreten, nicht minder über die hochwürdigen „Generalführer“, die niemals „Pulver riechen“, hatte Keder nur ein höhnisches Achselzucken.

Das Scharwenzeln und Sächtnen war ihm nicht minder verhaßt. Früher, namentlich in den ersten Jahren nach dem Kriege, hatte er ja als Flügeladjutant eines Wittelsbachers öfter „zu Hof“ gehen müssen. Da traf es sich denn einmal, daß eine durch ihre Gelährtheit glänzende Prinzessin bei der Festtafel fragte: „Major Keder, Sie haben, wie ich höre, ein schönes Gedichtbuch herausgegeben, würden Sie es mir wohl leihen?“ „Ich bedauere sehr“, antwortete Keder, „das eine Exemplar, das ich besitze, enthält Anmerkungen von meiner Hand, das geb' ich nicht her. Uebrigens ist das Buch beim Buchhändler käuflich zu haben“. . . . Hernach ließ er alle Einladungen zu Hofesselen unbeachtet. Er legte sie auf der Aversseite, mit kuriosen Zeichnungen versehen, in eine Zigarrenschachtel, wo auch die „Klunker“ (seine Orden) lagen. Er war eben ein Mallontent, ein Querkopf, ein Original.

Als Landschaftsmaler hatte er sich rühmlich hervorgetan. Als Dichter Lorbeer zu pflücken, war ihm, solange er den Soldatenlittel getragen hatte, verjagt geblieben. Randes wurde ja nachgeholt, seit Michael Conrad und die übrigen „Modernen“ in München sich aufstauten. Er wurde, mit Theodor Fontane, auf den Schild gehoben; denn auch der Lyriker war ein Original. Viel Schönes hat er in verschiedenen Werken geboten. Sein Epos „Botans Heer“ ist eine grandiose Dichtleistung.

Durch die Münchener „Jungen“ kam er natürlich auch mit dem Sozialismus in Fühlung. Ja, er gehörte sogar einige Jahre hindurch zu den Hauptarbeitern des „Süddeutschen Postillons“ — obwohl anonym. Einmal hatte es dem bayerischen Staatsanwalt ein Raigedicht angetan. Der Redakteur wurde deswegen unter Anklage gestellt, wenn auch freigesprochen. Aber Keder's Gedicht wurde doch verurteilt, insofern nämlich, als die betreffenden Platten vernichtet werden mußten. Daß nun Keder trotz mancher Sympathien für die Sozialdemokratie ihrem Wesen und Ziel fremd blieb, war eigentlich ganz natürlich. Er meinte stets: der Sozialismus werde gegen das „Kleinbürtige“ und gegen die preußischen „Friedens“ niemals aufkommen können. Wohl wünschte er im Herzen das gerade Gegenteil; allein sein konstanter Pessimismus ließ ihn zu keinem Hoffnungen mehr gelangen. Seine Philosophie gipfelte in dem Satz: Es ist alles Voritari. „Wo hängt die Wurk?“ Gleichwohl! — Kerle von seiner Art: — mephistofelischer Spötter, derber Draufgänger, nicht gewohnt, seine Worte auf die Goldwaage zu legen, ehrlicher Wahrheitsfanatiker, unbefehrbarer Partularist, borstiger „Widerwurz“ von oben, feinfühliges Gemüt im tiefsten Innern, kurz ein prächtiger Charakter. Den man doch immer wieder lieben mußte — sind heute so spärlich, daß man von Glück sagen kann, mit dem alten Botan Jahre hindurch vertraut gewesen zu sein.



# Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Berlin.

Berlin SO. 16, Engelauer 14/15, III. Stof., Aufg. B, Zimmer Nr. 59.

## Achtung, Töpfer!

Die am Mittwoch, den 17. Februar 1909, stattgefundene Generalversammlung hat beschlossen: an diejenigen Kollegen, welche seit Januar 1908 Mitglieder des Verbandes sind und seit dieser Zeit zu einem Totalsfonds gezahlt haben und seit dem 1. November 1908 5 Wochen arbeitslos waren, gleichviel ob sie augenblicklich ohne Arbeit sind oder nicht, eine einmalige Notstandsunterstützung zu zahlen. Junggefehlen, welche sofort nach beendeteter Lehrzeit dem Verbands begetreten sind, erhalten ebenfalls Unterstützung.

Alle diejenigen, welche auf die Unterstützung reflektieren, haben sich in die dazu ausgelegten Listen einzeln zu lassen; wer sich nicht einzeln eintragen läßt, erhält keine Unterstützung. Die Listen liegen am Freitag, den 19., Sonnabend, den 20. und Montag, den 22. Februar im Gewerkschaftshause aus, und zwar für die arbeitslosen Kollegen vormittags von 9—12 Uhr Saal 1 und für die arbeitenden abends von 6—7 Uhr Saal 8. 192/6

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt am Mittwoch, den 24. Februar, im Gewerkschaftshause. Für die arbeitslosen Kollegen vormittags von 10—1 Uhr und für die arbeitenden abends von 6—8 Uhr.

Wer die Unterstützung nicht bis zum Sonnabend, den 27. Februar 1909 abgehoben hat, geht seiner Unterstützung verlustig. Die Verbandsleitung.

### 46 eigene Dampfer.



### Vom Glück begünstigt

brachten unsere Dampfer große Fänge prachtvoller fast grätenlosen Kabeljau und Seelachs in bintfrische Qualität. Wir verkaufen beide Sorten im Anschnitt mit **25 Pf. per Pfund.**

Außerdem empfangen wir nochmal eine frische Sendung der beliebten

### Seekarpfen (Brassen)

die wir Freunden eines delikaten Fischgerichts noch mit **25 Pf. per Pfund** bestens empfehlen.

### Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Größte Hochseefischerei Deutschlands.

Hauptgeschäft: **BERLIN C., Bahnhof Börse.**

Verkaufsstellen:

N. Invalidenstraße 131.  
S. Prinzenstraße 94.  
O. Große Frankfurter Str. 85.  
O. Schlos. Bahnhof, Bog. 9/9.

W. Potsdamer Str. 112a.  
NW. Wilsonacker Str. 57.  
Spandau, Breitestr. 24.  
Tegel, Treskowstr. 14.

### Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons.

Ganswindts Flugmaschine in Schöneberg, Martendorfer Weg, wird Sonntag vormittags 11 Uhr von etwa 70 angemeldeten Herren besichtigt. Wer vorher noch durch Einzahlung von 100 Mark Rindfleischbetrag an Hermann Ganswindt für einen fünfprozentigen Anteilsscheibchen Teilhaber an dessen Unternehmen wird, kann sich bei pünktlichem Erscheinen mit Legitimation dieser Besichtigung kostenlos anschließen. Ueber die Ganswindtsche Flugmaschine kann man sich auch informieren in „Kürschners Jahrbuch 1909“, in dem „Hilfsbuch für den Luftschiff- und Flugmaschinenbau von Diplom-Ingenieur Dr. Wegner von Dalmitz 1908“ und durch die öffentlichen Vorlesungen des Vorstehenden des Ganswindtschen Schiffsbauvereins, des früheren Reichstagsabgeordneten und Fabrikanten Jacobson „Vom technischen Luftschiffbau“. 253/10

# Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Saal IV des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

## General-Versammlung aller zum Zweigverein gehörenden Sektionen und Zahlstellen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Severing über: **Der gegenwärtige Kurs in der Sozialpolitik.** 2. Diskussion über die in den Zahlstellen und Bezirken vorgeschlagenen Kandidaten zum Zweigvereinsvorstand. 3. Verschiedenes.

Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen pünktlich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch, resp. Legitimationskarte legitimiert. Der Zweigvereinsvorstand.

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Nicht am Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Billigste Bezugsquelle für **Hygienische Bedarfs-Artikel** Drogerie Zaremba, Berlin N., Weinbergsweg 1. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.

### Harzkäse

ganz delikates im Geschmack. 100-Stück-Kiste M. 3.25 franko nach jeder Poststation. Versand-Gesellschaft Magdeburg 90 Postfach 164.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15: **Sitzung der Ortsverwaltung.**

Verband der Hafnarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

Zonntag, den 21. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königsstadt, Kasino, Holzmarktstraße 72:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes und der Funktionäre. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 19/3 Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. NB. Kollegen! Der wichtigen Tagesordnung wegen erjuchen wir pünktlich und alle Mann zu erscheinen. Auch geben wir bekannt, daß der Kollege **Emil Theurig** plötzlich verstorben ist, eine Beteiligung an der Beerdigung unsererseits aber nicht stattfinden kann, weil die Ehefrau des verstorbenen Kollegen Franz nicht Schließung abgelehnt hat.

### Zentral-Verband der Schmiede.

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**Hermann Corleisen**

(Vorfigmalde)

am 15. Februar an Bauchfellentzündung verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes zu Vorfigmalde aus statt.

Kege Beteiligung erwartet

170/3 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher

Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung II.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 16. Februar unser Kollege

**Gustav Rosin**

verstorben ist. 65/17

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes, Pflaumenstr., aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Verwaltung II.

### Deutscher

Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

**Max Scholz**

an Herzschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes am Fürstentumner Weg aus statt.

Kege Beteiligung erwartet

111/19 Die Ortsverwaltung.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und großen Kranzpenden bei der Beerdigung meines innig geliebten Vaters, des Schriftführers

**Emil Mirus**

sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten und Freunden sowie dem Herrn Ehe- und den Angestellten der Firma Hermann Rodow meinen tiefgefühlten Dank. 1922

Witwe Agnes Mirus,

Richtenberg, Rainiger Straße 17.

### Dankfagung.

Für die rege Beteiligung und die zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres Sohnes **Walter** sagen wir allen unsern tiefgefühlten Dank. 10516

Familie Hüttig.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

**Anna Buhle**

sage ich allen Freunden und Bekannten, Kollegen und Kolleginnen meiner Frau, insbesondere dem „Kritikerverein Einigkeit“ meinen mächtigsten Dank. 1912

Otto Buhle-Burns, Frau Fr. Kohnert.

**JOSETTI JUNO CIGARETTEN**

sind von anerkannter Güte und bieten trotz ihres billigen Preises volle Garantie für feinste Qualität.

10 St. für 20 Pfg.

# Peek & Cloppenburg Berlin C. Gertraudenstr. 25, 26, 27

Spezialgeschäft für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung

## Konfirmanden-Anzüge



Katalog-Nr.		Brustweite in cm	76-80		82-96	
			M.	M.	M.	M.
2752	Schwarz Cheviot	Form 3	13.50	14.50		
2753	Schwarz Kammgarn	Form 3	16.-	17.50		
2754	Gerippt schwarz Kammgarn	Form 3	20.50	22.50		
2755	Schwarz Cheviot, sehr solide Qualität	Form 3	22.50	24.50		
2757	Schwarz Cheviot, sehr haltbare Ware	Form 4	24.50	27.50		
2759	Schwarz Diagonal-Kammgarn-Cheviot	Form 3	24.50	27.50		
2760	Reinwollener Diagonal-Cheviot, 1- oder 2-reihig		27.-	30.-		
2761	Schwarz Tuch-Kammgarn	Form 3	27.-	30.-		
2762	Tuch-Kammgarn, elegant	Form 4	31.-	34.-		
2763	Schwarz Cheviot, vorzügliche Qualität	Form 3	32.-	36.-		
2764	Smoking-Anzug aus schwarz Tuch-Kammg., m. seid. Schal	Form 1	32.-	36.-		
2765	Diagonal-Kammgarn-Cheviot, Ia Qualität	Form 3	34.-	37.50		
2766	Schwarz Cheviot, Sakko, 2-reihig, elegant verarbeitet	Form 5	35.-	39.-		
2767	Schwarz Tuch-Kammgarn, feine Qualität	Form 4	35.-	39.-		
2768	Reinwollener, solider Cheviot, Ia Qualität	Form 5	44.-	48.-		
2769	Smoking-Anzug aus feinem Melton-Cheviot, m. seid. Revers	Form 2	44.-	48.-		

**Soeben erschienen:**

**Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage.**

Heft IV. Die Tätigkeit des deutschen Reichstages von 1887-1889 von H. Wedel. Preis 1.- M.

Derher sind von demselben Verfasser erschienen:

Heft I. Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871-1874. Preis 60 Pf.

Heft II. Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1874-1876. Preis 1.- M.

Heft III. Die sozialdemokratischen Wahlanfrage für die Reichstagswahlen von 1881, 1884, 1887. Preis 1.- M.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. Finkenstr. 69, Laden.





# Änderung des Organisations-Statuts der Partei.

Der Parteitag in Nürnberg hat nach dem Antrag 16 von Frankfurt a. M. eine Kommission eingeseht, mit dem Auftrag, eine Revision des Organisations-Statuts vorzunehmen und rechtzeitig den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts zu veröffentlichen. Der Kommission, die aus 21 Genossen aus den verschiedenen Landeskreisen zusammengesetzt wurde, sind auch die Anträge 13, 14, 17, 56, 122 und 129 zur Erledigung überwiesen worden.

Die Kommission hat am 11. und 12. Januar in Berlin getagt. An den Verhandlungen haben zwei Vertreter des Parteivorstandes teilgenommen. Als Resultat der sehr eingehenden Beratungen veröffentlichen wir im Auftrage der Kommission den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts. Die Änderungen sind durch Fettdruck hervorgehoben.

## Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

### Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundzügen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

### Übelerung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. Umfaßt ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisorganisationen örtlich geregelt werden. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 4. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Frauennagitation zu betreiben.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pf. und für weibliche Mitglieder 20 Pf. betragen. Den weiblichen Mitgliedern ist die „Gleichheit“ unentgeltlich zu liefern. Mindestens 20 Prozent der erhobenen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

### Berichterstattung.

§ 6. Das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen läuft vom 1. Juli bis 30. Juni. Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem vom Parteivorstand zu verlegenden Fragebogen zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfaltenen Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorstand überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

### Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Maßgabe, daß in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12000 vier, bis 18000 fünf und über 18000 sechs Delegierte zu wählen sind. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.  
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.  
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst. Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen. Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstande einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

- 1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

- 1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- bzw. Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, so ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen. Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Zu übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 7 und 8).

### Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und drei Beisitzern, unter denen eine Vertreterin der Genossinnen sein muß. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers, der Schriftführer und der Vertreterin der Genossinnen erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der übrigen drei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein Klagebares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein Klagebares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Dierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bzw. der Landesorganisation ergeben.

Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen hat der Parteivorstand Vertreter der Landes- bzw. Bezirksorganisationen gutachtlich zu hören oder zu einer Konferenz zu berufen.

### Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einwendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

### Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt“. Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und faktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Prehkommision, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Prehkommision entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Remunverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Prehkommision entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Prehkommision in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

### Ausschluß.

§ 23. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundzüge des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es wiederholt in bewusster Weise die Parteinteressen schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- bzw. Landesorganisation.

Der Antrag auf Ausschluß aus der Partei kann nur durch eine Parteiorganisation (Orts-, Wahlkreis-, Bezirks- oder Landesorganisation) gestellt werden. Mit Zustimmung des Angeeschuldigten kann der Ausschlußantrag auch vom Vorstand der Parteiorganisation gestellt werden. Die Injektion des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- bzw. Landesvorstand.

§ 24. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- bzw. Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Injektion des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichtes beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Beisitzer wählt der Angeeschuldigte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnen der Parteivorstand.

Unterläßt es der Angeeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Injektion des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 25. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens zwei Wochen vor Stattfinden des Parteitages beim Parteivorstand eingereicht sein.

§ 26. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 23 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen. Alle Inzianzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei ansprechen, auf Suspendierung von Mitgliedsrechten zu erkennen und Klagen zu erteilen.

Das Recht der Organisationen, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen, wird durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

§ 27. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

### Wiederaufnahme.

§ 28. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- bzw. Landesorganisationen zu richten, bei dem das Ausschlußverfahren seinerzeit anhängig gemacht worden ist. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragte hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes des Antragstellers zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

### Änderung der Organisation.

§ 29. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Änderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 10 und 13 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangt.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

# Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Februar, mittags 12 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Delbrück,

Die

## zweite Beratung des Berggesetz

wird fortgesetzt.

Abg. Maccò (noll.) (auf der Tribüne fast unverständlich): Daß die Arbeitsleistung nicht mit der Höhe der Löhne zunimmt, kann ich bestätigen. In der sozialen Geseßgebung muß Roh gehalten werden, sonst werden die Lasten für die Unternehmer zu groß.

Abg. Dr. Schupp (fr. Rp.): Maßregelungen der Bergleute aus politischen oder religiösen Gründen, wie sie gestern Herr Saueremann anführte, beurteilen wir entschieden. Leider geht man mit solchen Maßregelungen auch gegen geistige Arbeiter vor. Ich erinnere an das Vorgehen in Oberschlesien gegen Angehörige des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Diese Beamten sind ohnehin sehr benachteiligt durch die Konkurrenzläufe und dadurch, daß ihnen an dem Ertrag ihrer Erfindungen nicht der geringste Anteil gewährt wird. Die Konkurrenzläufe ist in einzelnen Fällen ausgedehnt worden auf alle Staaten Europas! (Hört! hört! links.) Auf der Giesche-Grube in Oberschlesien wurde ein Steiger als Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten entlassen. Der Direktor Besser lehnte eine Vermittlung des Bundes ab. Den Vorwurf, daß er verheerende und sozialdemokratische Tendenzen verfolge, hat der Bund entschieden zurückgewiesen. Ein Geheimrat Altkmann schrieb u. a.: „Der Bund hat die Unversämtheit gehabt, sich in die Angelegenheiten unseres Berges zu mischen und eine Protestversammlung der technischen Grubenbeamten gegen ihre Brotherren zu veranstalten.“ (Hört! hört! links.) Ein anderes Mal sagte der Geheimrat: „Ich was, Koalitionsrecht und persönliche Freiheit sind Pfaffen!“ (Hört! hört! links.) Im Verlauf der Verhandlung sind dann noch 11 Herren wegen der Zugehörigkeit zum Bunde gemahregelt worden. Man darf sich nicht wundern, wenn von der dadurch hervorgerufenen Erbitterung unter den technischen Beamten wieder die Sozialdemokratie bei ihrem bekannten Schweineglück den Vorteil hat. Ich hoffe, daß die Regierung für Sicherung des Koalitionsrechts der technisch-industriellen Beamten sorgen wird. (Bravo! links.)

Abg. Reinert (Soz.):

In der Debatte über das Berggesetz sind vom Herrn Regierungvertreter Mitteilungen gemacht worden über den

## Gesundheitszustand der Bergleute.

Die Wichtigkeit der von dem Herrn Handelsminister mitgeteilten Zahlen, die in dem Erlaß vom 5. Januar 1908 dargelegt worden sind, ist teilweise bestritten, teilweise auch sind die Zahlen anders erklärt worden. Es ist da gesagt worden, daß eine mildere Beurteilung der Kräfte bei Krankheitsfällen und Unfällen Platz gegriffen hat. Das Gegenteil aber wird betonen durch die unendlich vielen Prozesse, die von den Unfallverletzten gegen die Kräfte angestrengt werden müssen. Außerdem hat die Knappschaftsberufsgenossenschaft durch das System der Vertrauensärzte dafür gesorgt, daß durch Unfall verletzte Arbeiter nicht allzugroße Fürsorge geboten wird. Ueber die mitgeteilten Ergebnisse läßt sich allerdings erst dann ausgiebig reden, wenn diese Ergebnisse dem Hause ausführlich vorgelegt sind. Wenn diese Ergebnisse so dargelegt sind, als ob ein Rückgang im Lebensalter und in den Gesundheitsverhältnissen der Arbeiter nicht zu verzeichnen sei, so ist doch im Bericht des Knappschaftsdirektors Wilde angegeben, daß im Clausthal Knappschaftsverein ein Rückgang des Lebensalters der Bergleute von 56 auf 51 Jahre zu verzeichnen ist. Es sollte untersucht werden, wie weit an diesem Rückgang gerade die fiskalischen Bergleute beteiligt sind. Das ist besonders deshalb nötig, weil ich der Meinung bin, daß gerade die fiskalischen Bergleute im Oberbergamtsbezirk Clausthal am meisten Veranlassung geben zu so unangünstigen Zahlen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß dieser Rückgang in den Gesundheitsverhältnissen wesentlich dem Umstande zuzuschreiben sei, daß die Arbeiter jede kleine Krankheit und jeden Unfall gleich melden. Die Annahme der Anfälle mag sehr etwas erhöht sein, aber die Werkinspektoren haben doch zum Teil eine ganz andere Meinung über die Verhältnisse, die zu einer Vermehrung der Unfälle führen. So hat der Beamte aus dem Oberbergamtsbezirk Breslau berichtet: „Leider hat die Verwendung der jungen Leute in größerer Anzahl, besonders auch unter Tage, eine Vermehrung der Unfälle zur Folge gehabt.“ Weiter führt er an: „Dadurch, daß die Leistungsfähigkeit des Einzelnen aufs höchste angespannt wurde, wurden oft genug die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen außer Acht gelassen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Oberharz beträgt bei den Erzbergleuten die Arbeitszeit inklusive Ein- und Ausfuhr für Hauer 7½ Stunden, für Förderarbeiter 10 Stunden, für die Leute, die das Erz zu Tage fördern, 12 Stunden! Die Arbeiter dort müssen bei hohen Temperaturen arbeiten, und es wird von ihnen ganz besonders über

## schlechte Wetterführung

geklagt. Die Anlagen mögen wohl ausreichen, aber bei der außerordentlichen Hoheit und der Arbeit wird nicht so genau darauf geachtet. Die Wetter zu schlechten dann nicht bis nach den Arbeitsstellen usw., und die Arbeiter haben in den Erzgruben ganz besonders unter der schlechten Luft zu leiden. Die Arbeiter wünschen daher acht Stunden Arbeitszeit und eine Erhöhung des Gehaltes, damit sie nicht in der schlechten Luft gezwungen sind, sich bis aufs äußerste anzustrengen und ihre Gesundheit frühzeitig zu ruinieren.

## Die Lohnverhältnisse

sind dort zurzeit die aller schlechtesten. Die Arbeiter sind gezwungen, sich durch allerhand Nebenarbeiten über Tage etwas zuzuverdienen, damit sie ihre Familie menschenwürdig ernähren können. Sie beschäftigen sich mit Arbeiten in Steindrüben, mit Holzzerkleinern und dergleichen. Wenn Sonntags nicht gearbeitet wird, ist Montag morgens immer ziemlich frisch; Luft in der Grube vorhanden. Deshalb wünschen die Arbeiter, daß, um eine Zufuhr gesunder Luft zu ermöglichen, die Nachtschicht eingestellt wird. Der Lohn der Erzbergleute im Oberharz ist in der amtlichen Denkschrift nicht angegeben, trotzdem die Behauptung darin enthalten ist, daß der Rückgang des Lebensalters zuzuführen ist auf die Erhöhung der Löhne. Man schämt sich offenbar, die Löhne, die dort gezahlt werden, öffentlich in einem amtlichen Schriftstück mitzuteilen. Nach mir zugegangenen Lohnzetteln hat zum Beispiel ein Hauer, der 25 Schichten verfahren hat, im Monat 73,08 M. verdient. Davon gehen Abzüge für Krankenlastenbeiträge usw. in Höhe von 8 M. ab! Das sind keine Lohnverhältnisse, die eines staatlichen Betriebes würdig sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderer Lohnzettel über 29 Schichten, wobei allerdings Ueberstunden verfahren worden sind, lautet auf 94 M., wovon auch 8 M. abgehen. Diese Lohnverhältnisse im Oberharz sind deshalb besonders unwürdig, weil die Lebensmittel dort oben außerordentlich teuer sind, bedeutend teurer als in den Großstädten, denn alles, was zur Ernährung der Bevölkerung notwendig ist, muß erst dort hinaufgebracht werden. Die Arbeiter verlangen daher einen Lohn von 4,50 Mark.

## Die Behandlung der Arbeiter

in diesen fiskalischen Werken ist durchaus keine gute: Als ein Arbeiter sich beschwerte, daß der ihm verbleibende Lohn von 68 M. im Monat nicht ausreichen könnte, um ihn, seine Frau und vier Kinder zu ernähren, ist ihm gesagt worden, er solle froh sein, daß er überhaupt soviel verdiene, er könnte ja jederzeit entlassen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eigenartig ist, daß immer kurz vor der Reichstagswahl eine kleine Lohnerhöhung versprochen wird, die nachher wieder abgezogen wird! Ueberhaupt fragt man dort die Arbeiter gar nicht, wenn das Gehalt reduziert wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So springt

man mit den Arbeitern im Oberharz um. Da herrscht die reine Willkür der Beamten. Natürlich erzeugen solche Zustände bei den Bergarbeitern Erbitterung. Der Herr Handelsminister muß übrigens von der Stimmung der Oberharzer Bergleute unterrichtet sein, denn er ist feinergeigt dort gewesen, hat den Betrieb besichtigt und von einer Deputation die Wünsche der Bergleute entgegengenommen. Er hat ihnen allerdings nicht Erfüllung der Wünsche versprochen, das geschieht ja Arbeitern gegenüber in der Regel nicht; aber die Arbeiter glauben doch, daß, nachdem sie dem Handelsminister persönlich ihre Wünsche vorgetragen haben, er auch verpflichtet sei, darauf einzugehen.

Im Jahre 1907 hat der Herr Handelsminister eine Verordnung erlassen, wonach die Bergarbeiter, die fünf Jahre in einem Betriebe arbeiten, eine Woche

## ferien

unter Fortzahlung des Lohnes erhalten. Es wäre sehr zweckmäßig gewesen, wenn in der amtlichen Denkschrift auch darüber berichtet worden wäre, inwieweit diese Verordnung durchgeführt ist. Ich kann nur feststellen, daß man gar nicht daran denkt, diese Verordnung ohne Ansehen der Person durchzuführen. Im Oberharz ist sie überhaupt noch nicht bekannt! Selbst Arbeiter, die 2½ Jahre in der Grube beschäftigt gewesen sind, haben auf fiskalischen Gruben den Urlaub noch nicht erhalten. In Schaumburg-Lippe hat nur ein Drittel der Berechtigten Urlaub erhalten, und als der Arbeiterauschuß vorstellig wurde, ist ihm gesagt worden: „Wir haben kein Geld dazu, um Euch den Lohn fortzuzahlen, während Ihr nicht arbeitet.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Handelsminister sollte sich darum kümmern, wie seine Verordnungen ausgeführt werden. Auch auf die politische Ueberzeugung der Bergleute wird ein solch starker Druck ausgeübt. Das kam ja besonders zum Ausdruck in dem Prozeß Hilger-Staemmer. Dort erklärte ein Bergmann: „Herr Präsident, wer gibt mir die Garantie, daß ich nicht abgelegt werde, wenn ich hier unter Eid die Wahrheit sage?“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Vorgehen gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten will ich nach den Ausführungen des Herrn Vorredners nicht weiter kritisieren. Die Herren reden immer von dem Schweineglück der Sozialdemokratie, aber von den Ursachen, die dazu führen, sprechen sie nicht. Sie haben es doch in der Hand, wenn Sie vollkommene Freiheit nicht nur den Arbeitern, sondern auch den technisch-industriellen Beamten bieten, dieses Schweineglück zu beseitigen! Geben Sie nur den Beamten und den staatlichen Bergarbeitern die Koalitionsfreiheit! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die gemahregelten Beamten werden bei dem Zusammenhang zwischen Bergbehörden und den Leitungen der Privatbergwerke kaum in ganz Preußen wieder Anstellung finden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegen die Arbeiter geht man nur noch rücksichtslos vor als gegen die Beamten. Der Arbeiterauschuß der Königin Luise-Grube in Oberschlesien hat sogar einmal Stellung nehmen müssen gegen die Bergbehörde. Eines seiner Mitglieder war gemahregelt worden. Sämtliche Mitglieder des Arbeiterauschusses haben folgenden Beschluß unterschrieben:

„Der unterzeichnete Arbeiterauschuß protestiert auf Veranlassung der gesamten Belegschaft gegen die Maßregelung des Arbeiterauschussmitgliedes Th. W. und gibt sein Enttäuschen und seine Verwunderung darüber Ausdruck, daß die fiskalische Verwaltung es unternommen hat, das Arbeiterauschussmitglied Th. W. zu mahregen, der sich seit vier Jahren in rechtmäßiger Weise bemüht, seine Verpflichtungen als Arbeiterauschussmitglied zu erfüllen, und in dieser Zeit stets beirätet gewesen ist, die Interessen der Belegschaft besonders in wirtschaftlicher Beziehung zu fördern und sich auch einwandlos geföhrt hat, auch nicht gegen bergpolizeiliche Vorschriften verstoßen noch in sittlicher und moralischer Hinsicht sich das geringste hat zuschulden kommen lassen. Der Arbeiterauschuß protestiert daher gegen die Maßregelung um so mehr, als dieselbe unbedingter Weise erfolgt ist.“

In der Begründung wurde ausgeführt: Reichsanwalt Ballow habe im Parlament geäußert, daß kein Mensch gemahregelt werden solle wegen seiner politischen Ueberzeugung. Selbst der Direktor der Grube müßte anerkennen, daß der Gemahregelte die Arbeiterinteressen gut vertreten habe. Aber er sagt, er sei entlassen, weil er für den Verband agitiert habe. Ein solches Vorgehen ist mit den heutigen Kulturzuständen nicht zu vereinbaren. Den Bergarbeitern steht das Koalitionsrecht gesetzlich zu, und die Ausübung dieses Rechtes muß ihnen garantiert werden. Gegen die Ausübung der politischen Rechte wird der allerunverschämteste

## Terrorismus

geübt. In einem Bergwerk meines Wahlkreises gehen die Bergleute überhaupt nicht zur öffentlichen Landtagswahl, weil sie sich sagen, einen Nationalliberalen können sie nicht wählen und einen Sozialdemokraten dürfen sie nicht wählen. Zum Teil haben sie sich ganz neutrale Wahlmänner ausgesucht. Am Tage nach der Wahl ist nur diesen Bergleuten von der Direktion gesagt worden:

„Wenn diese drei Wahlmänner die Stimme für Reinert abgeben, werden die Bergleute, die für diese Wahlmänner gestimmt haben, aus dem Betriebe entlassen!“

(Hört! hört!) Das ist der unerhörteste Terrorismus. (Zuruf rechts: Wie in Berlin!)

## Fortgesetzt Klagen die Bergleute darüber, daß die bergpolizeilichen Verordnungen

nicht regelrecht durchgeführt werden. In Hildesheim ist bei Gelegenheit eines Prozesses von einem Bergarbeiter erklärt worden: „Die allgemeinen bergpolizeilichen Verordnungen gelten wohl für alle Bergleute, aber bei Abteufarbeiten können sie nicht so genau genommen werden.“ (Hört! hört!) Dabei sind diese Arbeiten die gefährlichsten im Bergbau! Eine solche Auslegung bedeutet nichts als einen Freibrief zur Umgehung von bergpolizeilichen Verordnungen. Auch ein Bergarbeiter in Kottbus hat erklärt, die Bestimmungen der Bergpolizei könnten nur als theoretische angesehen werden, ihre Durchführbarkeit müsse der Praxis überlassen bleiben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Schließlich möchte ich den Herrn Minister noch über eine Auslegung des Berggesetzes befragen. Der § 83 bestimmt, daß an Betriebspunkten, an denen die gewöhnliche Temperatur mehr als 28 Grad Celsius beträgt, Ueber- oder Nebenschichten nicht gestattet sind und daß eine mindestens achtstündige Ruhezeit für den Beginn einer Schicht liegen muß. Es fragt sich, ob dieser Paragraph nur für Steinkohlenerzwerke gilt. Im Kommentar wird das behauptet. Es gibt aber auch Kalibergwerke, in denen so hohe Temperaturen herrschen, und die Arbeiter sind der Ansicht, daß die Bestimmungen auch auf diese Bergwerke Bezug haben müßte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte es nicht erst auf eine Entscheidung der Gerichte ankommen lassen, sondern der Handelsminister sollte die Bergbehörden anweisen, daß der § 83 des Berggesetzes für alle Bergwerke zu gelten hat. Ferner sollte der Minister die Bergbehörden anweisen, daß alle bergpolizeilichen Vorschriften gewissenhaft und mit Nachdruck zur Ausführung zu bringen sind. Sonst können diese Vorschriften von den Arbeitern nur als Dekoration angesehen werden. Bei Nichtbeachtung dieser Vorschriften muß die Entrüstung der Bergleute allmählich zur Empörung führen, und dazu sollte es der Minister nicht kommen lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rüders (fr.): Gegen den Terrorismus, der von der Sozialdemokratie gerade im Wahlkreise Linden ausgeht, ist, ist der angebliche Terrorismus gegen Bergleute geradezu ein Kinderspiel. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an den Terrorismus gegen die Angehörigen der Konsumvereine und an die Zustände in der Vorwärts-Druckerei. Im wohlthuenden Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Reinert standen die geistigen Ausführungen des Herrn Saueremann, die sachlich begründet waren.

Minister Dr. Delbrück:

Den Ausführungen des Herrn Saueremann kann ich in der Hauptsache zustimmen. Er hat darauf hingewiesen, daß nicht allein in den Arbeitern der Grund dafür zu suchen sei, daß bei hohen

Löhnen eine geringere Leistung erzielt würde. Ich gebe ihm gern zu, daß alle die Gründe, die er angeführt hat, wesentlich mitwirken können auf das Verhältnis von Lohn und Leistung. Aber ich muß daran festhalten, daß in manchem Bereich die Höhe des Gehaltes nicht ohne Einfluß ist auf eine gewisse Verringerung der Leistung. Herr Saueremann hat es begrüßt, daß keinerlei Klagen über politische Beeinflussung von Arbeitern in fiskalischen Gruben zu verzeichnen seien. Ich weise darauf noch hin, daß Herr Reinert das Gegenteil behauptet hat. Ob und in welchem Umfange auf den Absehbildern auf die politischen und religiösen Anschauungen der Arbeiter und ihrer Familien Bezug genommen wird, weiß ich nicht! Auf den fiskalischen Gruben geschieht es nicht, und ein solches Vorgehen auf Privatgruben zu verhindern, dazu fehlt es meines Erachtens an einer geschicklichen Handhabung. Die Aktien des Oberbergamts dürfen grundsätzlich an Private nicht herausgegeben werden, schon deshalb, weil darin mangelnde steht, was das Eigentum Dritter ist. Nun ist in dieser Beziehung eine Ausnahme gemacht zugunsten des großen Berges des bergbaulichen Vereins Dortmund über die Entwicklung des Bergbaues in Rheinland-Westfalen. Es handelte sich aber hierbei um rein technisch-wissenschaftliche Fragen, deren Ausarbeitung für die Behörden und die Öffentlichkeit von Interesse waren. Die Aktien sind aber auch nicht dem bergbaulichen Verein überantwortet worden, sondern es ist nur die Benutzung einzelner Abschnitte derselben, und zwar nur durch Bergassessoren, also königliche Beamte, gestattet worden. Weiter soll ein Bescheid auf eine Beschwerde eines Gewerkschaftssekretärs vom Oberbergamt Dortmund abgelehnt worden sein. Ich kann das aus allgemeinen Grundrissen nur billigen. Einen Anspruch auf Bescheid hat keineswegs jeder, der sich an eine preussische Behörde wendet. Einen Rechtsanspruch auf Bescheid haben nur diejenigen, die in eigener Sache oder als Bevollmächtigte einer Person in einem rechtlich geordneten Vorfall die Mitwirkung der Behörde in Anspruch nehmen. Ob darüber hinaus Auskunft erteilt wird, richtet sich nach Zweckmäßigkeitsgründen. Ferner geht mir davon aus, daß Einzelpersonen, die Wünsche haben, diese Wünsche auch selbst vorzutragen haben, Korporationen und Vereine, auch staatlich organisierte Vertretungen, wie Handelskammern, halten wir dagegen nicht für berufen, konkrete Fälle, die die Interessen einzelner betreffen, zum Gegenstand von Eingaben bei den Behörden zu machen. Verfolgt werden solche Forderungen trotzdem... Die Bergarbeiter sind ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jede Beschwerde, möge sie kommen, woher sie wolle, ob mit Namen oder anonym, auf ihre Richtigkeit geprüft wird. Speziell das Oberbergamt Dortmund habe ich angewiesen, noch darüber hinaus alle diejenigen Prehnotizen, die sich mit der Sicherheit und überhaupt mit Umständen im Bergbau befassen, zum Gegenstand von Untersuchungen zu machen. Bekannt ist, daß die Mehrzahl der Fälle, namentlich der Prehnotizen, sich als unrichtig erweisen hat. Von einer amtlichen Richtigstellung habe ich absehen müssen, weil sie sich bei der Fülle der Unrichtigkeiten als undurchführbar erwies.

Was die Prozesse im Saarrevier anlangt, so habe ich in der Budgetkommission über diese Fragen eingehend Auskunft erteilt und verweise auf diese Ausführungen. — Herr Maccò hat eine maßvolle Sozialpolitik empfohlen. Zweifellos hat er darin recht, daß wir mit einer gewissen Ungeniertheit und ohne Rücksicht auf die Kosten die Sozialpolitik durchgeführt haben. Mangels einer Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sind wir gezwungen, viele gesetzliche Bestimmungen zu treffen, die vielleicht besser unterblieben wären, und Dinge zu regeln, die bei guter Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zwischen diesen geregelt werden konnten. Ich halte das zweifellos für eine Gefährdung für unsere Zukunft, nicht bloß für die Industrie, für den Unternehmer, sondern auch für die Arbeitnehmer, da solche Bestimmungen in unangünstiger Konjunktur, die wir heute gern akzeptieren, unter Umständen eine schwere Fessel werden können. Das Maß unserer sozialpolitischen Gesetzgebung wird zurückgehen, soweit wir die Möglichkeit schaffen, die fortwährende Streitfrage zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einer anderen Stelle zum Ausdruck zu bringen als im Parlament, und je mehr das Gefühl der Notwendigkeit einer Einigung im beiderseitigen Interesse plattform wird, desto mehr werden wir die Bestimmungen freiwillig, keineswegs nur zum Vergnügen und oft nur zögernd, genau so geben es mit den polizeilichen Verordnungen: sie haben einen ähnlichen Grund wie die erdrückende Fülle sozialpolitischer Gesetze. Ich erinnere nur an die vielumstrittenen Bestimmungen der Berggesetznovelle, die wir gestern besprochen haben. Ich würde es von meinem persönlichen Standpunkt aus für das Beste gehalten haben, wenn man die Bestimmungen, wie sie im Saarrevier bestanden, ohne Verknüpfung zum Gesetz erhoben hätte, den Arbeiter nicht weiter geföhrt hätte und den Arbeitgeber auch nicht und es den Beteiligten überlassen hätte, auf dieser Grundlage etwas Praktisches zu schaffen. Das ist unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich. Auf der einen Seite scharft der Arbeiter nach Schutz gegen Maßregelungen, auf der anderen Seite fürchtete der Arbeitgeber mit Recht alle möglichen politischen Ausschreitungen. Die Folge davon sind wieder ein halbes Duzend Paragraphen mehr.

Das Vorgehen gegen die technisch-industriellen Beamten hat an sich für mich nur das Interesse, ob geeigneter Ersatz für die Entlassenen beschafft worden ist. Das ist der Fall, und im übrigen kann ich das Material nicht nachprüfen. Nach den mir zugegangenen Mitteilungen ist ein Beamter entlassen worden, der in einer öffentlichen Versammlung Stellung genommen hat gegen eine rein sachliche Maßnahme der Bergverwaltung, die auf eine Verbesserung und Vermehrung des technischen Personals abging. Wenn Herr Schupp verlangt hat, die Regierung müsse unter allen Umständen für die Koalitionsfreiheit der Beamten sorgen, so sehe ich in dieser Beziehung auf den Standpunkt des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg.

Ich komme nun zu Herrn Reinert. Ich habe kein Interesse, eine Statistik zugunsten oder ungunsten der Arbeiter oder Unternehmer zu deuten, sondern lediglich das Interesse festzustellen, worin liegen die Gründe dieser nach den Zahlen scheinbaren Verschlechterung der gesundheitslichen Verhältnisse unserer Belegschaft im Bergbau. Ich habe mich nur gefragt, wie ist eine solche Verschlechterung möglich, wo wir dauernd an der Verbesserung der Verhältnisse mit Erfolg arbeiten? Also meine Absicht war, nur eine mir selbst zweifelhafte Frage zu lösen. Die einzelnen Fälle des Herrn Reinert kann ich natürlich nicht kontrollieren; sie werden jedenfalls untersucht werden. Was die Frage der Urlaubsbereitstellung betrifft, so habe ich im vorigen Jahre ausdrücklich gesagt, daß die Mittel nicht ausreichen, um in jedem Bergwerk den Urlaub durchzuführen. Ich habe die Durchführung des Urlaubs an die Bestimmung geknüpft, daß in erster Linie die Arbeiter berücksichtigt werden, deren Tätigkeit besonders anstrengend ist.

In bezug auf die politische Tätigkeit legen wir unseren Arbeitern nur

## die unbedingt nötige Fessel

an! Wir forschen nicht nach, wie der einzelne Mann gewöhnt hat, aber wir lassen uns keine Agitation gefallen, die den Frieden und die Disziplin auf den Werken stört. Für die Durchführung der bergpolizeilichen Verordnungen tritt die Verwaltung stets mit aller Energie ein. Der § 83 des Berggesetzes bezieht sich tatsächlich nur auf Steinkohlenerzwerke. Das ergibt sich aus der ganzen Entstehungsgeschichte des Gesetzes. Ubrigens ist im Kalibergbau die Temperatur von 28 Grad Celsius noch nicht gesundheitsgefährlich.

Abg. Fleisch (fr. Rp.) tritt dafür ein, daß alle mit Ehrenämtern betrauten Bergleute ebenso gegen Maßregelungen geschützt werden wie die „Sicherheitsmänner“ der neuen Berggesetznovelle. Hierauf wird ein Schlußtrag angenommen.

Abg. Weibel (Z.) bedauert, daß er durch den Schluß der Debatte verhindert sei, Verschiedenes über

Maßregelungen von Bergarbeitern bei der letzten Landtagswahl auf der Ferdinand- und Luise-Grube in Schlesien vorzubringen. (Hört! hört!)

Die Einnahmen werden bewilligt, ebenso nach kurzer Debatte die Ausgaben.

Eine Petition um Gewährung einer Lohnerhöhung an die Bergarbeiter auf den königlich preussischen und fürstlich Schaumburg-Lippischen Steinkohlenwerken in Oberlippe beantragt die Abg. Borgmann und Genossen der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

#### Abg. Leinert (Soz.):

Die Petition trägt 1680 Unterschriften. Die Löhnerhältnisse in Schaumburg-Lippe sind die aller schlechtesten in den fiskalischen Gruben. Der Jahreslohn betrug dort 1905 899 M. und beträgt jetzt 905 M. Gegen das vorige Jahr soll er um 28 M. gestiegen sein, das beweist aber nur, daß er seit 1905 wiederum stark gefallen war. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund beträgt der durchschnittliche Lohn der Bergarbeiter jährlich 1404 M., im Saargebiet 1206 M., in Oberschlesien 1099 M. In der Kommission hat man gesagt, es handle sich dort um angehende Leute; wenn sie sich nicht gut fänden, wären sie während der Hochkonjunktur weiter nach Westfalen gegangen. Eine solche Bemerkung seitens der Regierung ist doch ganz unangebracht, denn die Regierung hat doch alles Interesse, angehende Leute am Orte zu halten. Was Gelegenheit ist in Schaumburg-Lippe überhaupt nur auf 2 Stellen vorhanden. Ein großer Teil der Vergleute muß schamlos nach Hause gehen. Also es kann keine Rede davon sein, daß es den Vergleuten dort so außerordentlich gut geht. Der Grund, daß es sich nicht um ein rein preussisches Werk handelt, kann doch nicht gegen die Petition sprechen. Es ist auch nicht richtig, daß die Lippische Regierung die Lohnerhöhung abgelehnt hat, höchstens der Lippische Fürst. Von Landtagsabgeordneten aus Lippe ist mir gesagt worden, daß sie sehr gern für die Lohnerhöhung eintreten würden, sie hätten aber gar keine Gelegenheit dazu, weil die Einnahmen der Bergwerke nicht in dem Etat des Fürstentums Lippe erscheinen. Es werden dort 2 426 000 M. an Löhnen und Gehältern gezahlt. Die Forderungen der Vergleute würden eine Mehrausgabe von 218 300 M. bedeuten. Ich kann Sie nur dringend bitten, im Interesse der Vergleute, der am schlechtesten gestellten fiskalischen Vergleute, diesen Antrag anzunehmen. Es würde im übrigen einen außerordentlich schlechten Eindruck machen, über eine Lohnerhöhung von Arbeitern hier schlechtweg zur Tagesordnung überzugeben, zumal da wir schon in Verhandlungen stehen über Gehaltsaufbesserung für Beamte. Die Behauptung, daß tatsächlich Lohnerhöhungen in letzter Zeit stattgefunden haben, muß erst noch bewiesen werden. Mit einer früheren Lohnerhöhung von 20 Pf. war auch eine Verlängerung der Arbeitszeit verbunden! Der Antrag ist nur ein Akt der Gerechtigkeit.

Abg. Bruck (S) wendet sich gegen den Antrag mit Rücksicht auf die zurückgehende Konjunktur, in der Lohnerhöhungen nicht am Platze wären.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Zum Wort gemeldet war nur noch der Abgeordnete Leinert. Der Antrag auf Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Es folgt die

#### dritte Beratung der Pfarrerebesoldungsgesetze.

Abg. v. Arnim-Jübedom (L): Herr Hoffmann hat gestern meine Behauptung bestritten, daß der Schlusssatz von vier Fraktionen unterschützt war. Ich stelle fest, daß der Antrag außer von mir von den Abgeordneten Wallenborn (S), Dr. Friedberg (natl.) und Siengel (K.) unterschrieben war. (Zuruf rechts: Er kann nicht mehr bis drei zählen! Große Heiterkeit.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich bitte um Verzeihung, mein Irrtum lag nicht daran, daß ich nicht zählen kann, sondern, daß ich zwischen Konservativen und Freikonserverativen keinen Unterschied mache. (Heiterkeit.)

In der allgemeinen Besprechung erhält das Wort:

#### Abg. Hoffmann (Soz.):

Eine kleine Bemerkung zuvor: Die Presse stellt fest, daß ich in der gestrigen Sitzung einige Sprachschwierigkeiten begangen habe. Das kann mir auch heute, wie ich mich kenne, passieren. Wenn ich gestern über Ihre Reden so erstaunt war, so lag das daran, weil mir das Spruchwort einfiel: Sie spotten ihrer und wissen selbst nicht wie; denn Sie sind es, die diese Volksschulen geschaffen haben, deren Kind ich bin. (Lachen rechts.) Gätten Sie die Millionen, die Sie für die Kirche bewilligen wollen, stets für die Volksschule herzugeben. (Zuruf rechts: Dann hätten Sie auch nicht mehr gekannt!) Den Zwischenrufer bitte ich, sich die Antwort in Sirach 5, Vers 14, nachzulesen. (Große Heiterkeit.) Im übrigen bitte ich die Herren, die Antwort nachzulesen, die ich feinerzeit im Reichstage dem Abgeordneten Deumer gegeben habe, als mir Sprachschwierigkeiten vorgeworfen wurden. Unsere prinzipiellen Standpunkte zur Sache habe ich schon im vorigen Jahre dargelegt: daß wir sowohl für die evangelische wie für die katholische und jüdische Geistlichkeit jede Unterstützung aus Staats- und Gemeindegeldern ablehnen. Abgesehen von diesem prinzipiellen Standpunkt liegt aber auch heute gar kein Grund vor, die verlangten Millionen für die Kirche zu bewilligen. Interessant war die Erklärung eines Regierungskommissionars in der Kommission, der sagte, der Staat habe für die Aufbesserung der Pfarrerebesoldungen schon so viel aufgewendet, daß man ihm nicht zumuten könne, noch mehr zu geben. Wir hörten die Wortschöpfung wohl, allein uns fehlte der Glaube. Damals wurde auch erklärt, die Regierung habe mit dem vorliegenden Gesetz die Landeskirchen auf abschließbare Zeit abgefunden. Das war im November. Die abschließbare Zeit dauerte bis zum 13. Februar. (Heiterkeit.) Da hat man der evangelischen Kirche noch eine halbe Million und der katholischen etwa eine vierel Million zugegeben. Ist denn nun die Kirche wirklich so arm, daß sie 12 Millionen mehr Unterstützung braucht? Wir sind nicht der Ansicht.

#### Das Gehalt der Geistlichen

beträgt offiziell 1800 bis 4800 M. Der Wohnungszuschuß beträgt in Berlin zum Beispiel 1500 M. Nach zehn Jahren steigt das Gehalt der Geistlichen auf 3000 M., mit Mecklenburgsbedingung 4500 M., nach 25 Jahren auf 6300 M. In Berlin beginnt das Einkommen einschließlich Wohnungsgeld mit 4000 bis 4500 M. und endet mit 8500 bis 9000 M. Die Hälfte des preussischen Volkes hat ein Einkommen unter 900 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In demselben Augenblick, wo Sie dieser evangelischen Kirche 12 Millionen geben wollen, haben Sie eine Petition nicht zur Berücksichtigung überwiesen, die 30 Pf. mehr Lohn für die Vergleute verlangt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Früher war ihr Bewilligungseifer um die Kirche nicht so groß. 1850 drängte Herr v. Hammerstein, der wohl alle Kräfte hatte, um sein Seelenheil besorgt zu sein, die Regierung, 3 700 000 M. für die evangelische Kirche zu bewilligen. Aber die Regierung erklärte sich dagegen. Jetzt wollen Sie 10 Millionen mehr bewilligen, obwohl Dr. Borck sagte, ein „Magbarer Anspruch der Kirche“ sei nicht vorhanden. Unsere Forderung der Trennung der Kirche vom Staat ist keine sozialdemokratische, sondern ist zum Beispiel in Frankreich vom Bürger zum durchgesetzten worden. Die „Nationalzeitung“ hat vor kurzem geschrieben: „Die preussische Kirche ist schon viel zu sehr Staatskirchen geworden; was hat der Staat für eine Verpflichtung, immer tiefer für die Kirche in den Beutel zu greifen. Die Kirche scheint nicht zu überlegen, daß Geld verpflichtet. Der Einfluß des Staates auf die Kirche ist ein Krebsgeschwür. Er erschwert ihre Wirkung im Volke außerordentlich.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Kirche sollte streben, vom Staate loszukommen. Sollen die Geistlichen sich denn immer mehr zur schwarzen Polizei herabwürdigen? Die Kirche kann die Summen, die sie zur Besoldung ihrer Geistlichen braucht, sehr gut selbst aufbringen. Auch dafür gibt die „Nationalzeitung“ ein Beispiel: Sie schreibt: „Pfanden mit 10—12 000 M. Einkommen sind vorhanden in Gemeinden mit kaum 1000 Seelen. Es gibt Kirchenstellen, die im Gelde wühlen“ — das sagt kein sozialdemokratisches Blatt, sondern ein bürgerliches — und sehr wenig für die Gesamtheit

leisten. Nach dem Pfarreralmanach gibt es in der Provinz Sachsen 1577 Pfarrstellen, von denen 884 nur eine Seelenzahl von 600 umfassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.), 898 eine Seelenzahl von 600 bis 1000 usw. Es gibt sogar Stellen mit unter 300 Seelen. Solche Stellen begünstigen ein Drohnendasein. Der Pastor weiß nicht, wie er die Zeit durchbringen soll.“ So schreibt ein bürgerliches Blatt! Und da nehmen Sie uns übel, wenn wir in einer Zeit, wo der Dalkes im Staat und Reich chronisch geworden ist, dagegen protestieren, daß so Hände voll Millionen hinausgeworfen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Aufstellung, die wir in der ersten Lesung über die Pfarreregehälter verlangt haben, ist leider nicht gegeben. Die Nebeneinkünfte der Geistlichen übersteigen häufig das eigentliche Gehalt. In der Provinz Sachsen gibt es 372 Geistliche, die ein Gehalt von mehr als 5000 M. beziehen, insgesamt 2 445 827 M., durchschnittlich also 6500 M. Unter diesen gibt es 229, die ein Gehalt von mehr als 6000 M. beziehen, durchschnittlich 7200 M. 57 haben mehr als 8000 M., 28 mehr als 9000 und 10 mehr als 10 000 M. 276 000 M. würden gespart werden können, wenn man das Höchstgehalt der Geistlichen hier auf 6000 M. festsetzen würde. In den Gemeinden der Pfarrer, die so glänzend bezahlt werden, kommen häufig das ganze Jahr über nur ein Dutzend Todesfälle, Hochzeiten und Kindtaufen vor. Ein Geistlicher in einer Gemeinde mit 15 000 Seelen erhält ein Gehalt von 14 000 M., einer mit über 10 000 M. ist an einem Orte mit 700 Seelen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegen diese Pfandenwirtschaft protestieren wir, zumal angesichts der Arbeitslosigkeit und des Massenelends im Volke. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit den hier zu ersparenden Summen könnten die niederen Geistlichen höher besoldet werden. In Pommern und Schleswig-Holstein sieht es ebenso aus wie in Sachsen; hier wäre Gelegenheit, Millionen zu sparen. Die Mehrzahl der Pfarreregehälter übertrifft die Lehreregehälter um das Doppelte; bei den Lehrern aber haben Sie eine Höchstgrenze festgesetzt, bei den Geistlichen wagen Sie das nicht. Auch an den Nebeneinkünften der Geistlichen könnte gespart werden.

Die „Nationalzeitung“ hat mit Recht auf die Ueberflüssigkeit der Domherrengehälter hingewiesen. Der Finanzminister könnte Ihnen die beste Auskunft geben, wie überflüssig das Gehalt des Merseburger Domherrn ist. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Von den evangelischen Geistlichen erreichen 51 1/2 Proz. das 70. Lebensjahr, 18 Proz. das 80. Von den Angehörigen erreichen dagegen nur 65 von 1000 das 70. Lebensjahr. Da sehen Sie, daß der Kampf um das Diesseits doch aufreißender ist, als der Kampf um das Jenseits. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Von einem Theologen aus Königsberg ist mir ein Schreiben zugegangen, in dem es heißt: Viel leichter aufzubringen wären die Gehälter, wenn die Einkommen der ersten Geistlichen an den Kirchen einer genauen Prüfung unterzogen würden. Es würde sich dann zeigen, daß die meisten derselben das Doppelte und sehr oft noch mehr Einkommen haben, als für diese Stellung angegeben ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die ersten Geistlichen in Königsberg haben 15 bis 20 000 M. Einkommen, während ihr offizielles Einkommen mit 6 bis 8000 M. angegeben ist. Umso notwendiger ist die von uns verlangte Aufstellung über die Höchstgehälter der Geistlichen. Der Konfessionspräsident in Berlin erhält 12 000 M., in Hannover 11 000 M. Das sind alles Summen, die die Kirche allein aufbringen mußte.

Staatssekretär v. Weismann-Hollweg empfiehlt den nationalen Arbeitern auf ihrem Kongresse: Fleiß, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Zufriedenheit! Diese Ratschläge sollte er lieber an die Geistlichen richten. Da tut es sehr not. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Pastor Schädler aus Verden hat die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen sehr gering gefunden, der Staat könne dafür nur einen höflichen Dank der Geistlichkeit verlangen. Wir wollen die Kirche aus der Notwendigkeit des Staates und der herrschenden Klassen befreien. Eine Kirche, die sich ohne Staatszuschuß nicht halten kann, hat sich überlebt und hat keine Existenzberechtigung mehr. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Zu den Einnahmen der Kirche kommt dann noch

#### die Kirchensteuer.

Diese betrug schon 1907 43 Millionen Mark für die evangelische Kirche in Preußen. Diese Steuer müssen auch die zahlen, die nicht mehr zur Kirche gehören wollen, aber nicht ausweichen können, weil sie sich in abhängigen Stellungen befinden, wie das z. B. bei den Beamten der Fall ist. In der Politik duldet man nicht Sozialdemokraten, im Glauben nicht Glaubenslose unter den Beamten. Sie brauchen nicht zu glauben, aber sie müssen heucheln, daß sie etwas glauben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei den Beamten war der Landtag nicht so freigiebig mit den Millionen. Als ich bei der ersten Lesung darauf hinwies, welche Unsummen die Synoden an den Gesangbüchern verdienen, erregte das Widerspruch. Die „Schlesische Zeitung“ hat aber erst in letzter Zeit festgestellt, daß die Synode in Breslau bei der Uebernahme des Provinzialgesangbuchs in eigene Regie einen Gewinn von 42 007 M. gemacht hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere auch an

#### die Kirchenpolitik.

Der Abg. Schrader hat in der Berliner Stadtsynode kritisiert, daß man über 4 1/2 Millionen für drei Friedhöfe ausgegeben habe, die für lange Zeit nicht in Benutzung genommen werden können. Die Friedhofsspekulation bringt ungeheure Summen ein. Ich weiß nicht, ob Sie es billigen, daß die Diener des Nazareners sich mit Terrain Spekulation abgeben.

Präs. v. Krüger: Ich verbitte mir, daß Sie in diesem Tone von unserem Herrn und Heiland sprechen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.) [fortfahrend]: Wenn die Kirchenverwaltung diese Spekulation für richtig hält, so ist das ihr gutes Recht, aber dann soll sie auch die Kosten für die Gehälter der Geistlichen aufbringen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) In Rosenthal-Wilhelmsruh bei Berlin werden Pfarrereisen, die eine Million Wert repräsentieren, nicht verkauft, und die Kirchenbehörde hat offenherzig erklärt, sie müsse bedacht darauf sein, daß das Land nicht so billig verkauft werde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso hat man in Steglitz es abgelehnt, einen Kirchenacker zu verkaufen, trotzdem 800 000 M. geboten waren, mit der Motivierung, es sei nicht angebracht, den Grund und Boden gegenwärtig, wo das Grundstücksgeschäft gänzlich still liegt, billig zu veräußern! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Sporteln verstehen die Geistlichen sehr gut einzuteilen. In Heidelberg wurde ein Lehrer angeklagt, weil er am Grabe einen Vers aus einem Gesangbuch vorgelesen hatte und nur deshalb, weil dadurch dem Geistlichen 9 Mark Sporteln entgingen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Beamtenbesoldung wurde anerkannt, daß unsere Anträge die Ausgabe von 17 Millionen verlangen. Man behauptete, dafür sei keine Deckung zu finden. Mit den Millionen, die Sie der Kirche jetzt geben, hätten Sie unsere Forderungen leicht erfüllen können. Interessant wäre auch

#### ein Statistik über den Kirchenbesuch.

In Stuttgart ist festgestellt, daß von 170 000 Evangelischen 150 000 den sonntäglichen Gottesdienst nicht besuchen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt sogar Geistliche, die vor Drohungen nicht zurückstehen, um Leute zur Kirchensteuer zu veranlassen. Ein Pfarrer Stubbe aus Hamburg hat an ein Ehepaar unter dem 11. November 1908 geschrieben: „Unter dem 1. November haben Sie Ihren Austritt aus der evangelischen Kirche angezeigt. Den Gang zum Amtsgericht können Sie sich sparen, da eine Befreiung von der Kirchensteuer mit dem Austritt nicht verbunden ist.“ Das ist unwohl, der Mann hat nur noch ein Jahr Kirchensteuer zu zahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Charakteristisch ist, daß der Geistliche weiter schreibt: „Eodam wird im Falle des Todes kein fremdliches Wort am Grabe gesprochen, noch wird die Glocke geläutet.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der vollzogene Austritt wird der Gewerkschaft (hier im Sinne von Bergwerksgesellschaft, also dem Arbeitgeber) angezeigt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diesem Geistlichen tut es not, das Wort ins Gedächtnis zurückzurufen: „Liebet Eure Feinde!“ In einem Flugblatt schreibt der Geistliche: „Eine Kirche, die sich so frei hält von jeglicher Bevormundung, kann nur von oben verlassen werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich erinnere Sie daran, daß auch eine deutsche Prinzessin die Religion ihrer Väter verlassen hat, um auf den russischen Thron zu kommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein evangelischer Geistlicher hat in einem Buche: „Kirche, Sozialdemokratie und Christentum“ dargelegt, daß infolge der Staatsaufsicht die Geistlichen sich der Räte des vierten Standes nicht mit dem gebotenen Eifer annehmen können.

Präs. v. Krüger bittet den Redner, zum Gesehntwurf zu sprechen.

Abg. Hoffmann (fortfahrend): Ich wollte beweisen, daß die Abhängigkeit vom Staate infolge Staatszuschusses von den Geistlichen selbst zugegeben wird. Der betreffende Geistliche sagte: „Die Kirche ist im Sinne des Kapitals, sie steht auf beiden Seiten der besitzenden Klassen, niemand kann zweien Herren dienen.“

Die Abhängigkeit der Geistlichen beweist auch eine Heiratsannonce im „Lokal-Anzeiger“:

„Ich suche für meinen Freund eine Lebensgefährtin. Derselbe ist ein hochangesehener Geistlicher, leidet schwer unter seinem Beruf und mühsam schaffend, ihn mit einer freien Tätigkeit zu vertauschen. Er ist künstlerisch veranlagt, gemütvoll, feinsinnig.“ (Heiterkeit rechts.) Sie lachen über die Zustände, die Sie selbst geschaffen haben. In Bremen wurden die Tausen eines Geistlichen durch Einfluß von Preußen für ungültig erklärt, weil er aus Gewissensbedenken dem „Dreieinigem Gott“, den die Kirche bekennet“ hinzugefügt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen waren die Tausen eines Pastors in Oldenburg gültig, der sich näher als Vertreter entpuppte, nicht einmal evangelisch war und auch kein theologisches Examen gemacht hatte! Nicht der Dogmenglaube tut not, sondern die Bedung wahrer Religiosität, wahrer Sittlichkeit und Menschlichkeit. Sorge der Staat vor allem für Wissen und Erkenntnis. Das ist der Kulturbefehl, der uns vorwärts bringt. Geben Sie dem Volke für die Millionen, die Sie der Kirche opfern, Bildung und Erkenntnis und natürlich auch körperliche Nahrung, dann werden wir die Todesstrafe und die Prügelstrafe entbehren können. Es ist ein Tiefstand der Kultur, daß im 20. Jahrhundert in diesem Hause noch die Prügelstrafe gefordert werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Sie werden ja trotz aller Vernunftgründe die Millionen für die Kirche bewilligen, weil Sie von der Kirche hoffen, daß sie Ihnen als Bundesgenosse Ihre Vorrechte erhält. Bundern Sie sich nicht, wenn das Volk daraus seine Konsequenzen zieht, nicht bloß die Nichtgültigen, die mit dem Dogma fertig sind, sondern auch die Frommen, welche eine wahre und freie Kirche haben wollen. Das Volk hat die Selbsthilfe in der Hand: den Austritt aus der Kirche. Wenn es dazu kommt, daß die Massen der Kirche nicht mehr angehören, dann denken Sie an das Wort, daß Sie die Totengräber Ihrer eigenen Kirche sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Eine Spezialdebatte entpuppt sich nicht. Das Besoldungsgesetz für die evangelischen Pfarrer wird angenommen.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Borck (S) teilt Präsident v. Krüger mit, daß er vom Minister Nachricht erhalten habe, daß Berichte über die Hochwasserkatastrophe noch nicht genügend eingelaufen sind, um die betreffende Interpellation in diesen Tagen beantworten zu können.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr: Steuergesetz. Schluß: 6 Uhr.

## Stadtverordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Februar 1908 nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Der niedergelegte Sonderauschuß hat den Antrag eines Dampfzuges für 60 000 M. und den Bau von 4 Feldbahnen für 231 600 M. aus Anlehmitteln, sowie die Errichtung von Paulschienen auf den städtischen Nieselfeldern für insgesamt 1 102 230 M. einstimmig gutgeheißen. Referent ist Stadtd. Herzberg (Fr. Fr.). Dieser macht Mitteilung von den neuen Plänen der Verwaltung hinsichtlich der wirtschaftlichen Ruhbarmachung der Nieselfeldergelände. Zur Schaffung und Erhaltung eines guten Arbeiterstammes sollen vor allem die zu erbauenden Familienhäuser dienen.

Ohne Debatte werden die Forderungen bewilligt. Zur Diskussion steht dann der Entwurf betr. den Stadthaushaushalt für 1908.

Kämmerer Dr. Steiniger: Der diesmalige Etat ist als Bruttoetat vorgelegt, indem auch die Etats der Werke mit ihren Einnahmen und Ausgaben im Etat erscheinen. Dadurch ergibt sich die Ausgabe-summe von 288 Millionen, eine Steigerung gegen das Vorjahr trotz etwas zurückgegangener Bevölkerungsziffer. Unter den einzelnen Ausgabe-kapiteln tritt die Steigerung für die Unterrichts-zwecke hervor. Eine wesentliche Neuerung wird bei dem höheren Schulwesen durch die Eingliederung der Mädchenschulen notwendig; der etatsmäßige Ausdruck dafür wird sich aber erst im nächsten Etat finden. Der infolge des erhöhten Schulgeldes für die auswärtigen Schüler prophezeigte Ausfall ist nicht eingetreten. Die Gemeindegeldschulden hatten am 1. November 228 500 Schiller, 13 weniger als im Vorjahr; der Etat fordert trotzdem 110 neue Klassen. Der Zuschuß wird 22 Millionen oder 10 Prozent mehr als im Vorjahr betragen, ohne Berücksichtigung der Bauten, für die ein Aufwand von über fünf Millionen erforderlich ist; ein so ungewöhnlicher Bauaufwand wie im vorigen Jahre fehlt diesmal nicht wieder. Der Zuschuß auf den Kopf des Gemeindegeldschülers steigt von 82 auf 90 Mark, bei Aufhebung der Bauten. Für Vermittlung werden 150 000 M. eingestellt. Das Fortbildungs- und Fachschulwesen tritt gegen das Vorjahr eine Kleinigkeit zurück, wir haben da anheimelnd einen gewissen Befürchtungsstand mit circa 30 700 Schülern erreicht. Die Aufwendungen für das Armenwesen betragen die städtische Summe von 26 Millionen. In der offenen Armenpflege schafft das Gesetz vom 30. Mai 1908, welches den Unterhaltungswohnsitz schon nach einem Jahre erwerben läßt, erhebliche Neuerungen. Nun zeigt sich gerade in der letzten Zeit die rückläufige wirtschaftliche Bewegung so stark, daß der Etat mir etwas knapp ausgefallen scheint. Aus den Zahlen für 1907 war das noch nicht zu ersehen. Die hohe Hilfsausgabe für Januar an monatelangen Unterstützungen beweist, daß die Zustände doch recht schlimme sind. Beim Krankenwesen werden wir indessen den Anforderungen voll genügen können, so sehr auch die Inanspruchnahme wächst. Wir haben borgeföhren 4030 Betten, seit 1905 eine Steigerung von über 1100 Betten. Eine umfassende Lohrordnung ist hier zu erwägen, ebenso die Gleichstellung der dirigierenden Ärzte auf den äußeren und den inneren Stationen. Von dem bisherigen Grundlag, die Beförderung überall gleich zu bemessen, haben wir Abstand genommen; in Moabit und bei dem Birchow-Krankenhaus finden Sie gleiche, bei den anderen Anstalten niedrigere verdienstliche Sätze. Erfreulicherweise ist der große Aufwand beim Birchow-Krankenhaus etwas zurückgegangen. Der neue Grundriss: Die Berliner Krankenhäuser den Berlinern! wird hoffentlich gründlich durchgeführt werden. Rechte Sorge macht mir das Armenwesen, denn hier ist die Progression der Pflegebedürftigen geradezu enorm; in 11 Jahren eine Steigerung um 50 Proz.! Es kommen jetzt 8900 Arre in Betracht. Durch den Bau von Familienwohnungen hoffen wir ein stabileres Pflegepersonal zu gewinnen. Der Bau der IV. Irrenanstalt wird weiter gefördert. Hoch- und Tiefbau sind erheblich niedriger als 1908; democh verbleibt noch eine stattliche Summe zum Verbaue; trotz der schlechten Zeiten ist auch im Rathaus der Speisenaufzug und der Umbau des Ratskellers vorgeföhren. (Heiterkeit.) Die Verwaltungskosten steigen um 600 000 M.; der Arbeit wird ja immer mehr. Bei

den Polizeikosten werden 2 1/2 Millionen mehr erforderlich. — Was die Einnahmen betrifft, so verbessern die Werke den Gesamtertrag um 900 000 M. Die Gaswerke liefern etwa beim vorjährigen Satz. Der einzufließende Ueberschuß aus früheren Jahren ist 10 Millionen hoch, aber bekanntlich 4 Millionen kleiner als im Vorjahre. Die Renten sind erfreulich gestiegen. Verloren geht ein Posten von 420 000 M., welchen bisher der Staat an die Stadt als Zuschuß für Lehrerbildungen zahlte; wir machen uns keine Hoffnungen, daß er uns nochmals geleistet wird. Die Gewerbesteuer nehmen wir in vorjähriger Höhe, die Grundsteuer etwas höher an. Die Einkommensteuer wird ebenfalls erhöht veranschlagt, dabei ist die Erhöhung der Beamtengehälter bereits einkomptiert. — Sie werden den Eindruck gewonnen haben, daß die Etats im ganzen reichlich dotiert sind, vielleicht abgesehen vom Armenwesen. Auf die Zukunft darf aber kein großer Optimismus gesetzt werden. Man kann nicht immer mit Reizen arbeiten; bei Gemeindefürsorge ist ein dauerndes Hinusschieben nicht wohl möglich. Die ordentlichen Einnahmen, besonders aus den Steuern, nehmen nicht so zu, daß wir künftigen Bedürfnissen unbesorgt gegenüberstehen können. Das Durchschnittseinkommen des Berliners wird von demjenigen des Schönebergers, Charlottenburgers und Wilmersdorfers zum Teil ganz erheblich übertroffen. Danach lassen sich also nicht allzu große Hoffnungen auf die Entwicklung unserer Einkommensteuer setzen. Fällt das Kommunalfiskusprivileg der Beamten, so bedeutet das für Berlin höchstens 1 1/2 Millionen; aber es wird ja kaum gänzlich fallen. Es gäbe ja noch kleine Mittel, den Finanzen aufzuhelfen. Da war Ihnen schon früher die Lustbarkeits- und die Wertzuwachssteuer vom Magistrat vorgeeschlagen, aber jetzt steht er damit Gewehr bei Fuß, nachdem Sie beiden ein frohliches Leidenbegangnis bereitet haben. Hat die Versammlung den ersten Willen, darauf zurückzukommen, so werden wir auch dazu bereit sein, aber: Bitte nach Ihnen, meine Herren! (Heiterkeit.) Andererseits habe ich keine Besorgnis vor der Erhöhung der Einkommensteuer über 100 Prozent; die Aussicht auf das Eingreifen der Behörde in unseren Etat ist nur geeignet, politische Kinder zu erschrecken. Die Aufsichtsbehörde kann dieselbe Macht ausüben, wenn sie in unsere Angelegenheiten hineinredet; im übrigen wird sie, bloß um einmal in unsern Etat hineinzutreten zu können, sicher nicht die Mühe auf sich nehmen, dieses ganze Gebiet durchzuwahren, wozu sie sich ja ein besonderes Bureau einrichten müßte. Wenn aber Schöneberg gleichzeitig heruntergeht auf 90 und wir auf 100, so ist die Differenz bereits 15 und spielt schon eine Rolle. Ich halte daher für sehr wohl möglich, wenn Sie nicht andere Anregungen geben, daß der Magistrat Ihnen nicht mit einer Erhöhung der Einkommensteuer, sondern mit einer Erhöhung der Kanalisationsabgabe und der Gewerbesteuer kommt. (Bewegung und Zurufe.) Wir haben jetzt in Berlin bereits 10 Prozent der Schulden des Deutschen Reiches, das ist auch keine angenehme Tatsache. Die Staatsregierung dämpft mit aller Macht die Ausgaben und die Volkswirtschaft drängt auf neue; hier ist es ebenso. Wir haben keinen Grund und auch nicht mehr die Kraft, uns den an Finanzkraft stetig wachsenden Vororten gegenüber als großer Bruder aufzustellen; wir können nicht mehr, wenn Charlottenburg sich eine Neuerung leistet, diese einfach nachmachen. Wir müssen den Vororten gegenüber die Politik des klugen, kalten, berechnenden Egoismus betreiben; die drücken machen es ebenso. Wir sind in gewissem Sinne ein förmlicher Donquixot fürs ganze Land; das ist mit Bezug auf das Obdach einmal gesagt worden; und das ist richtig, es kommen nicht bloß die Arbeitslosen, sondern auch die Drohnen und die Schmeißfliegen herbei, wir haben die entsprechenden Konsequenzen auch bei der Armen- und Armenpflege. Sie alle kennen das Wort, daß jede Einrichtung mit einem Tropfen sozialpolitischen Oeles versehen sein muß; aus dem Tropfen ist ein Pottich geworden. (Bewegung und Widerspruch.) Wir haben doch auch noch andere Mächte zu nehmen. Der kleine Geschäftsmann, der kleine Handwerker strebt heute viel schlechter als der Arbeiter. Das Prinzip, mit möglichst naheliegenden Mitteln möglichst viel zu erreichen, sollte doch allgemein wieder durchgeführt werden, zum Beispiel auch bei Bauten. Kriegen Sie heute nicht die Schele von den gegenwärtigen Bählern, so kriegen Sie sie in Zukunft. (Beifall und Händelklatschen.)

Stadts. Bruns (Soz.): Der ganze Etat steht allerdings unter dem Zeichen, daß der Kammerer im Magistrat gefestigt hat. Nach seinen heutigen Ausführungen kann man sich nicht wundern, daß er durchgedrungen ist. Er hat eine eigene Art, wenn schon die Zustände schwarz sind, sie noch schwarz zu malen. Die ersten Preisberichte über die Etatverordnungen im Magistrat liegen es als zweifelhaft erscheinen, ob man mit den historischen 100 Prozent würde auskommen können. Jetzt ist dies Resultat doch erreicht, und es sieht fast so aus, als ob in jenen ersten Nachrichten eine gewisse Absichtlichkeit gelegen hätte, um die Finanzkunst des Magistrats in desto hellerem Lichte erscheinen zu lassen. Es sind nun sehr kräftige Abträge vorgenommen worden, zumal beim Bauetat, der deshalb ganz besonders genau im Etatsauschuß wird angesehen werden müssen. Denn bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, unter der nach den Ermittlungen der Gewerkschaften 100 000 Arbeiter leiden müssen, kann es nicht die Aufgabe der Stadt sein, die Bautätigkeit irgendwie einzuschränken. Der Magistrat hat ja ein Entgegenkommen gegen die Not der Arbeitslosen in Aussicht genommen, wenn aber nur im mindesten diese Maßnahme in Beziehung zu der Armenverwaltung gesetzt werden sollte, werden meine Freunde einem solchen Antrag abweichend gegenüberstehen. Die Entwicklung von Groß-Berlin gibt gewiß zu ersten Bedenken Anlaß; aber alles das wäre nicht eingetreten, wenn der Magistrat und die Mehrheit hier nicht so kurzzeitig gegenüber der Eingemeindungsfrage gewesen wäre, indem man absehnte, neben den westlichen auch noch die östlichen Vororte in Berlin einzuberleiben. Folgen wir den Vorschlägen des Kammerers, so verschleiben wir lediglich unsere Finanzkraft um ein Jahr; denn die rüchliche Bewegung in den gewerblichen Verhältnissen wird nicht so schnell eintreten und auch eine tatsächliche Besserung nicht sobald in den städtischen Finanzen zum Ausdruck kommen. Sympathisch würde auch und von den vorgeeschlagenen neuen Einnahmequellen die Erhöhung der Kanalisationsabgaben sein. Die

#### Wertzuwachssteuer

ist von so vielen Gemeinden bereits angenommen worden, daß Berlin jetzt sie kaum noch mit Hinweis auf die anderen deutschen Kommunen ablehnen könnte. Sie ist ja auch nicht deshalb abgelehnt worden, weil man keine neue Steuer brauchte; aber erschreckend schnell hat sich in den zwei Jahren das Verhältnis verschoben. Auf die Lustbarkeitssteuer wird die Versammlung schwerlich zurückgreifen. Die Städte, die sie einführen, haben keine großen Einnahmen, sondern hauptsächlich Weinfesteinnahmen davon gehabt, indem die Erhebungsstellen zu den Einnahmen im Verhältnis standen. Die städtische Verwaltung sollte doch an den

#### Abschluß von Tarifverträgen

denken. Leider herrscht beim Magistrat noch die Auffassung, als seien die Gewerkschaften keine gleichberechtigten Faktoren; der Oberbürgermeister Wilde in Schöneberg dagegen hat anerkannt, daß die Gewerkschaften der Mittelpunkt des öffentlichen Lebens seien und ohne sie aber gegen sie nichts Durchgreifendes in Arbeiterfragen mehr unternommen werden kann. Freudig würden wir es begrüßen, wenn diese Anschauung auch bei unserem Magistrat durchdränge. Die Einkommensteuer allein dürfte die Flucht der Berliner nach dem Westen wohl nicht erklären. Wir haben alle Ursache, genau im Ausschuß nachzufragen, ob etwa an den notwendigen Ausgaben gespart worden ist. Ist das der Fall, so muß das Erforderliche nachgeholt und es müssen die Ausgabenansätze nicht nach den Einnahmen, sondern nach dem Bedürfnis gestaltet werden. Die Summen für Schulbauten haben einen kolossalen Rückgang erlitten, annähernd

5 Millionen sind weniger eingestellt.

Das ist doch gar nicht zu verantworten, zumal noch 1908 Kollege Kommen ausgeführt hat, daß wir in diesem Punkte noch lange

nicht auf der Höhe der Entwicklung sind. (Der Vorsteher erhebt sich und spricht.) Darum sollten wir uns auch nicht durch die 100 Proz. Einkommensteuer einengen lassen, sondern getrost bis 105, ja 110 Proz. gehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Seit 1868 ist es nicht mehr dagewesen, daß die Einwohnerzahl Berlins zurückgegangen ist! Eventuell lassen sich die Baukosten ja aus Anleiheemitteln höher dotieren, als es in Aussicht genommen ist. Die städtische Straßenbahn, die Büstenbahn, hat uns wider Erwarten reich einen Ueberschuß gebracht; damit ist der Beweis geliefert, daß wir auf diesem Gebiete fortfahren sollten, wenn auch die Renten aus der Großen Straßenbahn, den Elektrizitätswerken usw. gestiegen sind, wir könnten noch viel höhere Einnahmen daraus erzielen, wenn wir diese Unternehmungen selbst betrieben und natürlich nach kaufmännischen Grundsätzen betrieben. Die Spartheorie des Kammerers geht auf die richtige Tatsache zurück, daß früher an den Ausgaben viel gespart worden ist. Wir haben leider nicht in der guten Zeit genügend gespart, wir hätten sonst vielleicht für die Zeit der Not mehr Reserven und hätten nicht nötig, jetzt in Zeiten des Niederganges zu sinnen auf neue Steuern, wo sie den Einzelnen in höherem Maße drücken müssen. Für die Turnspiele, für die Kindererziehung sind erfreulicherweise höhere Summen eingestellt; aber gerade auf diesem Gebiete der Vorbeugungsmaßregeln geschieht im ganzen noch zu wenig. Aus der Fürsorgeerziehung haben wir nichts erzielt; ihr Zweck ist nur ganz ungenügend erreicht. Das liegt daran, daß die Verhältnisse, aus denen die Jüglinge herauskommen, schlechte sind, wie auch Stadtrat Münsterberg zugestanden hat. Die Säuglingssterblichkeit hat erheblich abgenommen, was den Fürsorgestellen mit zu verdanken ist, aber andererseits fehlt es noch sehr an solchen Maßnahmen vorbeugender Fürsorge. Die Gesellschaft muß eintreten für die Erziehung der noch nicht schulpflichtigen Kinder, wenn die Familie oder die Mutter dazu nicht imstande ist. Bei dem Jubiläumsfest der Kinderhorte hat Stadtrat Dr. Fischer erwähnt, daß für 6000 Kinder ein Bedürfnis nach Forterziehung vorliegt, daß aber dieses Bedürfnis erst zur Hälfte erfüllt sei. Hier kann man also wirklich nicht sagen, daß der Donquixot wirklich schon gefüllt ist. Diese Erziehung kann nicht den Vereinen überlassen bleiben; wir müssen daran denken, von Stadt wegen dieses großstädtischen Bedürfnis zu befriedigen. Unter den kleinen Mitteln, um über die schlechten Verhältnisse hinwegzukommen, spielte auch die Erhöhung der Krankenhauskosten für auswärtige eine Rolle. In einer Verfügung aus dem letzten Dezember an die Krankenkassen hat der Magistrat ohne Gemeindevorstand eine solche Erhöhung auf 3 M. ab 1. Februar 1909 eintreten lassen. Wir scheitern diese Maßregel nicht zu Recht zu bestehen; die Krankenkassen, die jetzt schon am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind, werden dadurch schwer betroffen, zumal sie nicht ohne weiteres eine Erhöhung der Beiträge beifügen können. Die Ansätze des Armenetats sind, wie wir heute hören, zu niedrig bemessen. Wie hat das kommen können? Die Armenverwaltung mußte sich doch sagen, daß in Zeiten niedergehender Konjunktur notwendigerweise die Ansprüche an sie wachsen. Im Schulwesen ist hinsichtlich der Fortbildungsschulen eine weitere Erhöhung der Schulgebühren eingestellt, ohne daß die Versammlung gefragt worden wäre! Wie ist diese Ignorierung der Schwerkinderbedürfnisse zu verstehen? (Andauernde Anrufe.) Anerkannte Bedürfnisse müssen befriedigt werden, auch wenn es nicht ohne Erhöhung der Einkommensteuer über 100 Proz. abgeht. (Sehr richtig!) In dieser Beziehung müssen wir wieder über die Behandlung des Bibliotheksetats klagen. Für die Wohnungsfürsorge geschieht gar nichts; auch hier muß wenigstens statisch vorgegriffen werden. Die vorbeugende Säuglingspflege kann uns nichts nützen, wenn nicht dafür gesorgt ist, daß die Säuglinge auch in einem gesunden Heim sich befinden. Darum muß dem Wohnungselend energisch zu Leibe gegangen werden. Meine Freunde werden sich im Etatsauschuß Mühe geben, nachzufragen, ob und wo der Kammerer an der verkehrten Stelle gestrichen hat. Summen, die zu Unrecht und entgegen dem anerkannten Bedürfnis gestrichen sind, müssen wieder in den Etat hinein, auch wenn wir die 100 Proz. überschreiten sollten; die Kulturaufgaben dürfen unter solchen Rücksichten nicht leiden. (Beifall bei den Soz.)

Stadts. Dr. Geyde (Fr. Fr.): Der Etat ist diesmal dadurch balanciert worden, daß im Bauetat 10 Millionen weniger als im vorigen Jahre angesetzt sind. Wir sind bei 100 Proz. Kommunalneuern stehen geblieben. Ich würde es für richtig finden, wenn die Stadt dem Beispiele des Staates folgte und die Zuschläge erhöhte. (Stadts. Singer: Sehr richtig!) Wieviel Städte haben denn noch diese 100 Proz.? Von den Städten über 100 000 Einwohner, außer Berlin und seinen Vorstädten, nur noch Bonn, Frankfurt a. M., Münster und Wiesbaden. Wäre es den Einwohnern nur darum zu tun, recht wenig Kommunalneuern zu zahlen, so wären Grunewald und Dahlem längst überdöllert. (Sehr richtig!) Wollen wir also den Grundbesitz nicht ganz anders heranziehen, so müssen diese 100 Proz. erhöht werden. Aber der Grundbesitz könnte den Anfall von 3 Millionen bei der Kanalisation sehr wohl tragen, wenn er bei 16 000 M. Ertrag pro Grundstück 80 M. mehr zahlte für die Kanalisation. (Stadts. Singer: Sehr richtig!) Der Armenetat muß gründlich geprüft werden, aber nach einer anderen Richtung, als der Kollege Bruns wollte. Die Zahl der Armenempfänger hat trotz der Sozialreform rapide zugenommen; es scheint aus öffentlichen Mitteln etwas mehr Wohltätigkeit geübt zu werden, als dringend nötig ist. Für die Zentrale Buch wünschen wir eine eigene Deputation. Im Hochbauetat steht nur eine einzige neue erste Rate für eine Gemeindefürsorge, während wir doch 4—5 als Durchschnitt ansehen. Die Rente von der Großen Berliner Straßenbahn und von den R. E. B. beträgt diesmal zusammen nicht weniger als 9 Millionen; in das Lob unserer eigenen Betriebe kann ich daher nicht einstimmen.

Stadts. Cassel (A. L.): In den Etat müssen wir diesmal 5 1/2 Millionen allein für Beamten- und Lehrerbildungsverbesserungen, ferner 2 1/2 Millionen mehr für Polizeikosten einsehen, und wir verlieren die Staatsrente von 420 000 M. für Lehrerbildung. Diese Posten verschlechtern das Bild des Etats ganz wesentlich. Die Bilanzierung wird dadurch ebenfalls sehr erschwert. Aber auch für Armen- und Krankenwesen sind 1/2 Millionen mehr, für die Beamtenvermehrung 1/2 Million mehr, von kleineren Posten unter anderem 100 000 M. mehr für die Schulindererziehung in dem Etat gestellt, im ganzen etwa 8 Millionen. Die Mehrbelastung durch das neue Polizeikostengesetz ist besonders schwer, zumal die Kosten für die allgemeine Landespolizeiverwaltung nur unvollständig von dieser Belastung abgezogen sind. Hier müssen wir im Interesse des ganzen Landes ein Opfer bringen. Die Rente aus den R. E. B. ist auf 5 420 000 M. gestiegen, die Aktionäre haben schon 1908 eine Million weniger als die Stadt Berlin erhalten. Dieser Posten hat in den letzten Jahren wesentlich zur Balancierung des Etats und zur Erhaltung des Einkommensteuereinkommens auf 100 Prozent beigetragen. Als Richtpunkte betrachte ich mit dem Kollegen Bruns die Einnahme aus den städtischen Straßenbahnen. Der Kammerer hat der Versammlung Einden auf dem Finanzgebiete vorgeworfen und sogar einzelne Namen genannt. Ich muß das entschieden zurückweisen. Aus der Mitwirkung für Lehrerbildungsverbesserungen, die der Magistrat beantragt hat, kann man mir doch nicht etwa einen Vorwurf machen. Zu weitgehenden Forderungen werde ich immer entgegenzutreten, aber was bisher auf diesen Gebieten geschah, ist keineswegs ein Jubel gewesen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine Verringerung der Bautätigkeit wird 1909 in keiner Weise eintreten. Bezüglich der Ausgaben für die Zukunft erinnere ich daran, daß wir vor 6 Jahren und in einer viel schlimmeren Situation befanden. Damals griffen wir zu dem Markthallenfonds; wir kamen aber nicht nur mit den 100 Proz. aus, sondern, es stellte sich beim Abschluß sogar heraus, daß wir diese Fonds gar nicht gedrückt hätten. Die Einkommensteuer ist ständig gestiegen, trotz der immer mehr zunehmenden Flucht in die Vororte. Warum soll das nicht auch

in der Zukunft stattfinden. Der Magistrat sollte aber auch noch an andere Steuern denken. Wenn auch nicht genügend dabei herauskommen wird, um eine Erhöhung der Einkommensteuer im nächsten Jahre zu vermeiden, so wollen wir doch andererseits nicht so pessimistisch sein, zu glauben, daß die Mühe Berlins mit dem Jahre 1908 abgeklungen ist. (Beifall.)

Oberbürgermeister Kirchner: Der Etat balanciert nur, weil ihm ein Ueberschuß von 10 Millionen zugute kommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wird sich im Jahre 1910 nicht wiederholen. Alle Ersparnisse sind aufgebraucht, auch bei den Baukosten. (Sehr richtig!) Der Bauetat für 1909 ist im wesentlichen auf die Rente basiert (Hört! hört!). Die Anleihe wird ja bis auf die letzte Mark flüssig gemacht; aber für laufende Bedürfnisse ist daraus nichts zu entnehmen. Mit der Tendenz des Kammerers bezüglich der Sparpolitik stimme ich vollständig überein. Aber an diesem Etat werden Sie nicht viel sparen; und was können Sie davon hoffen im Vergleich mit dem Gesamtertrag von 288 bezw. 160 Millionen M.! Vor einer Ueberschreitung der 100 Proz. fürchte ich mich gar nicht, besonders nicht vor dem Eingreifen der Staatsbehörde. Aber die Situation in den Vororten ist für uns eine wirklich ernste Gefahr (Zustimmung), so lange es irgend vermeiden werden kann, sollten wir dies Verhältnis nicht noch verschlimmern. Darum müssen andere Einnahmequellen erschlossen werden, sonst bleibt nichts übrig, als eine kräftige Erhöhung der Einkommensteuer. Von 5 Proz. wird dann nicht mehr die Rede sein. (Hört! hört!) Im Interesse der Bürgerschaft hoffe ich, daß Sie neuen Vorschlägen des Magistrats nicht so ablehnend wie bisher gegenüberstehen werden.

Kammerer Dr. Steinger erklärt, daß er dem Stadts. Cassel keine Vorwürfe machen wolle. Uebrigens habe Herr Cassel ihm (dem Kammerer) gegenüber bei der Debatte über den Bibliothekbau ganz ähnliche persönliche Andeutungen gemacht.

Stadts. Dr. Preuß (Soz.-fortschritt.): Die heutige Etatsberatung ist ungewöhnlich interessanter als sonst. Wenn das, was der Oberbürgermeister ausführte, von einer kleinen Minorität vorgebracht worden wäre, so wäre man wohl le coeur leger darüber hinweggegangen. — Herr Cassel hat ein tragisches Schicksal erlitten; eine trübe Wolke ist über den „Stern von Berlin“ dahingezogen. (Große Heiterkeit.) Seien wir doch aufrichtig: der vorliegende Etat ist schon ein Defizitetat (Sehr richtig!). Aber schon in den letzten Etats hat man einfach Abträge vorgenommen, wie man es diesmal mit den 10 Millionen im Bauetat getan hat! Das ist eine Methode, die so gut wirkt, wie die Wundsalbe des Herrn v. Hölzer. Will man schon die Finanzpolitik Josephs in Ägypten befolgen, d. h. in den mageren Jahren von den fetten Leber, so muß man doch aber auch in den fetten Jahren wieder auffüllen. Aber trotz des 10 Millionen-Ueberschusses — „Ich, du lieber Augustin, alles ist hin!“ (Heiterkeit.) Doch wir sollen ja die Hoffnung auf die Zukunft nicht aufgeben: „Wenn Gott will, schließt ein Vesentiel“ (Erneute Heiterkeit.) Ich glaube aber kaum, daß ein tüchtiger kaufmännischer Leiter so verfahren könnte, wie es die Mehrheit hier z. B. durch Abweisung der Wertzuwachssteuer getan hat, durch die man sehr wohl in guten Jahren die erschöpften Fonds für ungünstigere Zeiten hätte auffrischen können. Die partei Proportität des Berliner Grundbesitzes ist eine Tatsache; hier liegen noch Ressourcen für die städtischen Finanzen. Durch stärkere Anziehung der Grundsteuer und der Kanalisationsgebühr wird man auch für die Wertzuwachssteuer auffrischen können. Die Einkommen- und die Gewerbesteuer sollten wieder beweglich gemacht werden. Aus allen diesen Gründen empfehle ich Ihnen, den Etat unverändert anzunehmen. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Stadts. Rosenow (A. L.) hält es bei der späten Stunde (1/10 Uhr) für sehr möglich, noch auf Einzelheiten des Etats einzugehen. Der Ueberschuß von der „Großen“ im Betrage von 2 1/2 Millionen erscheint ihm im Vergleich mit dem von den R. E. B. so gering, daß man sich diese Sache sehr genau ansehen müsse. Ob man Steuern auf Bortat bewilligen, ob man thesaurieren solle, sei eine sehr kühne Frage. Durch eine Reorganisation der Verwaltung ließen sich doch vielleicht erhebliche Ersparnisse erzielen; sonst werde sich mit Sparsamkeit allerdings wenig ausrichten lassen.

Damit schließt die erste Beratung. Der Etat wird an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen. Schluß 10 Uhr.

## Soziales.

### Prozessverschleppung beim Kaufmannsgericht.

Durch Schöpfung der Kaufmannsgerichte sollte eine Beschleunigung der Rechtsprechung gewährleistet werden. Um so bedauerlicher ist es, wenn bürokratische Maßnahmen diese gute Absicht vereiteln, wie sich das gestern in einem Falle vor der fünften Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zeigte. Ein Handlungsgehilfe W. reichte gegen eine Aktiengesellschaft für Zirkusunternehmungen eine Klage ein. Die Klage wurde der für den Buchstaben „J“ (Jirkus) zustehenden Kammer 5 zugewiesen. Als nun gestern der Rechtsstreit zur Verhandlung kommen sollte, entdeckte der Richter, daß der Kläger in seiner Klageschrift „Circus“ geschrieben hatte und er erklärte, daß dann die für den Buchstaben „C“ zuständige erste Kammer den Rechtsstreit zu entscheiden habe. Umsonst bat der Kläger, daß er die Sache entscheiden möchte, weil er sein Geld brauche. Der Vorsitzende ermahnte abschließend: „Schreiben Sie andermal die Firma richtig.“ Und als ein Zeitsiger im Interesse des Klägers anregte, ob nicht die Rechtsfrage, da sie doch nun einmal vor die fünfte Kammer gekommen sei, auch von dieser Kammer entschieden werden könnte, da meinte der Vorsitzende: „Wir müssen prinzipiell an dem Buchstaben festhalten, die erste Kammer macht es auch so.“

Der Kläger wurde tatsächlich mit seinem Prozeß an das „zuständige“ Forum verwiesen. Das bedeutet für ihn eine Verschleppung auf Wochen hinaus. Im Interesse einer ungehinderten Rechtsprechung beim Kaufmannsgericht läge es, wenn beide beteiligten Kammern den Streit um ihre Buchstaben „C“ und „J“ unter sich und vor Eintreten des Termins aufscherten würden, damit nicht die rechtlichenden Parteien darunter zu leiden haben. St. Bureaukratius sollte vom Kaufmannsgericht etwas fern gehalten werden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Der Kampf ums Frauenwahlrecht.

Gestern früh fand in London eine Kundgebung der Vertreterinnen des Frauenstimmrechts vor der Amtswohnung des Premierministers Asquith statt. Zwanzig Verhandlungen wurden vorgenommen, die Polizei gestreute die Demonstrantinnen.

### Lesende.

Erster Wahlkreis! Heute abend 8 1/2 Uhr Diskussionsabend bei Sieber, Seydelstr. 30. Vortrag: „Der vorläufige Sozialismus.“

Zweiter Wahlkreis! Die Lesende finden im Lokal von Hemp, Urbanstraße 170, und S. Hornstr. 2 statt.

Dritter Wahlkreis. Freitag, Lesabend Gewerkschaftshaus, linker Seitenflügel, 3 Treppen, Saal der Handels- und Transportarbeiter.

Sechster Kreis, 13. Abteilung. Lesabend Vorkingstr. 32. Hildorf. Die Lesende der Frauen finden heute abend 8 1/2 Uhr in folgenden Lokalen statt: Bezirk 1—5 bei Hübler, Welterstraße 17/18; Bezirk 6—10 bei Kasper, Richardstr. 35; Bezirk 11—15 bei Schröder, Rogatstr. 33/34; Bezirk 16—20 bei Hoppe, Hermannstr. 49.

Ober-Schöneberg. Freitag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Robenbusch, Frischstr. 5, Diskussionsabend der Frauen.

# Die Veseabende für Frauen finden heute abend in den bekannten Bezirkslokalen statt.

## Partei-Angelegenheiten.

### Nieder-Barnim.

#### Parteigenossen!

Weil für den Ort Bankow die Voraussetzungen für die im § 4 des Parteiorganisationsstatuts und im § 4 des Kreiswahlvereinsstatuts gegebenen Rechte betreffend das Bestehen von Ortsvereinen zurzeit als nicht vorhanden betrachtet werden können, erklärt der Kreisvorstand den Ortsverein Bankow für aufgelöst.

Als Vertrauenspersonen werden vorläufig bestellt die Genossen:

- Richard Blank, Kreuzstr. 17.
- Emil Fiegler, Florastr. 68.
- Otto Gütig, Görlichstr. 14.

Diese Genossen werden bis auf weiteres die Funktionen für den Vorstand ausüben und die erforderlichen Parteiarbeiten erledigen.

Alle Genossen, welche Mitglieder der Kreisorganisation bleiben und dem neuzugründenden Ortsverein beitreten wollen, müssen ihre bisherigen Mitgliedsbücher bei den genannten Genossen umschreiben lassen.

Die Erklärungen für die Maßnahmen des Vorstandes werden die Genossen in der nächsten Nummer des „Vorwärts“ finden.

Genossen! Das Wohl der Partei hat den Vorstand zu seinen Maßnahmen bestimmt. Sie waren unumgänglich notwendig. Der Kreisvorstand.

**Erster Wahlkreis.** Sonntag, den 21. d. M., abends 6 1/2 Uhr: Versammlung im großen Saale der „Arminshallen“, Kommandantenstraße 58/59. Vortrag des Genossen Paul Göhre über: „Religion und Sozialdemokratie“. Darauf: Gesellschaftliches Beisammensein. Eintritt mit Garderobe 20 Pf. Tanz frei.

**Zweiter Wahlkreis.** III und IV. Abteilung! Am Sonntag, den 21. Februar, abends 6 1/2 Uhr, veranstalten die Genossen der Friedrichstadt bei Jul. Meyer, Dranienstraße 103, ein gesellschaftliches Beisammensein, das zu einem kleinen Kunstabend ausgestaltet werden soll. Genosse Max Grundwald wird einen Vortrag halten über: „Goethe und die Arbeiter“. Außer Rezitationen und Gesang ist ein gutes Streichquartett vorgesehen. Bei der Willigkeit des Entrees, nur Erwachsene zahlen 10 Pf., erwarten wir eine gute Beteiligung. Die Abteilungsleiter.

**Schöneberg.** Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal J. Wieloch, Brunnenwallstr. 110 der Diskutierabend über das Kommunistische Manifest statt. Um den Genossen und Genossinnen Gelegenheit zu geben, sich daran zu beteiligen, ist der Vortrag unentgeltlich. Der Vorstand.

**Lichtenberg.** Am Sonntag, 21. Februar findet für den hiesigen Wahlverein ein Vortrag des Direktors Ardenhold im Lokal von Jenner in Treptow, Treptower Chaussee 21/22 statt. Treffpunkt nachmittags 4 1/2 Uhr im selben Lokal. Willetts sind bei den Bezirksführern zu haben.

**Trebbin.** Sonnabend, den 20. Februar, abends 8 Uhr, bei Wolf Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Klasse. 2. Vortrag des Gen. Groger. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Beschiedenes. Am Sonntag, den 21. Februar, Dessenliche Gewerkschaftsversammlung.

**Hohen-Schönhausen.** Heute Freitag, abends 7 Uhr, Handzettelverteilung von den Bezirkslokalen aus.

**Zegel.** Am Sonnabend, den 20. Februar, abends von 7 Uhr ab, findet von den bekannten Bezirkslokalen aus eine Handzettelverteilung statt. — Der Rufus über soziale Gesetzgebung wird am Sonntag früh 9 Uhr im Lokal von G. Haffes, Brunnenwallstr. 23, abgehalten. — Am Montag, den 22. Februar, findet in B. Trapps Restlokal, Bahnhofsstr. 1, eine öffentliche Volksversammlung statt. Tagesordnung: Deutschland in der Welt voran. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Arur Stadthagen. Agitiert für Massenbesuch. Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

### Die erste Lesung des Stadthaushaltsetats für 1909

beschäftigte gestern die Stadtverordnetenversammlung bis in die elfte Stunde hinein. Durch die ganze Debatte zog sich diesmal das Leitmotiv: Wie holen wir den Kommunalanfall wieder heraus aus dem — mit Verlaub, zu sagen — Dreck, in den die Finanzpolitik des Stadtfreissins ihn hineingeschoben hat? Die Predigt des Stadtkämmerers Steiniger, zu sparen, zu sparen und nochmal zu sparen, fand da bei der Mehrheit noch willigere Ohren als sonst. Genosse Bruns, der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, führte demgegenüber den Nachweis, daß bei der Aufstellung dieses Etatsentwurfes ohnedies schon mehr als genug gespart worden ist. Nach den Ausgaben, die durch die gegebenen Bedürfnisse notwendig werden, sei nicht gefragt worden, nur nach den Einnahmen, auf die gerechnet werden kann, wenn in der bisherigen Weise weiter gewirtschaftet wird. Die bedeutenden Abstriche am Budget, durch die man das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellen mußte, seien um so bedauerlicher, da so auch die Möglichkeit, für einen Teil der Arbeitslosen etwas mehr Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, eingeschränkt werde. Nicht an den Ausgaben habe die umgestaltende Abhilfe sich zu versuchen, sondern an den Einnahmen, die durch stärkere Heranziehung der wirklich Steuerkräftigen, z. B. durch Besteuerung des Wertzuwachses von Grund und Boden, zu steigern seien. Daß „etwas geschehen müsse“, darüber waren auch alle folgenden Redner sich einig. Wahrhaft mitleiderregend war die Situation, in der diesmal Herr Cassel, die Hauptstütze der stadtfreissinnigen Finanzpolitik, sich befand. Wie stolz hatte er sonst seinen Finanzplan auf den „Stern von Berlin“ herauszuklammern gewußt, ohne den seine feiner Staatsreden schließlichen durfte! Gestern war der „schönste“ Teil seiner Rede die Balgerei mit dem Stadtkämmerer, der ihn angerempelt hatte. Herrn Cassels Versuch, den Ernst der gegenwärtigen finanziellen Lage der Kommune Berlin zu verdunkeln, wurden vereitelt durch die Ausführungen des Oberbürgermeisters Kirsch-

ner, der trocken erklärte, auf Ueberfluß sei nicht mehr zu rechnen, die Ersparnisse seien aufgebraucht, von einem Etat wie diesem könne nichts mehr weggeschritten werden. Herr Kirchner gelangte zu dem Schluß, entweder müsse man die Steuern erheblich erhöhen oder andere Einnahmequellen erschließen. Aus der weiteren Debatte hob sich die Rede des Herrn Breuß heraus, der der Mehrheit vorhielt, daß sie diese Kalamität herbeigeführt habe. Herr Rosenow sprach vor allem leeren Bänken. Im Etatausschuß werden unsere Genossen einen harten Kampf zu bestehen haben mit den Mehrheitsvertretern, denen die Wahrung des Stämmereis, den „Honigtöpf“ nicht überlaufen zu lassen, als Richtschnur dienen wird.

**Ein kommunales Pressbureau.** Der Magistrat von Schöneberg hat beschlossen, einen eigenen Informationsdienst für die Presse, besonders für die Berliner Presse einzurichten und zu diesem Zwecke als literarischen Hilfsarbeiter den Schriftsteller Dr. Georg Mallowitz gewonnen. Die Art und die Form, in der das Unternehmen geplant ist, ist nur begriffenswert, da der Presse ihre volle Unabhängigkeit und Freiheit in der Verwertung der gegebenen Informationen gewahrt wird. Die Stadt Berlin hat bisher in allen, was die Presse betrifft, eine wahre Preßscheu bewiesen.

**Aufgehobene polizeiliche Verfügung.** Im November 1905 war an die Direktion des Hotels Bristol in der Behrenstraße zu Berlin vom Polizeipräsidenten eine Verfügung ergangen, durch welche auf Grund amtlicher Ermittlungen der Betrieb einer Dampfmaschine und eines Gasmotors während der Zeit zwischen 10 Uhr abends und 8 Uhr früh untersagt wurde. Den Anlaß boten Beschwerden des damaligen Chefs des Militärkabinetts, Graf v. Hülßen-Häpeler, über Geräusche und Erschütterungen, die von den Maschinen des neben dem Militärkabinett liegenden Hotels ausgingen. Es lag ein Gutachten des Kreisarztes Dr. Leppmann vor, woraus die Polizei entnahm, daß sie zum Schutze der Gesundheit der Nachbarn, namentlich des Grafen Hülßen-Häpeler und seiner Frau, gemäß § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts vorgehen müsse. — Die Hotelgesellschaft lagte im Verwaltungsstreitverfahren. In dessen Verlauf erfolgte die verschiedenen Beweiserhebungen, so daß sich die endgültige Entscheidung bis jetzt verzögerte. Das Oberverwaltungsgericht hat nunmehr die Verfügung des Polizeipräsidenten mit folgender Begründung aufgehoben: Das Gutachten des Sachverständigen, welches die Grundlage für die Verfügung bilde, gehe dahin: Sobald die Maschinen über einen gewissen Zeitraum hinaus, schätzungsweise 14 Tage, allnächtlich oder fast allnächtlich das Geräusch erzeugen, wie er es im Oktober 1905 beobachtet habe, erachte er es für die Gesundheit der fraglichen Nachbarn schädlich. Das sei die einzige Grundlage der Verfügung der Polizei. Diese Grundlage berechtige aber nicht dazu, den Betrieb der Maschinen für die Nachmittage ganz zu verbieten. Wenn erst eine längere allnächtliche Inbetriebnahme, als eine solche von 14 Tagen, eine Gesundheitschädigung hervorbringen könne, dann hätte die Polizei nur das Recht gehabt, den Betrieb für einige Tage in jeder Woche in den Nachmittagen zu untersagen. Die erlassene Verfügung müsse darum außer Kraft gesetzt werden.

**Die Messerstecherei hat vor allem unter der weiblichen Bevölkerung Furcht und Schrecken verbreitet und viele weibliche Personen veranlaßt, zu besonderen Vorsichtsmaßnahmen zu greifen.** So versehen sich seit einigen Tagen viele junge Mädchen mit starker Unterleibung. Die Verkäuferinnen eines bekannten hiesigen Warenhauses haben sich sogenannte Schutzkappe aus starkem Leder, das sie unter dem Kleid tragen, anfertigen lassen. Panzerähnlich ist das Sicherheitskleidungsstück vom Anie bis an die Hüften angelegt. Von anderen weiblichen Personen wird berichtet, daß sie sich sogar mit Blechbinden versehen haben. Allgemeines Aufsehen hat das Attentat auf ein Dienstmädchen im Hause Dirlsenstraße 2 erregt. In diesem Hause befindet sich die Polizeihauptmannschaft des zweiten Bezirks. Es wird sogar berichtet, daß während des Angriffs der erste Kriminalhauptmann des 22. Reviers, zu dem das Haus gehört, vor diesem auf und ab gegangen sei, weil aber das Mädchen keinen Schrei ausgestoßen habe, so sei der Täter entkommen. Vom Mittwoch wird noch berichtet: Die Zimmermeisterfrau Fischer aus der Windscheidstr. 23 in Charlottenburg ging gegen 9 Uhr in den Hof des Hauses, um einen Mülleimer auszuliefern. Plötzlich trat aus der Dunkelheit ein Mann auf sie zu und verletzete ihr zwei Stiche, die sie in den Oberarm und in den Rücken trafen. Die Frau schrie laut auf, so daß mehrere Hausbewohner hinzuströmten. Sie nahmen sofort die Verfolgung des Täters auf, aber es gelang nicht, ihn zu ergreifen. Die Verletzungen der Frau Fischer sind nur leicht.

Um 8 Uhr ereignete auf der Unfallstation am Grünen Weg die Witwe Verta Fröhle aus der Kleinen Markusstr. 5, um sich eine leichte Stichwunde im rechten Oberarmel verbinden zu lassen. Sie war eine Stunde vorher auf dem Mariannenplatz, an der Ecke der Mariannenstraße, inmitten eines Auslaufs gestochen worden. Erst später spürte sie Schmerzen und war nicht in stande, den Täter zu verfolgen.

Gestern wurde ein Messerangriff um die Mittagszeit der Kriminalpolizei wieder gemeldet. Die Tochter eines Großbankiers, die mit ihrer Erzieherin durch die Magdeburger Straße ging, erhielt von einem unbekanntem Täter einen Stich. Außerdem wurde ihr das Kleid beschädigt. Der Täter ist auch jetzt wieder entkommen.

Visher waren 23 Stechereien auf Frauen und Mädchen gemeldet worden. Die 50 Personen, die unter dem Verdacht der Täterschaft angehalten und festgenommen wurden, mußten von der Kriminalpolizei wieder entlassen werden. Als ein gutes Mittel, wenn auch nicht so sicher zum Schutz als zur Ermöglichung der Ermittlung des Täters empfiehlt der Chef der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe, den Frauen und Mädchen, eine kleine Lunte Mehl mit sich zu tragen und damit den Angreifer zu besetzen. Es kennzeichnet den Täter genügend und ist harmlos, wenn es einmal einem Unschuldigen in die Augen geworfen werden sollte. Hauptsächlich wird dieses Mittel nicht an Unbeteiligten erprobt.

**Tödlicher Sturz vom Wagen.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Ostbahnhof Westend, wo selbst der 40 Jahre alte Breitschneider Emil Theurich, Neu-Cölln am Wasser 20 wohnhaft, mit dem Abladen von Brettern beschäftigt war. Hierbei stürzte er, vermutlich infolge eines Fehltrittes rücklings vom Wagen herab und fiel mit dem Kopf so unglücklich auf die Kante einer Eisenbahnschiene, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem Stationsbureau gebracht, wo er bald darauf, noch vor dem Eintreffen eines hinzugerufenen Arztes, verstarb.

**Die arbeiterfreundliche Presse.** In der unter vorstehender Ueberschrift in der gestrigen Nummer unseres Blattes veröffentlichten

Notiz ist davon die Rede, daß der „Berliner Volks-Zeitung“ aus den Reihen der Markthallenangelegten eine Verächtigung zugegangen sein soll des Inhalts, es sei unwahr, daß ein Demonstrationszug von Arbeitslosen am 9. Februar von den Arbeitern der Zentralmarkthalle mit Gesteinen und Schaufeln auseinandergedrückt worden und daß diese Verächtigung zurückgewiesen worden sei. Die Redaktion der „Berl. Volks-Zeitung“ teilt uns mit, daß ihr eine solche Verächtigung nicht zugegangen wäre, sonst wäre sie selbstverständlich aufgenommen worden.

Wir möchten hierzu bemerken, daß uns aufs bestimmteste versichert wurde, daß eine solche Verächtigung an die „Volkszeitung“ abgegangen sei; wenn aber die Redaktion erklärt, eine solche nicht erhalten zu haben, so genügt uns das und wir haben keinen Grund, an dieser Erklärung zu zweifeln. Immerhin aber hätten wir ohne eine solche ihr ausdrücklich zugesandte Verächtigung von der „Volkszeitung“ erwarten können, daß sie von der in unserem Blatt veröffentlichten Erklärung des Gemeindearbeiterverbandes Notiz genommen hätte, nach der die polizeiförmige in die Welt gesetzte Behauptung bezüglich des Verhaltens der Markthallenarbeiter gegen Demonstranten unwahr ist, zumal die „Volkszeitung“ in ihrer Nummer vom 10. Februar (Morgenblatt) die polizeiförmige Meldung abdruckte.

**Die Eifersucht.** Gestern vormittag 10 Uhr wurde in seinem Laden im Hause Simon Dachstr. 18 der Schuhmacher Joseph Ridel von seiner Frau Hedwig Projoski, anscheinend aus Eifersucht durch zwei Messerstücke schwer verletzt. Ridel wurde der nächsten Unfallstation zugeführt und dann nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Täterin wurde festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt.

**Wie fündig manche Versicherungsagenten sind und wie skrupellos sie es versehen, die schwere Zeit der wirtschaftlichen Krise dazu auszunutzen, um, wenn möglich, Arbeiter um ihre letzten Groschen zu bringen, das beweist folgender Vorgang.** Der Tischler D., Barnimstraße 14, suchte per Inserat anderweitige Stellung, worauf auch bald ein Mann in seiner Wohnung erschien, sich als „Verwalter“ eines großen Grundstücks ausgab und den Mann „engagieren“ wollte. D. war abwesend und so verhandelte denn der Mann mit der Ehefrau des D. Er versprach eine schöne Portierkelle mit 30 M. monatlichem Gehalt und eine größere Wohnung von zwei Zimmern. Die Frau D. schlug sofort hocherfreut ein und füllte sich auch sofort bereit, die bisherige Wohnung zu kündigen. Jetzt kam der menschenfreundliche Besucher aber erst mit seinem eigentlichen Anliegen vor. Er erklärte, daß mit der „schönen Stelle“ auch die Mitgliedschaft zu einer bestimmten Krankenkasse verknüpft sei, holte ein Formular hervor, nahm die Personalien der Frau sowohl wie des Herrn D. auf und ließ dann die Frau unterschreiben, die dem auch bereitwillig nachkam und außerdem auch noch auf Ersuchen den Namen ihres Mannes unter das Schriftstück setzte. Jetzt verlangte aber der Agent als Aunelbegehör 2 M., worauf die Frau allerdings etwas stugte, schließlich aber in Hinsicht auf die „schöne Stelle“ doch ihre paar letzten Groschen zusammenjuchte und zahlte. — Ihrem Mann, dem sie bei der Heimkehr das widerstreben „große Glück“ erzählte, kam die Sache doch aber etwas spanisch vor und so begab er sich nach dem Versicherungsbureau, das als eine „Krankensversicherung Waagen i. S.“ am Landwehrbergr. Platz 5 sich befindet. Hier erhielt er nach längerem Hin und Her sein Geld zurückgezahlt. — Wie wir weiter erfahren, ist ein ähnlicher Trick auch in Wilmersdorf einer älteren Aufwartefrau gegenüber verübt worden. Ob dieser Versuch von derselben Stelle ausgegangen ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Wir möchten aber an dieser Stelle zur Vorsicht raten, bevor man zu einer Versicherung seine Unterschrift gibt. Gewöhnlich suchen solche Agenten die Zeit zur Ausübung ihrer Geschäfte zu benutzen, in der nur die Frau anzutreffen ist, weil sie aus ihrer Praxis wissen, daß die Frauen sich oft leichter überreden lassen und leichtgläubiger sind. Vor allem mögen deshalb auch die Männer ihre Frauen dahin instruieren, unter keinen Umständen ohne Vorwissen des Mannes zu irgend einer Sache ihre Unterschrift herzugeben. Schon so mancher hat diese Vorsicht später bitter bereut. Also Vorsicht!

**Feuer in der „Nalkfaserfabrik“.** In der dritten Nachmittagsstunde lief gestern auf den Wachen der Berliner Feuerwehr Feueralarm aus der Kaserne des Garde-Füsilier-Regiments in der Chausseestraße 96 ein. Sofort rückte die vierte Kompanie mit drei Löschzügen nach dorthin aus. Auch Branddirektor Reichel eilte herbei. Als die Wehr in der Kaserne eintraf, standen in dem Keller der 12. Kompanie Brennstoffmaterialien und Petroleum in Flammen. Da sich auf den Treppen und in den Mannschaftsstuben eine starke Rauchentwicklung geltend machte, ging anfangs das Gerücht, daß das Feuer auch auf die Räume im Erdgeschoß übergesprungen sei. Branddirektor Reichel ließ daher unverzüglich mit zwei Schlauchleitungen eingreifen und für den Abzug des Qualmes sorgen. Wald stellte sich denn auch heraus, daß der Brand nur in den Kellerräumen wütete. Nach halbstündiger Löschstätigkeit konnte jede Gefahr für beseitigt gelten.

**Sermist.** Der Beamte Hugo Gräßler, 17./11. 81 in Waidhagen geboren, zuletzt Endener Str. 10 wohnhaft gewesen, wird seit dem 5./12. 08 vermählt. Gräßler ist 1,80 groß, mittelblond, hat blaue Augen, wenig gebogene Nase, vollständige Zähne, dunkelblonden Schnurrbart und ist von kräftiger Gestalt. Bekleidet war Gräßler mit steifem, schwarzem Hut, grau kariertem Rockanzug, schwarze Zugstiefeln, weißer Wäsche gez. H. G. Personen, welche in der Lage sind, über den Verbleib des Gräßlers Auskunft zu geben, werden ersucht, ihre Wahrnehmung mündlich oder schriftlich einem Polizeirevier oder dem lgl. Polizeipräsidium, Zimmer 329 am 3. 9. 1909 IV. 15 08 mitzuteilen.

**Feuerwehrrachrichten.** In der letzten Nacht um 12 1/2 Uhr wurde die vierte Kompanie nach der Kaserne des zweiten Garderegiments gerufen, wo in der Kalkfaserfabrik ein Feuer ausgebrochen war. So daß mit einer Schlauchleitung Wasser gegeben werden mußte. Nachts um 4 Uhr kam in einer Kellerwohnung in der Adlerstr. 173 Feuer aus, das Brennholz, den Fußboden und anderes ergriff. Zum Ausräumen eines sogenannten Kachelbrennens wurde nach dem Grundstück Jägerstraße 63a eine Dampfspritze entsandt. Zeit und anderes brannte Müllerstr. 156b. In der Oberberger Str. 23 und Gertstr. 22 leistete die Feuerwehr mit Erfolg erkrankten Personen Hilfe und in der Antonstr. 14 und Halbesstr. 31 wurden Pferde aus Notlagen befreit.

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmersdorf.

Das Joachimsthalsche Gymnasium, das 1875 von Berlin nach Wilmersdorf verlegt wurde, soll, wie nunmehr feststeht, zu Ostern 1912 nach Tempin überiedeln. Der preussische Staat, dem diese alte Schule unterstellt ist, hat schon im Jahre 1903 die Ueberiedelung in die Provinz beschloffen; maßgebend für den Ortswechsel war, daß das mit dem Gymnasium verbundene Alumnat an einem kleinen Ort beträchtlich billiger wirtschaftet als in der Großstadt. Seinerzeit hat die Gemeinde Wilmersdorf mit dem

